

# Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Dieter Geulen

Politische Sozialisation der staatsnahen Intelligenz  
in der DDR

Margit Weihrich

Alltägliche Lebensführung im ostdeutschen  
Transformationsprozeß

Manuela Badur

Junge Frauen aus Ostdeutschland  
Individualisierungsprozesse im Zuge der deutschen Einigung

Bernhard Boll/Kimberly Crow/Bernd Hofmann/Everhard Holtmann  
Sozialprofil und Einstellungen der Mitglieder  
von Parteien in Ostdeutschland  
am Beispiel Sachsen-Anhalts

B 12/99

19. März 1999

Dieter Geulen, Dr. phil., Dipl.-Soz., geb. 1938; Studium der Soziologie und Psychologie; Professor für allgemeine Erziehungswissenschaft an der Freien Universität Berlin.

Veröffentlichungen u. a.: Das vergesellschaftete Subjekt, Frankfurt am Main 1989; Die historische Entwicklung sozialisationstheoretischer Ansätze, in: Klaus Hurrelmann/Dieter Ulich (Hrsg.), Neues Handbuch der Sozialisationsforschung, Weinheim 1991; Politische Sozialisation in der DDR. Autobiographische Gruppengespräche mit Angehörigen der Intelligenz, Opladen 1998; zahlreiche Veröffentlichungen zur Sozialisationsforschung.

Margit Wehrich, Dr. phil., Dipl.-Soz., geb. 1958; Studium der Soziologie in München; wissenschaftliche Assistentin am Institut für Soziologie und Gesellschaftspolitik der Fakultät für Pädagogik der Universität der Bundeswehr München.

Veröffentlichungen u. a.: Alltag im Umbruch? Alltägliche Lebensführung und berufliche Veränderung in Ostdeutschland, in: Martin Diewald/Karl Ulrich Mayer (Hrsg.), Zwischenbilanz der Wiedervereinigung. Strukturwandel und Mobilität im Transformationsprozeß, Opladen 1996; Kursbestimmungen. Eine qualitative Paneluntersuchung der alltäglichen Lebensführung im ostdeutschen Transformationsprozeß, Pfaffenweiler 1998.

Manuela Badur, Diplomsoziologin, geb. 1968; Studium an der Universität Hamburg; freie Lektorin in Hamburg.

Bernhard Boll, Dr. phil., Master of Arts, geb. 1962; Studium der Anglistik und der Politikwissenschaft in Mannheim und Amherst/Massachusetts; seit 1992 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politikwissenschaft an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.

Veröffentlichungen zu politischen Parteien, politischen Eliten, intermediären Organisationen und zum politischen Marketing.

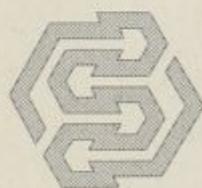
Kimberly Crow, Dipl.-Soz., geb. 1963; 1994–1995 wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Kommission für die Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern (KSPW), 1996 am Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH); seit 1997 am Institut für Politikwissenschaft an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.

Veröffentlichungen zur Regionalökonomie und Arbeitsmarktpolitik.

Bernd Hofmann, M.A., geb. 1969; Studium der Politikwissenschaft, Soziologie und Neueren Geschichte in Erlangen und Münster; wissenschaftlicher Mitarbeiter im Institut für Politikwissenschaft an der Martin-Luther-Universität Halle.

Everhard Holtmann, Dr. phil., geb. 1946; Professur für Systemanalyse und vergleichende Politik im Institut für Politikwissenschaft an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.

Veröffentlichungen zum politischen System, zur politischen Kultur, zur Kommunal- und Wohnungspolitik.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 53111 Bonn. Internet: <http://www.bpb.de>; E-Mail: [ag2@bpb.de](mailto:ag2@bpb.de)

Redaktion: Dr. Klaus W. Wippermann (verantwortlich), Dr. Katharina Belwe, Dr. Ludwig Watzal, Hans G. Bauer.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62–65, 54290 Trier, Tel. 06 51/9 79 91 86, möglichst Telefax 06 51/9 79 91 53, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von 7,— zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassensatzstärke hergestellt werden.

# Politische Sozialisation der staatsnahen Intelligenz in der DDR

## I. Einleitung

Der Begriff der Sozialisation bezeichnet – im Unterschied zu der als intentional gedachten „Erziehung“ – die Gesamtheit der Prozesse, in denen sich die Persönlichkeit, insbesondere ihr Bewußtsein und ihre Handlungsfähigkeit, auf Grund ihrer Erfahrungen mit der jeweils historisch gegebenen materiellen, sozialen und kulturellen Umwelt bildet. Diese Umwelt ist psychologisch gesehen zwar individuell-spezifisch und führt zu einer gewissen Bandbreite individueller Ausprägungen, aber die Umwelt der in einer bestimmten Gesellschaft aufwachsenden Individuen weist auch Gemeinsamkeiten auf, die sich in entsprechenden Übereinstimmungen ihres späteren Sozialcharakters oder politischen Habitus niederschlagen. So kann gefragt werden, welches kollektive Handlungspotential in einer Gesellschaft auf Grund der dort gegebenen Bedingungen entsteht und wie sich dieses zu der Gesellschaft selbst verhält – ob es sie beispielsweise nur reproduziert oder ob sozialer Wandel, und in welcher Richtung, initiiert wird.

Diese Frage ist im Falle der DDR von besonderem Interesse, weil dort der gesamte Erziehungssektor von den Kinderkrippen bis hin zur Universität zentralistisch organisiert und einem bestimmten Erziehungsleitbild – „der sozialistischen Persönlichkeit“ – verpflichtet war, andererseits aber in den achtziger Jahren und dann bei der Wende offensichtlich wurde, daß die tatsächliche Sozialisation in der DDR keineswegs dieser Utopie entsprach. Besonders relevant dabei ist die Population der staatsnahen bzw. staatstragenden Intelligenz, da angenommen werden kann, daß gesellschaftliche Prozesse stärker vom Handeln oder auch Nicht-Handeln dieser als von dem jeder anderen Gruppe abhängen. Da außerdem anzunehmen ist, daß sich in Zeiten rapiden sozialen Wandels die Bedingungen der Sozialisation aufeinander folgender Generationen (*Kohorten*) unterscheiden, sollten innerhalb der genannten Popu-

lation verschiedene Alterskohorten untersucht werden.

Ich berichte im folgenden über einige Ergebnisse einer entsprechenden, inzwischen abgeschlossenen empirischen Untersuchung<sup>1</sup>. Da zu dieser Frage praktisch keine Forschung vorlag, an die hätte angeknüpft werden können, empfahl sich ein qualitatives Vorgehen, das darauf ausgerichtet ist, zunächst eine Fülle von Material zu erheben und aus diesem begriffliche Strukturen zu extrahieren bzw. zu rekonstruieren, „wie es wirklich war“. Ein solcher Forschungsansatz liefert zwar keine im statistischen Sinne repräsentativen quantitativen Ergebnisse, aber genauere und differenzierte Beschreibungen dessen, was in der untersuchten Population überhaupt erlebt, was gedacht und wie von den Betroffenen gehandelt wurde.

Durch eine Untersuchung dieser Art ließen sich zudem jahrzehntelang gepflegte Stereotype in Frage stellen und Anstöße für die Bearbeitung der Vergangenheit finden, im Hinblick auf das politische Klima in Deutschland und den Diskurs zwischen Ost- und Westdeutschen sicher notwendige Ziele. Vorurteile über die Ostdeutschen – etwa, daß eine Bindung an ihr Land Einverständnis mit der politischen Realität impliziert oder daß äußere Konformität auf ideologischer Überzeugung beruht habe, daß alle Parteimitglieder unkritisch und Kommunisten oder daß Absolventen des Studienganges „Marxismus-Leninismus“ gute Kenner der Marxschen Theorie gewesen seien –, aber auch Mythen, denen zufolge die kritischen DDR-Bürger nichts sehnlicher gewünscht hätten als eine Integration in die Bundesrepublik, sollten nach unseren Befunden ad acta gelegt werden. Aber auch ein bei der ostdeutschen staatsnahen Intelligenz verbreitetes Bild von ihrem Staat wäre in Frage zu stellen, demgemäß sie verführte Opfer einer autoritären Herrschaft wurden, deren Füh-

1 Vgl. Dieter Geulen, Politische Sozialisation in der DDR. Autobiographische Gruppengespräche mit Angehörigen der Intelligenz, Opladen 1998; vgl. auch den Bericht über erste Befunde in dieser Zeitschrift, ders., Typische Sozialisationsverläufe in der DDR. Einige qualitative Befunde über vier Generationen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 26–27/93, S. 37–44.

rungsspitze zu alt und inkompetent war, daß aber „der“ Sozialismus und das System „an sich“ gut seien.

Die Datenbasis der Untersuchung sind Gruppendiskussionen bzw. deren Transkriptionen, die 1991 mit Angehörigen der staatsnahen Intelligenz (Hochschulabschluß und Mitgliedschaft in der SED bzw. entsprechende Loyalität) in Leipzig und Berlin (Ost) durchgeführt wurden. Es wurde jeweils eine Gruppe von fünf bis sechs Teilnehmern aus der Kohorte der um 1940, 1950 und 1960 Geborenen gebildet, die nach den genannten Kriterien und dem der Vielfalt von einem ostdeutschen Kollegen bzw. einer Kollegin zusammengestellt wurde und an einem Abend in der Wohnung des Betreffenden zusammenkam<sup>2</sup>. Die teilnehmenden Männer und Frauen erzählten reihum ihre Lebensgeschichte, gelegentlich unterbrochen durch Nachfragen seitens der westdeutschen Interviewer oder durch Kommentare anderer Teilnehmer. Insgesamt war das Maß der Gesprächslenkung gering. Durchweg herrschte eine offene und vertrauensvolle Atmosphäre, und die Interventionen der westdeutschen Interviewer wurden – wie mehrfach angemerkt wurde – als hilfreich und nicht überheblich wahrgenommen; daher darf unterstellt werden, daß Hemmungen oder die Neigung, zu beschönigen, keinen wesentlichen Einfluß hatten. Insgesamt liegen die Äußerungen von 35 Teilnehmerinnen und Teilnehmern auf rund 900 engbeschriebenen Transkriptseiten vor, die anschließend interpretativ analysiert wurden. Das methodische Vorgehen orientiert sich an der von Barney Glaser und Anselm Strauss<sup>3</sup> vorgeschlagenen Konzeption einer „grounded theory“, weitere Bezugspunkte waren die Ansätze der „oral history“ und der neueren Biographieforschung. Die Details der Auswertungsarbeit sind ausführlich in der genannten Buchveröffentlichung dokumentiert.

---

## II. Erfahrungen und Prägungen in der DDR

---

Ausgehend von der Annahme, daß Sozialisation nicht auf einen bestimmten Lebensabschnitt be-

2 Es handelt sich um Kurt und Uta Starke, Achim Hoffmann (damals Leipzig), Angelika Tischer und Elke Müller (damals Berlin [Ost.]). Außerdem nahm Brigitte Wehland-Rauschenbach (Berlin [West]) an den Gesprächen teil. Alle Genannten sind promovierte bzw. habilitierte Sozialwissenschaftler.

3 Vgl. Barney Glaser/Anselm Strauss, *The discovery of grounded theory*, Chicago 1967.

schränkt ist, sondern einen lebenslangen Prozeß darstellt<sup>4</sup>, wurden sowohl die Angaben der Teilnehmer über ihre Kindheit und ihre Herkunftsfamilie wie auch über ihre Ausbildungszeit sowie über spätere Erfahrungen im Beruf und in der Partei bzw. mit der politischen Wirklichkeit der DDR insgesamt in die Analyse einbezogen.

### I. Kindheit und primäres Sozialisationsmilieu

Die Schilderungen der Kindheit und des primären Sozialisationsmilieus zeigen eine ausgeprägte Kohortenspezifität, was nicht verwundert, da die verschiedenen Kohorten von den Ereignissen des Zweiten Weltkrieges und seinen Folgen sehr unterschiedlich betroffen waren. Bei der ältesten Kohorte der um 1940 Geborenen hat die Herkunftsfamilie insgesamt eine relativ hohe Bedeutung. Nach den vorliegenden Berichten lassen sich im wesentlichen drei typische Familienmilieus unterscheiden. Vom Typ „bürgerliche Kontinuität“ sprechen wir, wenn Identität und Werthaltung der bürgerlichen Herkunftsfamilie im wesentlichen beibehalten wurden, auch wenn man sich später mit dem Sozialismus arrangierte. Beim Typ „materielle Not und Neuanfang“ steht das Problem im Vordergrund, sich nach Zerstörung und Vertreibung durchschlagen und eine neue Existenz aufbauen zu müssen. „Beschädigte Familienverhältnisse“ wird der Typ genannt, bei dem die Familie selbst – etwa durch den Verlust des Vaters – zerbrochen oder gravierend verändert wurde, was die Kinder zwang, frühzeitig nach neuen sozialen Orientierungspunkten zu suchen. Das Spezifikum dieser Kohorte insgesamt scheint darin zu liegen, daß sie auf Grund der festgehaltenen Bindungen an ihre Herkunftsfamilie zum neuen DDR-Staat – auch bei pragmatischem Sich-Anpassen – eine gewisse Distanz behielt.

Bei der Kohorte der um 1950 Geborenen findet sich ebenfalls noch eine größere Bandbreite verschiedener Familienmilieus, doch ist als gemeinsame Kohortenspezifität eine größere Differenz bzw. ein deutlicher Konflikt im Generationenverhältnis zu erkennen: Diese Kohorte wurde in der Aufbauphase des DDR-Sozialismus und bereits innerhalb der neuen Institutionen sozialisiert, stellte ihre Zukunft darauf ein und wandte sich daher von ihrem Herkunftsmilieu eher ab. Die Struktur liegt in zwei Varianten vor. Beim Typ „Flucht aus dem provinziellen Milieu“ wurde das Milieu als beengend, langweilig und perspektiven-

4 Zur Sozialisation allgemein vgl. Klaus Hurrelmann/Dieter Ulich (Hrsg.), *Neues Handbuch der Sozialisationsforschung*, Weinheim 1991.

los wahrgenommen, und man verließ es, indem man auf die staatlichen Angebote einer Ausbildung und späteren Karriere z. B. über die Partei einging. Vom Typ „obsoleter Familienwelt“ kann gesprochen werden, wenn das weltanschauliche, insbesondere religiöse Meinungsklima in der Familie unter dem Einfluß der neuen staatlichen Erziehung und Ideologie als veraltet und nicht mehr authentisch lebbar wahrgenommen wurde und man sich entsprechend umorientierte. Daneben fanden sich auch Fälle, in denen die Eltern entweder auf Grund einer länger zurückreichenden Familientradition eine linke bzw. sozialistische Position teilten oder eine solche pragmatisch nach Gründung der DDR bezogen hatten.

In den Berichten der um 1960 geborenen Teilnehmer nimmt die Familie einen weit geringeren Raum ein, was erstens damit zusammenhängt, daß Probleme der oben genannten Art zurückgetreten waren, und zweitens damit, daß die staatlichen Instanzen schon in der Kindheit dieser Kohorte einen relativ großen Raum einnahmen und das Familienleben auf Grund der Berufstätigkeit beider Eltern erheblich reduziert war. Das sozialistische Milieu ist daher relativ homogen.

Zwischen dem primären Sozialisationsmilieu und dem späteren politischen Verhalten gibt es durchaus Zusammenhänge, wie schon daran zu sehen ist, daß wir bei den älteren Kohorten eine größere Vielfalt einerseits von Typen des familialen Milieus, andererseits von Typen des späteren politischen Habitus vorfinden als bei der jüngeren Kohorte. Auch bei der Betrachtung der einzelnen Biographien zeigen sich offensichtliche und verstehbare Bezüge zum späteren Verhaltensstil. Doch sind diese Zusammenhänge nicht eindeutig, auf keinen Fall determinierend und kaum zu generalisieren. So konnte beispielsweise aus einem betont christlichen Elternhaus durchaus ein Kind mit einem konformen und mit der DDR völlig identifizierten Habitus hervorgehen, umgekehrt konnte das Kind von Eltern, die beide in der SED waren und entsprechende Funktionen ausübten, einen kritisch-distanzierten Habitus entwickeln. Typischerweise ging ein solcher Habitus allerdings eher aus einem Milieu hervor, in dem noch an bürgerlichen Wertvorstellungen festgehalten worden war. Auch die Konsequenzen eines beschädigten bzw. instabilen Familienmilieus sind nicht eindeutig; es konnte sowohl zu einer engeren Bindung an Partei und Staat als auch zu größerer geistiger Selbständigkeit und Kritik führen.

Eine gewisse Affinität zur Ausbildung eines konform-identifizierten Habitus ist zu erkennen, wenn

schon eine linke Familientradition bestand und/oder wenn das Herkunftsmilieu dem jungen Menschen als provinziell, beengend und perspektivlos und eine Studien- und Berufskarriere über die staatlichen Angebote mit einem entsprechenden Ortswechsel als verlockend erschienen. Hierzu sei als ein Beispiel eine 1950 geborene, spätere Dozentin zitiert:

*„Es gab wenig Wechsel eigentlich, wenig Wechsel von den Personen, mit denen man Kontakt hatte, und wenig Wechsel eigentlich auch, was so ein bestimmtes Territorium ausmacht. Natürlich hatte mein Vater von seiner Berliner Seite her immer auch so ein bißchen Weltoffenheit dabei, das muß ich sagen, ja, während das von meiner Mutter Seite her doch so wirklich den absolut ländlichen Touch hatte. Also auch so – ich weiß gar nicht, wie man das bezeichnen soll –, von den Sitten und Gebräuchen, war das sehr, sehr eng gefaßt, also, wie man es auf dem Dorf eben kennt. Einer kennt den anderen, um Gottes Willen, das stehende Wort war: Was sagen die Leute dazu. Und so wurde ich dann eigentlich auch erzogen. . . . Nach dem Abitur habe ich angefangen zu studieren, und das war eigentlich der Einschnitt in meinem Leben, ein solcher Einschnitt, der da für alle Bereiche – muß ich sagen – ganz enorme Auswirkungen hatte. Ich wußte genau, daß, wenn ich studiere, ich möglichst weit weg von zu Hause studieren wollte, was man damals als ‚möglichst weit weg‘ in der DDR bezeichnen konnte. Deswegen habe ich auch gesagt: Ich will jetzt etwas in der Weite suchen. Habe dann in Erfurt studiert, das war ja nun enorm weit weg von zu Hause, und habe eigentlich mit allen Riten gebrochen, also ich bin in der ersten Zeit kaum nach Hause gefahren.“*

## 2. Ausbildung und Studium

Im Unterschied zu den vielfältigen Familienmilieus waren die Einflüsse der formellen Bildungsinstanzen in der DDR relativ homogen, zumindest was die ideologische Schulung betrifft. In den vorliegenden autobiographischen Berichten spielt die Schulzeit nur eine geringe Rolle. Manche erinnern sich dankbar an lebhaftere Diskussionen im informellen Kreis von Schulkameraden. Andererseits werden Episoden berichtet, die deutlich machen, daß in den Schulen eine strenge Disziplin in allen politisch relevanten Fragen durchgesetzt wurde, so z. B. schon in bezug auf westlichen Kleidungs- und Musikstil, und daß dies durchaus als Konflikt mit politischen Konnotationen erlebt wurde. Eine gewisse Bedeutung für die politische Sozialisation könnte die verbreitete Internatsunterbringung

spielen, insofern als sie Gelegenheit zu politischen Diskursen unter Gleichaltrigen bot.

Eine weitaus größere Rolle spielt die Studienzeit. Der Ausbildung bzw. dem Studium kommen im Hinblick auf die Bildung eines Individuums wie auch auf seinen späteren Platz im Beschäftigungssystem und die daran geknüpften sozialisatorischen Erfahrungen größte Bedeutung auch unter dem Gesichtspunkt seiner politischen Sozialisation zu. In der DDR war die Entscheidung, überhaupt ein weiterführendes Studium aufzunehmen, praktisch schon mit dem Besuch der Erweiterten Oberschule impliziert, es ging also im wesentlichen nur noch um die Frage des Studienfaches.

Generell muß dabei das Ausmaß an *staatlicher Lenkung* als hoch angesetzt werden. Im Rahmen der vorab nach ökonomischen, politischen und ideologischen Erfordernissen staatlich festgelegten Studienangebote wurden Wünsche der Bewerber zwar nach Möglichkeit berücksichtigt. Aber weit häufiger wurden ihnen doch – ohne Rücksicht auf ihre individuellen Wünsche und aufgrund oberflächlicher und nur legitimatorischer Kriterien – bestimmte Studiengänge nahegelegt, wobei es für sie meist keine Alternative gab und ihre Zustimmung nur formalen Charakter hatte. So konnte es passieren, daß sie am Ende ihres Studiums genau dort angelangten, wo sie gar nicht hatten hinkommen wollen. Einer der Teilnehmer unserer Untersuchung etwa, der ursprünglich Flugzeugtechnik, dann Deutsch und Geschichte studieren wollte, wurde Musiklehrer, weil er in der Schule gut singen konnte, obwohl er „nicht wußte, was Dur und Moll war“. Ein anderer, der Architektur studieren wollte, wurde wegen seiner sozialen Herkunft (seine Eltern waren Lehrer) auf den Studiengang Wärme- und Kältetechnik verwiesen; er entzog sich dem jedoch und wurde Unterhaltungsmusiker. Ein weiterer Teilnehmer, der sich für Ethnologie interessierte, wurde auf marxistisch-leninistische Philosophie gelenkt, „weil er abstrakt denken konnte“.

Was die *Erfahrungen im Studium* selbst betrifft, so finden sich erstaunlicherweise so gut wie keine Aussagen über die Inhalte der einzelnen Fächer. Dies ist vielleicht so zu interpretieren, daß diese Inhalte weitgehend normiert waren und daß innerhalb der Disziplin keinerlei Alternativen im Sinne eines pluralistischen Wissenschaftsverständnisses diskutiert wurden, so daß sie den Studierenden als schlechthin selbstverständlich erscheinen mußten. Trifft dies zu, so würde das bedeuten, daß die Chancen, sich die Regeln einer wissenschaftlichen Diskurskultur anzueignen, die ja gerade auf sol-

cher Pluralität beruht, eingeschränkt waren und daß statt dessen die Auffassung von Wissenschaft als einem Fundus feststehender Wahrheiten – „objektiver Gesetzmäßigkeiten“ – vermittelt wurde.

Allerdings wurde in bestimmten Seminar- und informellen Jahrgangsgruppen durchaus kritisch diskutiert, wobei man sich vor Bespitzelung bzw. möglichen Sanktionen relativ wenig fürchtete. So dürfte ein Diskursverhalten eingeübt worden sein, das durch den Austausch über und die Kritik an wahrgenommenen Mißständen charakterisiert ist und das später in der Familie und im kleinen Kreis seine Fortsetzung fand. Man diskutierte auch über politische Fragen, auch kontrovers, aber all dies nur bis zu einer gewissen Grenze, die durch die grundsätzliche Loyalität mit dem sozialistischen Staat definiert war (s. u.). Vor allem Vertreter der älteren Kohorten kritisieren das hohe Maß an bürokratischer Regelung und Lenkung im Studium, das – wie wir oben gesehen haben – einen Konflikt zwischen den eigenen Wünschen und den diesen zuwiderlaufenden staatlichen Maßnahmen deutlich werden ließ und Anlaß einer distanzierten Haltung werden konnte. Von den um 1960 geborenen Teilnehmern stammen vor allem kritische Äußerungen über das Niveau und die niedrigen Anforderungen, die jedenfalls den an Wissenschaft interessierten anspruchsvolleren Studierenden nicht gerecht wurden. Bei diesen muß sich der Eindruck verfestigt haben, um Möglichkeiten ihrer wissenschaftlichen Bildung und Qualifikation betrogen worden zu sein, was Konsequenzen nicht nur für die Bewertung ihres Staates, sondern auch für ihr Selbstbild gehabt haben könnte.

Ein weiterer Punkt der Kritik betrifft den *marxistisch-leninistischen Studienanteil*, der in jedem Studiengang obligatorisch war. Einige wenige Teilnehmer bekennen, daß sie von der Theorie fasziniert waren, insbesondere von ihrer Geschlossenheit und den „Gesetzen“, durch die verschiedenartige Phänomene aufeinander bezogen werden konnten. Andere haben sie noch mit einem gewissen Interesse zur Kenntnis genommen. Das Gros der Studierenden hat jedoch offenbar die betreffenden Lehrveranstaltungen als langweilige und unvermeidliche Pflicht, als „Rotlichtbestrahlung“ über sich ergehen lassen. Interessant ist die Feststellung einiger Teilnehmer, daß an dem geringen Interesse vor allem die didaktische Qualität der Literatur und der Vorlesungen schuld war und daß man gerade nicht dazu gekommen ist, sich durch eine wissenschaftlich seriöse und gründliche Beschäftigung etwa mit dem Marxschen Werk die Theorie so anzueignen, daß man sie selber als ana-

lytisches und kritisches Instrument hätte handhaben können. Ein Teilnehmer aus der Fünfziger-Kohorte berichtet folgendes:

*„Also ich hatte nach dem ersten Studienjahr die Faxen dicke eigentlich, weil, es hat sich da etwas gezeigt, was ich später irgendwann mal bei Jaspers gelesen habe. Er sagt also, das wird da mit der kommunistischen Idee bei denen sowieso nichts, weil . . . das ist derartig fad und langweilig, daß das niemals ankommen kann, das hat keine Substanz.“*

Obwohl also die intendierten Ziele dieser Lehrveranstaltungen kaum erreicht wurden, haben die Zuhörer trotz ihrer Ablehnung anscheinend doch gewisse Botschaften daraus entnommen und verinnerlicht. Wie wir noch genauer sehen werden, ist bei nahezu allen unseren Teilnehmern, auch den besonders kritischen, ein Grundkonsens hinsichtlich der Bewertung der Idee des Sozialismus festzustellen: Da diese grundsätzlich gut sei, müsse die DDR, die sie erklärterweise zu verwirklichen suchte, gegenüber dem kapitalistischen Westen trotz vieler Mißstände letztlich der bessere Staat sein. Die Einmütigkeit dieser Auffassung könnte ein Ergebnis konsensueller Erfahrung der Realität sein; daß sie allerdings bis in die sprachlichen Formulierungen reicht, spricht eher für die Hypothese, daß diese Wahrnehmung ein Ergebnis des gemeinsamen ideologischen Studienanteils bzw. staatlicher Propaganda ist.

### 3. Das Dilemma der Frauen in der DDR

Häufiger und ausführlicher als über das Studium selbst berichten vor allem die Frauen aus der Vierziger- und Fünfziger-Kohorte von Problemen, die sich einerseits aus den Anforderungen von Studium und Beruf, die nicht selten einen Ortswechsel, mindestens ein Pendeln erforderlich machten, und andererseits aus den Anforderungen ihrer Familie ergaben, insbesondere im Hinblick auf ihre Kinder und ihre Wünsche nach einem Privatleben. In der DDR wurde bekanntlich früh geheiratet, und auch Kinder stellten sich früh ein, gleichzeitig war die Integration der Frauen in das Berufsleben in weit höherem Maße realisiert als z. B. in der Bundesrepublik. Die sich aus dieser Konstellation ergebende Doppelbelastung der Frauen in der DDR – auch schon während ihres Studiums – kommt in der Untersuchung an vielen Stellen zum Ausdruck.

Bei den Teilnehmerinnen aus den beiden älteren Kohorten lassen sich zwei Typen der Prioritätensetzung erkennen. Beim ersten Typ steht die Sorge um die Familie und die Kinder an erster Stelle, und es werden Nachteile für die Karriere, z. B. der

Verzicht auf die B-Promotion (Habilitation), in Kauf genommen. Beim zweiten Typ wird ebenfalls nicht auf Familie und Kinder verzichtet, doch wird der eigenen Ausbildung und Karriere Priorität eingeräumt und versucht, die gegebenen Probleme irgendwie pragmatisch mit Hilfe des Ehemannes oder der Eltern zu lösen. Anscheinend folgen besonders diejenigen Frauen diesem Muster, die sich stark auf die Ideologie bzw. die Partei verlassen, wie etwa im folgenden Beispiel:

*„Wissen Sie, wir hatten doch in den sechziger Jahren so eine Linie: Der Staat wollte die Erziehung der Kinder übernehmen, nicht, wollte praktisch die Frau davon entlasten. Na ja, und wir als brave DDR-erzogene Frauen haben das auch alles mitgemacht. Für uns war das natürlich.“*

Die gleiche Teilnehmerin etwas später:

*„Bei uns ist das so weit gegangen: Als wir die Dissertation B geschrieben haben, haben wir beide im Arbeitszimmer gesessen. Wenn die Kinder etwas wollten, haben sie geklopft: ‚Dürfen wir mal reinkommen?‘ Ich muß sagen, das hat sich dann sehr auf das Verhältnis ausgewirkt. Wir haben zwar ein sehr gutes Verhältnis, die Kinder sind jetzt alle erwachsen, und sie kommen auch zu uns, aber es ist trotzdem etwas kühl. Sie regeln viele Dinge für sich alleine, ohne zu den Eltern zu kommen. Ich muß sagen, wenn ich jetzt sehe, daß ich im beruflichen Aus bin, also Warteschleife und dann Arbeitslosigkeit, daß ich das bitter, bitter bereue.“*

In den Erzählungen der Frauen aus allen drei Alterskohorten fällt auf, daß die Beziehung zum Partner nur eine untergeordnete Rolle spielt. Ihr wird überwiegend eine pragmatische Rolle zur gemeinsamen Lebensbewältigung zugeschrieben, bei der es vor allem auf Vertrauen und Zuverlässigkeit ankommt. Der Wunsch etwa, mehr Zeit gemeinsam zu verbringen, sowie die erotische Seite werden in den Erzählungen ausgeblendet. Von Beziehungsproblemen, wie sie westliche Paare thematisieren, ist keine Rede. Vor dem Hintergrund der westdeutschen Frauenbewegung und des feministischen Diskurses, wie sie sich im Gefolge der 68er Diskussion herausgebildet haben, erscheint das Verhalten der ostdeutschen Frauen – bis heute – eher konservativ. Tatsächlich bringen ostdeutsche Frauen dem feministischen Diskurs nur wenig Verständnis entgegen. Nicht zuletzt aufgrund ihrer Leistungen, die sie als Berufstätige, Hausfrauen und Mütter tagtäglich erbracht haben, halten sie die Frauenbewegung nicht für relevant.

#### 4. Kritische Erfahrungen mit dem System

Es wäre entschieden zu eng, nur die institutionelle Bewußtseinsbildung in Schule und Hochschule als politische Sozialisation anzusehen. Erstens hat schon die primäre Sozialisation, durch die noch vor dem im engeren Sinne politischen Bewußtsein fundamentale Persönlichkeitsmerkmale geprägt werden, einen Einfluß auf Stilmerkmale des späteren politischen Verhaltens; zweitens findet auch nach Abschluß der institutionalisierten eine weitere Persönlichkeits- und Bewußtseinsentwicklung statt, die wir ebenfalls als Teil der politischen Sozialisation bewerten müssen. Die vorliegende Untersuchung zeigt deutlich, daß die persönlichen Erfahrungen in der Alltagsrealität und insbesondere mit der Staatsgewalt zu einer weiteren individuellen Differenzierung sowohl des Verhaltens wie auch des Bewußtseins – z. B. zu Strategien, sich gewissen Anforderungen zu entziehen, bzw. zu kritischen Denkfiguren in bezug auf die politische Realität – führen, die sich unter Umständen weit von den erklärten Bildungszielen der Institutionen entfernen. Daher soll auch über einige typische Erfahrungen unserer Teilnehmer mit dem realen Sozialismus berichtet werden, die Gemeinsamkeiten der Lebenswelt in der DDR widerspiegeln und insofern als kollektive Sozialisationsbedingungen aufgefaßt werden können.

Zunächst sind bestimmte politische bzw. historische Ereignisse zu nennen, die nicht in das propagandistisch verbreitete Bild von der Realität paßten und bei denen, die es verinnerlicht hatten, zu einer *Verunsicherung* auch bezüglich der staatlichen Informationspolitik und der Glaubwürdigkeit der Medien führten. Wie sich zeigt, war bei manchen die Toleranzschwelle, jenseits deren eine Irritation, ja unter Umständen eine persönliche Krise eintrat, relativ niedrig. Eine solche Situation kann unterschiedliche sozialisatorische Konsequenzen zur Folge haben, die von den weiteren psychologischen Randbedingungen in der Persönlichkeitsstruktur abhängen. Zum Beispiel können Angst und Abwehr ausgelöst werden, die eine Verhärtung der schon bestehenden Position zur Folge hätten; möglich wäre aber auch, daß solche Diskrepanzerlebnisse im Sinne einschlägiger Theorien der kognitiven Entwicklung zu bewußtseinsverändernden Lernprozessen führen.

So weit es sich um historische Ereignisse handelt, hängt ihre Wirkung natürlich vom Alter der Betroffenen ab, ist also kohortenspezifisch. So waren z. B. für die Teilnehmer aus der um 1940 geborenen Kohorte der Tod Stalins (1953) und die darauf folgende Kritik am Personenkult ein

Schock, der ihr bisheriges Bild von der sozialistischen Welt trübte. Der Bau der Mauer (1961) sowie der Aufstand von 1953 werden dagegen erstaunlicherweise kaum erwähnt, was sich daraus erklären ließe, daß deren propagandistische Legitimierung den damals jungen Menschen plausibel erschienen ist. Für die um 1950 Geborenen war dagegen der Einmarsch der Truppen des Warschauer Paktes in die ČSSR (1968) ein solches Ereignis, das ihren Glauben an die Harmonie der sozialistischen Staatengemeinschaft erschütterte und dessen öffentliche Darstellung ihnen die Augen für die Methoden der Meinungslenkung schon in den Schulen öffnete. Um 1960 geborene Teilnehmer nennen das Verbot der Zeitschrift „Sputnik“ (1988) und besonders die Zustimmung der DDR-Regierung zu der blutigen Niederschlagung der Studentendemonstration auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Peking (1989) als Skandalon.

Einen großen Anteil in den vorliegenden Berichten nimmt die Schilderung von Mängeln und Widersprüchen ein, vor allem im beruflichen Erfahrungsfeld, darüber hinaus aber auch in der Alltagswelt der DDR. Diese Äußerungen sind durchaus als *Kritik* gemeint, doch fällt auf, daß diese Kritik nicht explizit und als Vorwurf an die Adresse bestimmter verantwortlicher Personen formuliert wird, sondern daß sie in die Form von Anekdoten über Mißstände oder über Fehlentscheidungen gegossen wird. Auch tritt der Sprechende nicht selbst als Kritiker auf, der einen persönlichen Standpunkt – bestimmte Wertungen oder Bedürfnisse eingeschlossen – vertritt, sondern die Kritik ist systemimmanent in dem Sinne, als das System selbst, das heißt dessen Ziele und sein Funktionieren, den Maßstab der Kritik bilden. Hier zeigt sich ein spezifischer Kommunikationsstil, der sich funktional als Schutz vor persönlicher Regreßnahme unter totalitären Verhältnissen erklären ließe.

Die Bedingungen für kritische Kommunikation scheinen in der DDR also durchaus erfüllt gewesen zu sein. Jedoch waren die Freiheitsgrade politischer Diskussionen – und damit auch die Chancen entsprechender Lernprozesse – auf Grund äußerer Bedingungen systematisch eingeschränkt, und zwar in zweifacher Hinsicht. Erstens beschränkte sich kritische Kommunikation auf relativ kleine Kreise vertrauter Personen und auf informelle Situationen, z. B. in der Familie und im Freundeskreis. In öffentlichen oder auch nur parteiöffentlichen Kontexten dagegen, die ja die eigentlichen Foren politischen Handelns gewesen wären, waren kritische Äußerungen sehr riskant und wurden

daher zurückgehalten. Zweitens gab es, wie unsere Berichte zeigen, eine geradezu magische thematische Grenze für kritische Diskussionen: Bei aller Kritik an Mißständen, Entscheidungen und an Personen, ja selbst an den Repräsentanten der Staats- und Parteispitze, wurden niemals die Grundsätze des realen Sozialismus, wie er in der DDR verstanden wurde (insbesondere das Prinzip der zentralen Planung und Kontrolle, die strikte Abgrenzung von marktwirtschaftlichen Grundsätzen, das Sozialstaatsprinzip, das Einparteiensystem und die Rolle der Partei, auch die Abhängigkeit von der Sowjetunion und anderes), offen in Frage gestellt. Dieser Begriff von Sozialismus, der faktisch aus einem Konglomerat heterogener Elemente bestand, war bei nahezu allen unseren Teilnehmern tabu. Das erklärt sich zum Teil daraus, daß eine Kritik daran als „staatsfeindlich“ galt, mit harten Sanktionen bedroht und auch in informellen Kontexten äußerst riskant war, zum Teil aber auch daraus, daß zumindest die loyalen Parteimitglieder sich mit diesen Grundlagen identifizierten.

Sozialisationstheoretische Überlegungen sprechen für die These, daß äußere Beschränkungen des Handelns entsprechende innere Beschränkungen der Sozialisation zur Folge haben, hier also eine Beschränkung der politischen Reflexion und des politischen Handlungsrepertoires auf der subjektiven Ebene. Politische Sozialisation konnte daher unter diesen Umständen kaum zu einem Bewußtsein führen, das das System und seine Grundlagen in Frage hätte stellen können, vor allem nicht zu kollektiv organisierter verändernder Praxis. Ihre kritische Komponente erschöpfte sich typischerweise im Erzählen von Anekdoten, Ironisieren und Witzeln oder auch nur Nörgeln im vertrauten Freundeskreis.

Hinsichtlich der *thematischen Schwerpunkte der Kritik* fanden sich interessante Unterschiede zwischen den verschiedenen Kohorten. In den Berichten aus den beiden älteren Kohorten werden vor allem Mängel im beruflichen Alltag genannt, z. B. bei der Versorgung mit Ausrüstungen und Material. Häufig wird das Problem thematisiert, daß Verantwortliche, die auf Grund der Parteizugehörigkeit auf ihren Posten gekommen waren, sachlich inkompetent waren (z. B. eine Schulleiterin, die die deutsche Sprache nicht beherrschte). Ein weiteres, häufig genanntes Problem war, daß ideologischen bzw. politischen, von Parteigremien verfügbaren Entscheidungen die Priorität vor sachlichen Erfordernissen und dem Urteil der Fachleute eingeräumt werden mußte. Über solche immanente Kritik hinaus wird vor allem von Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus der Fünfziger-Kohorte eine

zunehmende Einschränkung und Vereinheitlichung des geistigen Lebens, von Möglichkeiten des Denkens und Handelns beklagt. Die Versorgung mit Konsumgütern ist dagegen in dieser Altersgruppe kein Thema.

Die um 1960 geborenen Teilnehmer setzen bei ihrer Kritik andere Akzente. Die systemimmanente Denkweise tritt zurück zugunsten einer moralischen und in gewissem Sinne auch ästhetischen Kritik an der Verhaltenskultur in der Partei, aber auch an der älteren Generation insgesamt, an dem dort wahrgenommenen Spießertum, an Mediokrität und Karrieredenken. Hart gehen sie mit der zunehmenden Konsumorientierung der DDR-Gesellschaft bzw. der entsprechenden Politik in den siebziger Jahren ins Gericht, in der sie auch einen Widerspruch zu sozialistischen Grundsätzen sehen. Weitere in der jüngeren Kohorte kritisch kommentierte Erscheinungen sind die militaristischen Elemente auch im alltäglichen Leben sowie gewisse Relikte aus dem Nationalsozialismus.

Auch soziale Ungleichheit und Ungerechtigkeit bei der Verteilung von Einkommen und Ressourcen, die in der DDR entgegen den Grundsätzen sozialistischer Ideologie bestanden, wurden wahrgenommen. Besonders kritisch wird gerade von Genossen angemerkt, daß die Parteimitglieder zahlreiche Privilegien besaßen (z. B. bei der Versorgung mit westlichen Konsumgütern) und daß auch innerhalb der Partei „feudales“ Denken vorherrschte.

Ein ausführlich und durchweg kritisch diskutiertes Thema ist die staatliche Kontrolle des öffentlichen Diskurses, die *Bewußtseinslenkung und Bespitzelung*. Das Verbot, westliche Fernsehprogramme zu sehen, versuchte man unter anderem durch Ausfragen der Kinder in der Schule oder durch Kappen von Antennenleitungen durchzusetzen. Die öffentlichen Medien waren bis ins Detail weisungsabhängig. Ein Journalist erwähnt, daß er sich bei der täglichen Pflichtlektüre des eigenen Blattes geschämt habe.

Als Beispiel für die nahezu allgegenwärtige Bespitzelung auch in informellen Situationen sei eine von einem Lehrer aus der Vierziger-Kohorte berichtete Episode über seinen Schulleiter angeführt:

*„Man konnte mit ihm reden, also wirklich. Auch die Versammlungen, die er abgehalten hat, das hatte Hand und Fuß. [Am Tag der Republik] haben die Bankett gehabt. Ich war auch abends da, bin aber, weil ich keinen weiter kannte, zeitig gegangen, so*

*gegen zehn. Und die haben fleißig gebechert noch. Und gegen Mitternacht hat er [der Schulleiter] dann ein paar Schoten losgelassen gegen die Partei und Regierung. Und da haben seine Leute, mit denen er gesoffen hat, ihn angehängt. Und am nächsten Tag gleich, da war der nie mehr... der durfte die Schule nur noch einmal betreten, um seine persönlichen Sachen zu holen... da war der weg, fristlos entlassen.“*

Eine Kritik dieser Praktiken der Bewußtseinslenkung in der DDR wird von unseren Interviewteilnehmern in selbstreflexiven Passagen formuliert. Die Tabuisierung sowohl bestimmter Themen als auch bestimmter diskursiver Verhaltensweisen, mehr noch die drohende Bestrafung, habe sich schließlich mental – als „Selbstzensur“ – niedergeschlagen.

Das habituell manifestierte Resultat dieser späteren Sozialisationsphase wäre, daß man seine Kommunikation mit anderen drastisch einschränkt und insbesondere Kritik in sich hineinfrißt, anstatt sie politisch wirksam werden zu lassen, letztlich also das Schweigen, ein zweifellos sehr restringierter Verhaltensmodus, durch den man sich selbst aus dem politischen Prozeß ausschließt. Eine weitere Implikation wäre die Dichotomisierung von öffentlichem und privatem Denken und Handeln, die mehrfach zitierte „Schizophrenie“. Auch dies bedeutet, daß die Subjekte sich nicht mehr in den öffentlichen Raum einbringen, sondern diesen sich selbst bzw. der etablierten Herrschaft überlassen und sich ihm nur noch anpassen. Statt dessen suchen sie die Erfüllung ihrer Wünsche und Ideen im privaten Bereich und in der Nische, ein in der DDR tatsächlich weit verbreitetes Phänomen.

Sicher ist die aus der genannten Struktur resultierende Sensibilität dafür, was denn nun wahr und was falsch im öffentlichen Bewußtsein ist, sowie für Herrschaftsmechanismen, die den Kernbestand des Selbstverständnisses denkender Subjekte zu vereinnahmen versuchen, unter der Perspektive unseres Begriffs von politischer Sozialisation ein positiv zu bewertendes Ergebnis. Hierin übertreffen die Ostdeutschen den durchschnittlichen Westdeutschen vermutlich. Allerdings ist der Eindruck nicht ganz von der Hand zu weisen, daß die Erfahrungen mit den gleichgeschalteten Institutionen ihres Staates von manchen so weit generalisiert wurden, daß grundsätzlich alles, was von staatlichen bzw. öffentlichen Institutionen verlautet, für Lüge gehalten wird. Die heute bei Ostdeutschen gelegentlich zu beobachtende, über gesunde Skepsis weit hinausgehende pauschale Ablehnung der relativ unabhängigen Medien und auch der Justiz

könnte so zu einer Ablehnung auch der Institutionen führen, die notwendige Bedingung einer demokratischen Willensbildung sind, damit konsequent auch zu der Weigerung, sich daran zu beteiligen.

Das vorliegende Material enthält auch einige Berichte über persönliche Erfahrungen in der direkten Konfrontation mit der Staatsgewalt. Solche Erfahrungen hinterlassen einen tiefen, über die Wirkung der kollektiven Sozialisationsbedingungen weit hinausgehenden Eindruck, doch sind sie eben individuell und untypisch und können nicht direkt in eine verallgemeinernde Aussage über die Sozialisation in der DDR einfließen. Daher soll an dieser Stelle nicht näher auf diese Erfahrungen eingegangen werden.

Das Bild, das die DDR-Intelligenz von der *Bundesrepublik* hatte, bzw. ihr Verhältnis zu dieser, bestimmt die Wahrnehmung und Beurteilung der eigenen, sozialistischen Realität – zumal der DDR-Staat seine Identität zum großen Teil in Abgrenzung zur Bundesrepublik definierte – und das Handeln ihr gegenüber. Auch bei der Handlungsoption, eventuell in die Bundesrepublik auszureisen bzw. in der DDR zu bleiben, ist dieses Bild ausschlaggebend. Insofern kann es als eine Bedingung der politischen Sozialisation bzw. politischen Handelns in der DDR angesehen werden.

Angesichts der Reisebeschränkungen für DDR-Bürger kommt den offiziellen Medien, insbesondere dem DDR-Fernsehen, hierbei eine große Bedeutung zu. Das West-Fernsehen scheint nach den Aussagen der Gesprächsteilnehmer dagegen keine große Rolle gespielt zu haben; bedenkt man allerdings, daß viele trotz des Verbotes regelmäßig Sendungen aus dem Westen sahen, wird man dies wohl einschränken müssen. Das DDR-Fernsehen jedenfalls hatte zwei unterschiedliche Effekte: Zum einen weckte es auf Grund seines offensichtlich propagandistischen Charakters durchaus Skepsis bezüglich des vermittelten Bildes vom Westen und erhöhte das Mißtrauen gegenüber den staatlichen Medien. Zum anderen gelang es ihm dennoch, wenn schon kein differenziertes Bild, so doch eine unterschwellige emotionale, defensiv getönte und pauschale Ablehnung der Bundesrepublik zu erzeugen. In allen Kohorten wurde die Bundesrepublik als ein fremdes Land neben vielen, als „kapitalistisches Ausland“ mit der Konnotation „Klassenfeind“ und ohne eine besondere, historisch oder kulturell gestiftete Beziehung zur DDR angesehen. Zwei typische Zitate mögen dies belegen. Zunächst ein um 1950 geborener Teilnehmer:

„Ich habe mich da [gemeint ist die Bundesrepublik – D. G.] nie mehr oder weniger mit identifiziert, daß es dort . . . ich habe das nur empfunden: DDR, das ist der Staat, in dem ich geboren bin. Es sind zwei Staaten da, der eine ist die DDR, und das andere sind die anderen Staaten. Damit war BRD mehr oder weniger weggerückt; ich will es mal so sagen.“

(Interviewer:) „Das heißt, die BRD hatte keine Sonderstellung?“

„Nee, das war ein kapitalistischer Staat unter vielen für mich.“

Ein Teilnehmer aus der Sechziger-Kohorte äußert sich ähnlich:

„Das [die DDR] war meine Heimat, über allem Knatsch und Frust, der auch da war. Und ich empfinde mich jetzt [1991] auch nicht die Spur als Bundesbürger oder so. Also ich bin jetzt auch natürlich gereist und finde das auch toll, daß ich das kann. Aber ich fahre auch ins Ausland, ne, also auch selbst nach West-Berlin, das ist für mich Ausland . . .“

Auf die Frage, warum sie angesichts der von ihnen monierten Mißstände die DDR nicht verlassen haben, wird von den meisten Teilnehmern ein ebenso starker wie trivialer Grund genannt: Die DDR war ihre Heimat, in der sie aufgewachsen waren und in der sie ihre Familie und Freunde sowie eine in der Regel gesicherte berufliche Stellung hatten. Man rechnete auch mit beträchtlichen Schwierigkeiten und Risiken, wenn man z. B. in die Bundesrepublik gegangen wäre; dies ist ebenfalls kein im engeren Sinne politisches Motiv. Interessant ist, wie unsere Teilnehmer die Eindrücke, die sie auf kurzen Reisen in den Westen gesammelt haben, verarbeiteten. Die Berichte stimmen darin überein, daß die ihrem bisherigen Stereotyp völlig widersprechenden Erfahrungen der sauberen Städte, des Warenangebots, des Lebensstandards und Lebensstils im Westen als Schock gewirkt und sie nachhaltig verändert haben. Es fällt ihnen schwer, sich einzugestehen, in welchem Maße ihr eigener Staat rückständig war und wie sehr er sie durch seine Medienpolitik und sein Ausreiseverbot hinters Licht geführt hat. Was Anlaß zu einer radikalen Kritik sein könnte, mündet daher in eine ganz andere Richtung: Der Westen wird wiederum – in neuer Weise – als eine ihnen fremde und bedrohliche Welt erfahren, weshalb sie sich noch stärker in die vertraute Heimat der DDR und die Loyalität mit ihr zurückziehen. Dies mag noch verstärkt werden durch eine arrogante Haltung seitens der Westdeutschen, die von

denjenigen, die sich mit der DDR identifizierten, als narzißtische Kränkung erlebt wurde (und wird) und eine Trotzreaktion auslöste, so insbesondere bei Angehörigen der jüngeren Kohorte. Gleichzeitig sehen sie nun gewisse Probleme in ihrem Staat deutlicher, interpretieren diese aber auch jetzt nicht als Symptome tiefreichender Widersprüche dieses Systems, sondern als Mängel, die sich durch „Reformen“ beheben lassen können.

---

### III. Resultate politischer Sozialisation in der DDR

---

Menschliches Handeln ist zwar zum einen von der jeweils vorgegebenen (objektiven) Situation abhängig – insofern handeln Menschen nicht autonom –, zum anderen aber auch von spezifischen subjektiven Bedingungen wie Motiven, Vorstellungen, Zielen usw., die als Ergebnisse der vorangehenden Sozialisation der betreffenden Individuen aufzufassen sind. In der vorliegenden Untersuchung wurden daher die von den Teilnehmern berichteten Handlungsoptionen in bestimmten Situationen sowie auch ihre Vorstellungen von der politischen Realität der DDR als Resultate ihrer politischen Sozialisation, d. h. ihrer oben dargestellten Erfahrungen von der Kindheit über ihre Ausbildung bis hin zum Beruf und zur politischen Arbeit, aufgefaßt. So berichteten unsere Teilnehmer zum Beispiel über politisches Protestverhalten in ihrer Jugendzeit, nach entsprechenden Fragen unsererseits über ihre Motive für den Eintritt in die SED sowie über die Gründe, die sie trotz ihrer Kritik dazu bewogen haben, die DDR nicht zu verlassen.

#### 1. Typen des politischen Habitus in der DDR

Die Berichte unserer Teilnehmerinnen und Teilnehmer über ihr Verhalten in konkreten Situationen insbesondere gegenüber den Instanzen des Staates und der Partei sowie ihr entsprechendes Bewußtsein lassen sich in eine Typologie des politischen Habitus fassen. Der Begriff des politischen Habitus wird dabei verstanden als eine idealtypische Sinneinheit von politischem Handeln und Bewußtsein; er ist also ein konstruierter Begriff, der vor allem deskriptive und analytische Funktionen erfüllt. Wichtig ist, daß nicht nur das tatsächliche Verhalten, sondern auch das entsprechende Bewußtsein einbezogen wird, denn ersteres war in der DDR durch eng definierte Handlungsspielräume bestimmt, bei deren Überschreitung mit

mehr oder weniger harten Sanktionen gerechnet werden mußte; aus diesem Grunde haben sich die meisten unserer Teilnehmer äußerlich konform verhalten. Jedoch verbirgt sich hinter dieser Konformität eine große Vielfalt subjektiver Einstellungen, die ihr Handeln dann im Detail bestimmten. So ist bemerkenswert, daß äußerlich konformes Verhalten durchaus zusammengehen konnte mit einer subjektiven Distanz, ja mit einer kritischen Einstellung gegenüber der Partei und der Regierung. Allerdings stellte eine selbst weitgehende Kritik nicht die grundsätzliche Loyalität mit der DDR in Frage und bedeutet auch keineswegs, daß die Betroffenen eine „prowestliche“ Einstellung hatten.

Innerhalb unserer Population der staatsnahen Intelligenz lassen sich selbst bei denjenigen, die sich gegenüber den Erwartungen der Parteiinstanzen äußerlich konform verhielten, unterschiedliche Habitus Typen ausmachen. Die folgende Aufzählung ist nach abnehmender Verhaltenskonformität geordnet; sie spiegelt weder eine Wertung noch eine empirische Häufigkeitsverteilung wider.

Es werden vier Haupttypen unterschieden, wobei der erste Haupttyp der „Konformen“ entsprechend dem subjektiven Hintergrund weiter in vier Subtypen unterteilt wurde. Der erste dieser Subtypen, der „identifiziert-konforme Habitus“ ist dadurch gekennzeichnet, daß man sowohl vom Sozialismus als Ideologie wie auch von seiner realen Gestalt in der DDR uneingeschränkt überzeugt war und sich soweit mit ihm identifizierte, daß man sich von Kritik an diesem und vor allem vom Untergang dieses Staates persönlich zutiefst getroffen fühlte. Bei einem zweiten Subtyp, dem „unreflektiert-konformen Habitus“ spielt im Bewußtsein die politische Dimension keine oder höchstens eine marginale Rolle; man könnte ihn auch „unpolitisch“ nennen.

Ein dritter Subtyp der Konformen ist als „distanziert-konform“ zu bezeichnen. Hier war das äußere Verhalten korrekt konform, aber es bestand innerlich – durchaus auf der Basis einer Grundidentifikation mit gewissen Prinzipien des Sozialismus als Ideologie – eine bewußte Distanz, sei es zur aktuellen Politik, zur Regierung, zur Partei oder zum DDR-Staat in seiner vorliegenden Gestalt insgesamt. Da nach unseren Befunden dieser Subtyp in der Population der staatsnahen Intelligenz besonders weit verbreitet zu sein schien, wurde eine weitere Unterteilung nach den Gründen für die Distanzierung vorgenommen. So standen beispielsweise die „von vornherein Ablehnenden“ dem System schon immer ablehnend

gegenüber und haben sich innerlich zurückgezogen, konnten aber nicht die Konsequenz etwa der Ausreise ziehen. Die „Frustrierten“ waren anfangs wohlgesonnen, wenn nicht sogar begeistert für das Projekt der DDR, meist weil sie von der ideologischen Begründung überzeugt waren, doch wurden sie von der realen Entwicklung und Praxis zunehmend enttäuscht und wandten sich ab. Bei den „Traumatisierten“ beruht die – stark affektiv getönte – Distanz auf einem Erlebnis der Konfrontation mit der Gewalt des Staates, in der dieser sich in ihrer Wahrnehmung mit aller Deutlichkeit als repressiv und unmenschlich und seiner eigenen Ideologie widersprechend zeigte. Die „Theoretisch-Reflektierten“ haben auf Grund ihrer Erfahrungen im Laufe der Zeit ein analytisches Bild von der Realität ihres Staates gewonnen, in dem seine Widersprüche und Probleme so deutlich zutage traten, daß sie seine Zukunft pessimistisch beurteilten und sich innerlich von ihm lösten.

Der vierte Subtyp der Konformen, hier „individualistisch-unterlaufend“ genannt, zeigte einerseits korrekte Konformität in bezug auf ideologisch und politisch legitimierte Verhaltenserwartungen, verfolgt aber gleichwohl in dem damit gesteckten Rahmen individuelle Ziele, wobei er bloß informelle Erwartungen notfalls ignorierte und den Apparat strategisch für sich nutzte.

Die folgenden Typen sind dadurch gekennzeichnet, daß bei ihnen die Konformität im offenen Verhalten mehr oder weniger eingeschränkt bzw. verweigert wurde. Dies konnte jedoch durchaus mit einer tieferen Identifikation z. B. mit sozialistischen Prinzipien zusammengehen. So lag dem zweiten Haupttyp, den wir „loyal und immanent kritisch“ nennen, vor allem das Funktionieren des Systems, mit dem er unreflektiert und unbedingt loyal war, auch auf der Ebene der alltäglichen beruflichen Arbeit am Herzen. Daher übte er schonungslos Kritik an Mängeln und Schlampeereien und setzte sich über Konformitätsrituale hinweg, wenn er es im höheren Interesse des Ganzen für notwendig hielt.

Der „legalistisch-oppositionelle Habitus“ als dritter Haupttyp klagte die in der Theorie bzw. Ideologie formulierten Ansprüche des Sozialismus und auch nur schon des geltenden Rechts in der DDR demonstrativ und offensiv gegen die davon oft weit entfernte Praxis ein, nahm den Staat also beim Wort, und begab sich dadurch in Gegensatz zu jeweils bestimmten Repräsentanten dieser Praxis, in deren Sicht er sich nicht mehr „konform“ verhielt. Ein Beispiel für diesen Typ ist der Vater, der bei der Wahl mit seinem Sohn in die Wahlka-

bine geht, einige Namen streicht und die ausgefüllten Zettel zusammengefaltet in die Wahlurne steckt, was nach Bekunden unserer Teilnehmer überhaupt nicht üblich war, denn man nahm seinen Wahlzettel in Empfang und steckte ihn gleich wieder in die Wahlurne (das sogenannte „Zettel-falten“). Wer sich wie die beiden genannten Männer verhielt, wurde von den anwesenden Beobachtern registriert und lief Gefahr, einer Stigmatisierung ausgesetzt zu werden.

Schließlich war ein „demonstrativ nichtkonformer Habitus“ auszumachen, der dadurch gekennzeichnet ist, daß er – meist nach einem Schlüsselereignis – in demonstrativer und provokatorischer Absicht gegen Normen und konkrete Erwartungen offizieller Stellen verstieß, um dadurch kundzutun, daß er gegen bestimmte Praktiken und die dahinter stehenden Prinzipien, letztlich gegen die herrschende politische Realität selbst war.

Deutlich zeichnen sich Unterschiede zwischen den drei Alterskohorten ab. Die beiden älteren Kohorten zeigen eine größere Bandbreite; dies entspricht der oben festgestellten größeren Variabilität ihrer Sozialisation. Bemerkenswert ist vor allem, daß in der Fünfziger-Kohorte die markantesten Beispiele sowohl für den identifiziert-konformen als auch für den legalistisch-oppositionellen Habitus vorliegen, was beides auf eine relativ starke Identifizierung mit der Ideologie schließen läßt. Bei den um 1960 Geborenen liegt der Schwerpunkt auf der individualistisch-unterlaufenden Variante des distanzierten Habitus.

Nimmt man hinzu, daß diese jüngste Kohorte im Vergleich zu den älteren eine größere Distanz zum Staat, zur Stasi und insbesondere zur Partei und zur Führungsspitze – die sie vor allem unter moralischen Gesichtspunkten kritisiert – erkennen läßt, so sind diese Befunde insofern erstaunlich, als gerade die Mitglieder dieser Kohorte ja eine relativ einheitliche Sozialisation erlebt haben, in der weniger die Familie als staatliche Institutionen eine Rolle spielen, und sie in einem konsolidierten Sozialismus aufgewachsen sind. Die Bezugspunkte ihrer Kritik sind auch keineswegs der Westen, den sie eher noch entschiedener als die Älteren ablehnen, sondern es sind offensichtlich gewisse Grundsätze des Sozialismus, die sie jedoch nicht als Dogma verinnerlicht haben und verbal reproduzieren, sondern sich als Maximen ihres persönlichen Handelns und Denkens angeeignet haben. Dies kann kaum als das intendierte Ergebnis sozialistischer Erziehung in den Institutionen der DDR interpretiert werden, die sie ja gerade ablehnen. Eher wäre daran zu denken, daß sie selber zu

Beginn der siebziger Jahre – also in ihrer Adoleszenz – die für sie relevanten Grundsätze aus den ideologischen Angeboten herausgelesen und sich zu eigen gemacht haben und sie der Staatsführung von dem Moment an entgegenhielten, als diese Mitte der siebziger Jahre zu einer restriktiven Politik zurückkehrte. Ein weiterer Grund für ihre kritische Haltung scheint zu sein, daß sie sich durch die Generation an der Spitze von Staat und Partei nicht mehr vertreten fühlten und ihnen gleichzeitig klar wurde, daß diese sie vom Zugang zur Macht fernhielt.

## 2. Die Sicht der Gründe für den Untergang der DDR

Die Art des politischen Bewußtseins und damit der politischen Sozialisation der Befragten kann auch daraus erschlossen werden, wie sie den Untergang der DDR bewerten bzw. welche Gründe sie hierfür sehen. Es ist bemerkenswert, daß auch diejenigen unter den loyalen Intelligenzler, die der politischen Wirklichkeit in ihrem Staat kritisch gegenüberstanden, von der Wende offensichtlich völlig überrascht wurden. Dies scheint damit zusammenzuhängen, daß sie – nicht unbedingt immer bewußt – unterschieden zwischen der Alltagsrealität, die zu kritisieren war, und dem ideologischen Selbstverständnis, das ihre Identität und die ihres Staates definierte und das auf Grund seines hohen Legitimationsanspruches tabu war. So fällt auf, daß sich ihre Kritik stets nur auf einzelne, konkrete Erscheinungen und Probleme bezog, nicht jedoch auf das System als Ganzes bzw. seine Strukturmerkmale. In den Gesprächen wird dieses Reflexionsdefizit verschiedentlich selbstkritisch angemerkt und unter anderem dadurch erklärt, daß es einem im Grunde ja gutging und man eben an die Idee des Sozialismus geglaubt habe.

Was die Gründe und Erklärungen für das Scheitern der DDR betrifft, so stimmen die weitaus meisten Teilnehmer und Teilnehmerinnen unserer Untersuchung in frappierender Einhelligkeit quer durch alle Kohorten und Habitus-Typen in einer Sicht überein, die wir als „*Theorem der falschen Leute an der Spitze*“ bezeichnen möchten und die sich durch folgende Annahmen charakterisieren läßt: *Erstens*: Die Idee des Sozialismus ist gut. *Zweitens*: Das System in der DDR verkörpert diese Idee, ja ist mit ihr geradezu definitorisch verbunden. *Drittens*: Die offensichtlichen Probleme und Mißstände lassen sich innerhalb des Systems beheben, nötigenfalls sind dazu Reformen notwendig. *Viertens*: Die Ursache für die faktischen Probleme und Mißstände liegt darin, daß die falschen,

d. h. inkompetente und insbesondere zu alte Leute an der Spitze von Staat und Partei stehen.

Ein Zitat einer Teilnehmerin aus der Fünfziger-Kohorte muß hier genügen:

*„Es ist ja nun vieles in letzter Zeit vor allem an der Basis auch viel kritischer gesehen worden. Und ich hatte also auch bis zuletzt die Hoffnung und habe daran geglaubt, daß der Sozialismus eigentlich was Gutes ist, und diesem Ideal, dem war ich auch eigentlich verpflichtet, muß ich wirklich sagen. Und ich war auch der Meinung, also diese alte Horde muß dort weg, die da unfähig sind, die verkalkt sind und so. Irgendwo sind da in der zweiten Reihe intelligente Leute, und die wissen, was sie wollen, und da ist in den Schubladen was, da gibt es einen Weg, und dann geht das irgendwie wieder vorwärts. Und daran hat man ja irgendwie geglaubt...“*

Die Idee und damit auch das mit ihr verbundene System waren auf Grund des hohen moralischen und historischen Anspruches jeder Kritik enthoben, zumal auch noch der Fortschritt als historische Zwangsläufigkeit unterstellt wurde. Es ist allerdings bemerkenswert, daß der Begriff „Sozialismus“ nicht im Sinne der Theoretiker des Sozialismus bis hin zu Marx verstanden wird, sondern schlicht als Sozialstaatlichkeit (s. o.). Aus dieser Sicht konnten die Fehler also gar nicht im System, sondern nur bei den verantwortlichen Politikern liegen. Die von Michail Gorbatschow, dem neuen Mann an der Spitze der führenden Sowjetunion, verkündete Perestroika wurde als Signal für den Beginn der lang ersehnten Reformen wahrgenommen. Daß die DDR-Führung diesen Weg bewußt ausschlug, war für die Bürger eine tiefe Enttäuschung und dürfte einer der Hauptgründe für die dann einsetzende, zur Wende führende Entwicklung gewesen sein. Die Ursachen für die behauptete Inkompetenz werden im hohen Alter und in einer beginnenden Demenz der Spitzenpolitiker gesehen („biologisches Problem“). Nach der Wende wird den Genossen

außerdem klar, daß die Politiker an der Spitze der DDR sie über das Ausmaß der Probleme bewußt getäuscht und daß sie zahlreiche Privilegien genossen haben. So kommt zur Kritik an ihrer Inkompetenz noch eine moralische Verurteilung hinzu. Das typische Gros unserer Teilnehmer sieht sich im nachhinein nicht als Akteur, sondern eher als betrogenes Opfer des Systems und ist von dem Gedanken einer möglichen Mitschuld sowohl am Geschehen in der DDR wie an ihrem Ende weit entfernt.

Erstaunlich ist an diesen Befunden besonders, daß die Intelligenzler, in deren Studium und Ausbildung mit dem Marxismus-Leninismus doch eine gesellschaftstheoretische Komponente verankert war und von denen einige sogar einen Hauptfachabschluß darin hatten, im Verständnis von ihrem eigenen Staat und seinem Untergang zentrale Begriffe miteinander vermischen, eine gesellschaftstheoretische Begrifflichkeit gerade vermischen lassen und stattdessen Zuflucht zu personalisierenden Erklärungen suchen, die in eine Zuschreibung der Sündenbock-Rolle an ihre Führungsspitze münden.

Unsere in der genannten Buchveröffentlichung weit ausführlicher dargestellten Befunde über die Bedingungen und Resultate der politischen Sozialisation der staatsnahen Intelligenz in der DDR bis zur Wende können nicht unvermittelt auf das Verhalten dieser Population in der Bundesrepublik der Gegenwart extrapoliert werden, da wir es ja mit einer neuen Situation zu tun haben. Aber die Darstellung und Analyse ihrer früher entstandenen Denkweisen kann vieles von ihrem Verhalten auch unter den neuen Bedingungen<sup>5</sup> besser verständlich machen, und dies ist im Hinblick auf das politische Klima in Deutschland sicher ein wichtiges Anliegen.

<sup>5</sup> Anmerkung der Redaktion: Siehe hierzu auch den Beitrag von Margit Wehrich in diesem Heft.

# Alltägliche Lebensführung im ostdeutschen Transformationsprozeß

## I. Einleitung

„Die Menschen machen ihre eigene Geschichte, aber sie machen sie nicht aus freien Stücken, nicht unter selbstgewählten, sondern unmittelbar vorgefundenen, gegebenen und überlieferten Umständen.“<sup>1</sup> Ich stelle dieses Marx-Zitat meinem Beitrag voraus, weil dieser zum Thema hat, daß sich Menschen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und damit einhergehenden Erwartungen nicht umstandslos anpassen, sondern eigensinnig damit verfahren. Obwohl ich betone, daß Menschen voluntaristische Akteure sind, ihr Handeln also nicht determiniert ist, nehme ich ernst, was Marx sagt: Ihr Eigensinn unterliegt nicht vollends freien Stücken. Sie müssen sich tagaus, tagein und ihr Leben lang mit „vorgefundenen, gegebenen und überlieferten Umständen“ auseinandersetzen, mit ganz unterschiedlichen Situationen und mit allzuoft auch ganz widersprüchlichen Verhaltenserwartungen, so daß es nicht selten passiert, daß die Umstände die eigenen Vorhaben durchkreuzen. Wie aber verfahren Akteure mit dieser Situation, oder, anders gefragt, wie gelingt es ihnen, mit ihrem Leben zurechtzukommen?

Meine These lautet, daß Akteure für all die Handlungsentscheidungen, die sie in den verschiedenen Sphären des Alltags – in Beruf und Familie, in der Freizeit und im Freundeskreis – und entsprechend eigenen Ansprüchen oder fremden Erwartungen Tag für Tag zu treffen haben, ein System von Entscheidungsregeln entwickeln, das ich ‚Alltägliche Lebensführung‘ nenne. Mit diesem Regelsystem haben sie eine Richtschnur in der Hand, die es ihnen erleichtert, Handlungsentscheidungen zu treffen, denn auf diese Weise müssen sie nicht in jeder Situation aufs neue nach Anhaltspunkten für ihre Entscheidungen suchen. Durch den Einsatz eines solchen über die einzelnen Handlungssituationen hinweg stabilen Regelsystems stehen die

einzelnen Handlungen eines Akteurs in einem Zusammenhang, den man rekonstruieren kann.

Im hier untersuchten Fall sind die Bürger und Bürgerinnen der neuen Bundesländer die Akteure; sie müssen ihre Handlungsentscheidungen jetzt innerhalb eines für sie neuen Institutionensystems treffen. Wenn meine These stimmt, richten sich Akteure auch bei Handlungsentscheidungen in ungewohnten Situationen nach ihren selbst erstellten Lebensführungsregeln; für den hier zu untersuchenden Fall bedeutet dies, daß sich unsere Akteure bei ihren Entscheidungen an Regeln orientieren, die sie unter Bedingungen erworben haben, die es nun nicht mehr gibt. Da diese Regeln nicht nur Entscheidungen erleichtern, sondern auch Handlungsprobleme lösen sollten, stellt sich die Frage, ob dies den Akteuren gelingen kann, wenn sie sich an Lebensführungsregeln halten, die unter ganz anderen Bedingungen etabliert worden sind.

Ich werde im Folgenden herausarbeiten, wie solche Lebensführungsregeln aussehen und damit den Blick auf etwas richten, von dem ich annehme, daß es in den Turbulenzen des Transformationsprozesses stabil geblieben ist; ich werde untersuchen, wie alltägliche Lebensführung in neuen Situationen praktiziert wird, und ich werde ein Modell vorschlagen, mit Hilfe dessen man etwas über die Folgen der Anwendung eines solchen Regelsystems aussagen kann – über die Folgen für die Akteure selbst und für das neue Institutionensystem. Auf diese Weise machen die Menschen in der Tat ihre eigene Geschichte; wenn sie aber ihre eigene Geschichte machen, hat dies zur Konsequenz, daß das Ergebnis des Transformationsprozesses offenbleibt.

Ich werde in folgenden Schritten vorgehen: In Kapitel II stelle ich meine Studie vor, die das empirische Material für meine Überlegungen liefert, in Kapitel III charakterisiere ich das Paradigma, von dem sich Transformationsforschung und Politik leiten lassen: die Erwartung einer gerichteten Entwicklung auf der Makroebene. Demgegenüber schlage ich in Kapitel IV vor, Prozessen auf der Makroebene eine Mikrofundierung zu unterlegen,

<sup>1</sup> Karl Marx, Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, in: Marx-Engels-Werke, Bd. 18, Berlin 1978, S. 111–207, Zitat S. 115.

indem ich die Handlungen der Akteure in die Analyse einbeziehe, und führe aus, warum diese Handlungen sinnvollerweise als ein Handlungszusammenhang begriffen werden sollten, dem ein Regelsystem unterliegt. Wie diese alltägliche Lebensführung aussehen kann und welche Rolle sie im Umbruch spielt, arbeite ich in Kapitel V anhand eines Blicks in meine Fallanalysen heraus. In Kapitel VI schließlich baue ich meine Ergebnisse in ein allgemeines Modell soziologischer Erklärungen ein und betone die Rolle, die Selektionsprozesse im Transformationsprozeß spielen.

---

## II. Die Studie

---

Die empirische Grundlage meiner Überlegungen ist eine qualitative Paneluntersuchung der alltäglichen Lebensführung im ostdeutschen Transformationsprozeß, die ich im nachwendlichen Leipzig durchgeführt habe. Mit Hilfe wiederholter erzählungsgenerierender Leitfadenterviews mit Leipziger Bürgerinnen und Bürgern bin ich der Frage nachgegangen, auf welche Weise Personen in ihrem alltäglichen Handeln in einer Situation verfahren, in der nichts mehr sicher ist, und welche Folgen ihr Handeln hat<sup>2</sup>. Die Interviewpartnerinnen und -partner waren verschiedenen Alters und gehörten unterschiedlichen Berufsgruppen an. In einem theoriegeleiteten Sampling wählte ich aus 40 im Frühjahr 1991 durchgeführten Interviews 12 Interviewpartnerinnen und -partner aus, die ich ein bzw. zwei Jahre später, als sich erste Konsolidierungen abzeichneten, ein zweites Mal interviewte. In detaillierten Fallanalysen arbeitete ich heraus, wie diese Personen mit all den Chancen und Zumutungen, die ihnen in diesen Jahren begegneten, verfahren sind. Meine Interviewpartnerinnen und -partner waren mit Kurzarbeit konfrontiert oder wechselten den Arbeitsplatz, gründeten Unternehmen oder lernten einen neuen Beruf, hatten neue Arbeitszeiten und mußten ihren Alltag mit arbeitslosen oder überarbeiteten Partnern oder Partnerinnen organisieren. Neben der Arbeitssphäre war der gesamte Alltag von Ver-

2 Siehe hierzu vor allem Margit Wehrich, Kursbestimmungen. Eine qualitative Paneluntersuchung der alltäglichen Lebensführung im ostdeutschen Transformationsprozeß, Pfaffenweiler 1998, sowie dies., Alltag im Umbruch? Alltägliche Lebensführung und berufliche Veränderung in Ostdeutschland, in: Martin Diewald/Karl Ulrich Mayer (Hrsg.), Zwischenbilanz der Wiedervereinigung. Strukturwandel und Mobilität im Transformationsprozeß, Opladen 1996, S. 215–228. Die Namen der Interviewten wurden zur Anonymisierung der Daten verändert.

änderungen betroffen. Das importierte Schulsystem, die neue Parteienlandschaft, die veränderten Einkaufs- und Freizeitmöglichkeiten und die neue Bürokratie beschäftigten meine Interviewpartner und -partnerinnen; der Verlust langfristiger Planungshorizonte und die damit verbundene Unsicherheit brachte sie ins Grübeln; man entdeckte nachträglich, daß man zu DDR-Zeiten Entscheidungsalternativen gehabt habe, die man damals nicht sah; man lernte, sich die Folgen seines Handelns selbst zuzuschreiben, und man setzte sich intensiv mit dem Gesellschaftssystem und seinem Scheitern auseinander, in dem man sein bisheriges Leben verbracht hatte. Alles schien im Fluß.

Doch inmitten all dieses Trubels gibt es Beständiges. Frau März, eine meiner Interviewpartnerinnen, die nach zwischenzeitlichem beruflichen Abstieg wieder eine einflußreiche Position in einem Dienstleistungsunternehmen innehat, charakterisiert im Wiederholungsinterview ihre Situation über den Umbruch hinweg so: „*Gleichgeblieben ist eigentlich gar nichts*“, meint sie, „*aber verändert, verändert hat sich eigentlich auch nichts*.“ Und ein anderer Interviewpartner, Herr Tikovsky, den ich in diesem Text ausführlicher zu Wort kommen lassen werde, stellt im ersten Interview, obgleich gerade in Null-Stunden-Kurzarbeit und ohne große Aussicht auf Weiterbeschäftigung, die folgende Prognose für sein persönliches Leben: „*Nun wird alles ein bißchen anders. Aber ich glaube, so wesentlich anders auch nicht*“. Diese Paradoxie hat, wie ich ausführen werde, nicht nur mit dem Bedürfnis nach Kontinuität in turbulenten Zeiten zu tun, sondern auch damit, daß wir mitten im rasanten sozialen Wandel mit der alltäglichen Lebensführung etwas vor uns haben, was *stabil* geblieben ist; und das hat Folgen für die Handlungsspielräume des Akteurs und für die Etablierung des neuen Institutionensystems.

---

## III. Transformationsforschung, Politik und Modernisierungstheorie

---

Entgegen einer solchen Stabilitätsannahme orientiert sich die äußerst produktive<sup>3</sup> sozialwissenschaftliche Forschung zum ostdeutschen Transformationsprozeß großenteils an einer Transformationsfigur,

3 Allein zwischen 1990 und 1995 sind ca. 3000 deutschsprachige sozialwissenschaftliche Publikationen über den sozialen Wandel in den neuen Bundesländern erschienen, so Rolf Reißig, Transformationsforschung: Gewinne, Desiderate und Perspektiven, in: Politische Vierteljahresschrift, 39

die Rolf Reißig als „Transfer – Anpassungsprozesse – Angleichung“ charakterisiert<sup>4</sup>: In Ostdeutschland bleibt nichts stabil. Das westdeutsche Institutionensystem wurde auf die neuen Länder übertragen, und das Ergebnis dieser Übertragung sollte nichts anderes sein als eine vergrößerte Bundesrepublik. Der Maßstab, der zur Einschätzung des Gelingens des Transformationsprozesses herangezogen wird, legt die Werte des westdeutschen Systems zugrunde und beschränkt sich auf die Messung ihrer Realisierung. Wir haben es hier mit der Beschreibung eines Prozesses auf der Makroebene zu tun, dessen Ziel festzustehen scheint.

Dasselbe Transformationsmodell ist die Grundlage politischer Entscheidungen. Das Institutionensystem der DDR wurde aufgelöst, das der Bundesrepublik in seiner Gültigkeit auf die neuen Länder – die damit entstanden – ausgedehnt und mit seiner Hilfe in Gestalt des bundesrepublikanischen Wahlsystems die Zustimmung sichergestellt. Durch einen Staatsvertrag wurde der Geltungsbereich der neuen Institutionen geregelt, und ihre Träger siedelten sich in den neuen Bundesländern an. Über kurz oder lang, so die Erwartung, würde sich aus der DDR-Gesellschaft eine bundesrepublikanische entwickeln. Auch hier behandelt man den Transformationsprozeß als ein makrostrukturelles Geschehen mit definiertem Ziel<sup>5</sup>. Als wichtigster Indikator seines erwarteten Verlaufs dient die Entwicklung der Arbeitslosenquote in den

neuen Ländern, von der allerdings schon sehr früh feststand, daß sie sich der in den alten Ländern nicht so recht angleichen würde<sup>6</sup>.

Grundlage dieser Hoffnung auf Angleichung in Transformationsforschung und Politik ist die zugrundeliegende Orientierung an modernisierungstheoretischen Annahmen. Die Integration der DDR-Gesellschaft in die demokratische und soziale Marktwirtschaftsgesellschaft mit ihren als typisch erachteten Verteilungen wird nicht nur als ein politischer Auftrag, sondern als eine gerichtete Entwicklung betrachtet, die lediglich bestimmter Anstöße bedarf<sup>7</sup>. Folgerichtig werden unerwartete Entwicklungsverläufe als prinzipiell vermeidbare Anpassungsschwierigkeiten diagnostiziert und müssen sich diverse Therapievorschlage gefallen lassen, worunter auch das geduldige Warten auf die prognostizierte Zustandsverbesserung zu finden ist<sup>8</sup>. Neuere modernisierungstheoretisch geleitete Abhandlungen haben die unübersehbaren Schwierigkeiten bei der Erreichung des Transformationsziels zwar mitberücksichtigt, sehen sie aber als prinzipiell unproblematische, weil vorübergehende Anpassungs- und Folgeprobleme des Ordnungswechsels an<sup>9</sup>. Selbstverständlich orientiert

(1998) 2, S. 301–328, hier S. 302. Freilich mußte sich der Großteil der Ergebnisse eine „Befundlastigkeit“ attestieren lassen, die mit einer interpretatorisch-konzeptionellen Schwäche korrespondiere (siehe für diese Einschätzung z. B. Holle Grünert, Arbeit und Beschäftigung – Schlüsselthemen der Transformationsforschung, in: Soziologische Revue, 18 (1995) 2, S. 138–146, hier S. 140). Die produktivste Forschungsinstitution, die Kommission für die Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern (KSPW), hält schon eine einheitliche Definition von Transformation inzwischen für aussichtslos und distanziert sich davon, jemals nach einer „Theorie der Transformation“ gesucht zu haben. Vgl. hierzu Nikolaus Werz, Bilanz der Transformation in Ostdeutschland. Abschlußtagung der KSPW, in: Deutschland Archiv, 30 (1997) 4, S. 624–629. Genau hierzu aber möchte ich einen Beitrag leisten.

4 R. Reißig (Anm. 3), S. 315.

5 Von politikwissenschaftlicher Seite wird die politische Entscheidung, einen Institutionentransfer vorzunehmen, ganz richtig als eine erfolgreiche Problemlösungsstrategie in einer Situation mit starkem Handlungs- und Zeitdruck analysiert. Gerade weil aber der Institutionentransfer eine Strategie der Problemvereinfachung war, mit der eine überkomplexe Entscheidungssituation bewältigt werden sollte, ergaben sich daraus nichtintendierte Folgewirkungen. Siehe Gerhard Lehmbuch, Rationalitätsdefizite in der ostdeutschen Transformation, in: Hedwig Rudolph (Hrsg.), Geplanter Wandel, ungeplante Wirkungen. Handlungslogiken und -ressourcen im Prozeß der Transformation, Berlin 1995, S. 25–43, hierzu S. 37.

6 Nicht nur der Verlust von Arbeitsplätzen in Ostdeutschland, sondern auch die dort im Vergleich zu Westdeutschland höhere ‚Erwerbsneigung‘ der Frauen wird als ein Anpassungshindernis an die westdeutsche Frauenerwerbslosenquote ausgemacht; siehe Reinhard Kreckel, Makrosoziologische Überlegungen zum Kampf um Normal- und Teilzeitarbeit im Geschlechterverhältnis, in: Berliner Journal für Soziologie, (1995) 4, S. 489–495, hier S. 490, der diese Diskussion aufgreift und auch das umgekehrte Szenario durchspielt: Hätten die westdeutschen Frauen einen ähnlich großen ‚Appetit‘ auf Arbeitsplätze wie ihre ostdeutschen Geschlechtsgenossinnen, so hätte man es allein in Westdeutschland mit neun Millionen Arbeitslosen zu tun.

7 Zu den Kerngedanken der Modernisierungstheorie siehe klar und programmatisch Wolfgang Zapf, Die Transformation der DDR und die soziologische Theorie der Modernisierung, in: Berliner Journal für Soziologie, (1994) 3, S. 295–305, hier S. 300.

8 Vgl. ebd., S. 302. Wolfgang Zapf spricht hier von „schöpferischer Zerstörung“ und den „Leiden des Übergangs“ in der Modernisierungsgeschichte. Siehe auch Lutz Marz, Dispositionskosten des Transformationsprozesses. Werden mentale Orientierungsnöte zum wirtschaftlichen Problem?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 24/92, S. 3–14, sowie Rainer Geißler, Die Sozialstruktur Deutschlands. Ein Studienbuch zur Entwicklung im geteilten und vereinigten Deutschland, Opladen 1992, S. 310, und Stefan Hradil, Die ‚objektive‘ und die ‚subjektive‘ Modernisierung. Der Wandel der westdeutschen Sozialstruktur und die Wiedervereinigung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 29–30/92, S. 3–14.

9 Man lasse sich nicht davon täuschen, daß mitunter davon die Rede ist, überall sei zu beobachten, daß der Angleichungsprozeß nicht funktioniere. So wählt zum Beispiel Götz Lechner, Ist die Erlebnisgesellschaft in Chemnitz angekommen, in: Peter A. Berger/Michael Vester (Hrsg.), Alte Ungleichheiten, neue Spannungen, Opladen 1998, S. 257–274,

sich die Politik bei ihren Entscheidungen am modernisierungstheoretischen Paradigma der Transformationsforschung und setzt ihr Maßnahmenbündel unverdrossen mit der Hoffnung ein, daß sich die Lebensverhältnisse in den neuen endlich an die in den alten Länder angleichen. „Deutsche Einheit vollenden“ heißt der entsprechende Punkt im aktuellen Koalitionsvertrag. Der neue Bundeskanzler, der den ‚Aufbau Ost‘ eben zur Chefsache erklärt hat, sollte sich erinnern lassen, daß das Unternehmen Transformation doch „wesentlich von der Absicht getragen war, die Abkehr vom Plan und vom Plandenken zu realisieren“<sup>10</sup>. Denn die Denkfigur eines Institutionentransfers auf der Makroebene, der ein bestimmtes Ergebnis erzielen müsse, gerät durch die empirischen Fakten langsam in Bedrängnis. Diese Zweifel betreffen nicht nur den wirtschaftlichen ‚Aufbau Ost‘. Im öffentlichen Diskurs lassen sich kritische Stimmen vernehmen, die anmahnen, daß der Institutionentransfer über die Köpfe der Menschen hinweg vor allem nicht hingereicht hätte, Demokratie zu implementieren; man liest dies u. a. an der ‚neuen Rechten‘ und ihrer konstatierten Verankerung in der Bevölkerung ab<sup>11</sup>.

Doch auch im gängigen Transformationsmodell stecken Annahmen über die Probleme der Akteure. Man ist sich in der Diagnose weitgehend einig, daß „eine ganze Gesellschaft mit ihren Werten und Normen durcheinandergewirbelt“ worden ist, „wichtige Wissensbestände nutzlos geworden (sind) und Hintergrundwissen, Routinen und Selbstverständlichkeiten des Alltagstrotts ihre Orientierungskraft verloren haben“<sup>12</sup>. Das Rezept für eine neue Ordnung ist einfach: Den betroffenen Akteuren wird Anpassung verschrieben. Wo der verordnete Anpassungsprozeß nicht gelingt, fördert die Anamnese Modernisierungsunterschiede zwischen Ost und West zutage und für die Menschen in Ostdeutschland den Befund, diese seien mit „mentalener oder habituellen Dispositionen“ behaftet, die „nun sozialmarktwirtschaftliche und zivilgesellschaftliche Transformationsprozesse blockieren“<sup>13</sup>. Hierauf wird reagiert:

ein solches Szenario, um dann seine empirischen Ergebnisse entgegenzuhalten, die zeigen, daß die Erlebnisgesellschaft doch weitgehend in Chemnitz angekommen sei.

10 Hedwig Rudolph, Pläne und Planrevisionen – heute wie früher?, in: dies. (Anm. 5), S. 9–20, Zitat S. 9.

11 Jakob Augstein, Neue deutsche Lehrjahre, in: Süddeutsche Zeitung vom 23. November 1998, S. 4.

12 Siehe (für viele) Peter Alheit, Die Spaltung von „Biographie“ und „Gesellschaft“, Kollektive Verlaufskurven der deutschen Wiedervereinigung, in: Wolfram Fischer-Rosenthal/Peter Alheit (Hrsg.), Biographien in Deutschland, Opladen 1994, S. 87–115, Zitat S. 110.

13 L. Marz (Anm. 8), S. 4. Neuerdings werden solche Dispositionen nicht mehr umstandslos als Modernisierungs-

Mittlerweile gewinnt ein Szenario an Popularität, das mit dem Schlagwort „Ostalgie“ das Bemühen der Ostdeutschen bezeichnet, eine kulturelle Selbstständigkeit zu etablieren<sup>14</sup>. Die zunehmende Sensibilisierung für Lebensstilunterschiede in Ost und West habe, so Michael Rutschky, zum Ergebnis, daß „erst jetzt die DDR entsteht“<sup>15</sup>.

Inzwischen greift jenseits dieser Erwartung gerichteter Entwicklungen und der Suche nach Gründen für diese Verzögerung die Einsicht Raum, daß es sich bei den immer deutlicher zu beobachtenden Turbulenzen und Gegenläufigkeiten nicht nur um das „Aufholen eines Modernisierungsrückstandes“ handelt, „um das letzte Stück eines langen, entbehrensreichen und für viele auch leidvollen Umweges in die moderne Gesellschaft“, womit Rainer Geißler 1992<sup>16</sup> die Betroffenen zu trösten wußte. Man beginnt zu erkennen, daß Verlauf und Ziel des Transformationsprozesses nicht vorprogrammiert sein müssen, sondern prinzipiell offen sein können, hängt dessen Gestalt doch davon ab, was Akteure tun, mit wem sie koalieren und welche kollektiven Folgen ihr Handeln hat<sup>17</sup>. Diese theoretische Entscheidung möchte ich stützen<sup>18</sup>, nicht aber die aktuelle Propagierung, man solle bestimmte Situationen oder Phasen innerhalb

hemmnisse betrachtet, sondern in Startvorteile umgemünzt; das Anpassungsziel wird dabei freilich nicht aus dem Blick verloren. Siehe hierzu Stefan Hradil, Überholen ohne einzuholen? Chancen subjektiver Modernisierung in Ostdeutschland, in: Raj Kollmorgen/Rolf Reißig/Johannes Weiß (Hrsg.), Sozialer Wandel und Akteure in Ostdeutschland. Empirische Befunde und theoretische Ansätze, Opladen 1996, S. 55–80.

14 Vgl. Rudolf Woderich, Peripherienbildung und kulturelle Identität, in: R. Kollmorgen/R. Reißig/J. Weiß (Anm. 13), S. 81–99, hier S. 92 ff.

15 Michael Rutschky, Wie erst jetzt die DDR entsteht. Vermischte Erzählungen, in: Merkur, 49 (1995) 9/10, S. 851–864.

16 R. Geißler (Anm. 8), S. 310.

17 Vgl. hierzu vor allem Hedwig Rudolph (Hrsg.), Geplanter Wandel, ungeplante Wirkungen, WZB-Jahrbuch, Berlin 1995, in dem Transformationsprozesse als gesteuerte und eigendynamische Prozesse verstanden werden.

18 Ich gehe dem ersten Teil dieses hier angedeuteten Forschungsprogramms nach, indem ich untersuche, was die Akteure tun. Zur Frage, mit wem Akteure koalieren, siehe die Studie von Helmuth Berking/Sighart Neckel, Die gestörte Gemeinschaft, in: Stefan Hradil (Hrsg.), Zwischen Bewußtsein und Sein, Opladen 1992, S. 151–171; dort werden Machtprozesse in einer ostdeutschen Gemeinde untersucht, indem die Strategien von verschiedenen Gruppen in der Gemeinde durchleuchtet werden, wo sich die gewählten Volksvertreter gerade nicht durchsetzen; zur Frage kollektiver Handlungsfolgen siehe die Untersuchung von Bernhard Prosch/Martin Abraham, Die Revolution in der DDR, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 43 (1991), S. 291–301, sowie Hartmut Essers Ausführungen zum selben Thema in seinem Grundlagenband Soziologie, Frankfurt am Main – New York 1993.

des Transformationsprozesses mit verschiedenen soziologischen „Theorien“ untersuchen. Demnach sollten Theorien rationaler Wahl eher Revolutionen erklären, Systemtheorie für Reproduktionen bzw. Beständigkeiten zuständig sein und verstehende Handlungstheorie ‚Erblasten‘ bzw. ‚Mitgifte‘ theoretisch fassen<sup>19</sup>. An der Verbreitung einer solchen „multiplen Paradigmatase“, an der nach Niklas Luhmann<sup>20</sup> solche Theoriearbeit leidet und die die wechselseitige Kritik verschiedener Herangehensweisen und damit eine Verbesserung von Theorien verhindert, möchte ich mich nicht beteiligen. Ich nehme vielmehr eine scheinbar vergessene Anregung auf, die Bernd Giesen und Claus Leggewie bereits 1990 gemacht haben: Sie forderten in einer programmatischen Schrift dazu auf, „das Verhältnis zwischen Institutionen und Alltagshandeln zu untersuchen“ und zu fragen, auf welche Weise „angesichts zusammenbrechender oder grundlegend veränderter Institutionen noch Sicherheit und situationsübergreifendes Vertrauen erzeugt“ werden können<sup>21</sup>. Solche Fragestellungen innerhalb des „Experiments Vereinigung“ sollten einen dringend nötigen Paradigmenwechsel in Richtung einer Mikrofundierung der Sozialtheorie vorantreiben; anstatt die klassischen Gegensätze wie „Mikro und Makro, System und Wandel, Fortschritt und Krise“ weiterzubedienen, empfehlen sie, sich auf „die Strukturen sozialer Beziehungen als eigentliches Terrain der Soziologie“ zu konzentrieren<sup>22</sup>.

#### IV. Alltägliche Lebensführung

Will man den Blick von den verordneten Anpassungsprozessen und vom festgeschriebenen Ziel abwenden und ihn auf die Bemühungen der Akteure richten, mit ihrem Leben mitten im

19 Raj Kollmorgen, *Schöne Aussichten? Eine Kritik integrativer Transformationstheorien*, in: R. Kollmorgen/R. Reißig/J. Weiß (Anm. 13), S. 281–332.

20 Vgl. Niklas Luhmann, *Soziologische Aufklärung 3. Soziales System, Gesellschaft, Organisation*. Opladen 1981 S. 50.

21 Bernd Giesen/Claus Leggewie, *Sozialwissenschaften vis-à-vis. Die deutsche Vereinigung als sozialer Großversuch*, in: Bernd Giesen/Claus Leggewie (Hrsg.), *Experiment Vereinigung. Ein sozialer Großversuch*, Berlin 1991, S. 7–18, Zitate S. 10.

22 Ebd., S. 15. Siehe hierzu auch Hans-Peter Müller/Michael Schmid (Hrsg.), *Sozialer Wandel*, Frankfurt am Main 1995, die ein solches Verständnis von sozialem Wandel unabhängig von der deutsch-deutschen Vereinigung propagieren und vorstellen.

Umbruch zurechtzukommen, muß man die Makroebene, auf der die oben charakterisierte Transformationsforschung angesiedelt ist, für einen entscheidenden Analyseschritt verlassen. Denn Erklärungen, die auf der Makroebene verbleiben, können nicht zufriedenstellen: Wie denn wollen wir erklären, auf welche Weise die Bürger und Bürgerinnen in den neuen Ländern die sozialstrukturellen Verteilungen ‚produzieren‘, die für die Bundesrepublik gelten? Zum ersten müßten sie den Verhaltenserwartungen entsprechen, die das neue Institutionensystem an sie stellt. Vorausgesetzt, sie wollten das<sup>23</sup> – woher würden die Akteure wissen, was in einem System, das sich selbst im Transformationsprozeß befindet, in welchen Situationen von ihnen erwartet wird? „*Dort so und hier so, heute so, morgen so, erst soviel, dann soviel, das macht einen wahnsinnig*“, beschreibt eine Interviewpartnerin die Situation, in der sie tagaus, tagein ihre Handlungsentscheidungen treffen muß, und erinnert uns damit eher an den von Emile Durkheim beschriebenen Zustand der Anomie als an eine institutionell geregelte gesellschaftliche Ordnung<sup>24</sup>. Und zum zweiten: Wie wollen Akteure und Institutionen sichergehen, daß ihre Handlungsziele nicht von den aversiven Folgen kollektiven Handelns durchkreuzt werden? Um nur ein Beispiel zu erwähnen: Was passiert mit einer Gesellschaft, deren Mitglieder sich in großer Zahl für die propagierte berufliche Selbständigkeit entscheiden? Tun sie dies dem Angebot entsprechend vor allem im Versicherungsgewerbe, wird ein großer Teil seine Freibe-

23 Das unterstellt die Rational-Choice-Theorie, indem sie konstatiert, der Akteur verfolge als letzte Ziele physisches Wohlbefinden und soziale Anerkennung. Da diese letzten Ziele nur über gesellschaftlich institutionalisierte Zwischenziele erreichbar seien, wird der Akteur eben jene präferieren. Für die Bürger der neuen Bundesländer hieße das, sie würden die alten Präferenzen über Bord und befolgten die neu institutionalisierten: An die Stelle des Leninordens träte nun der Arbeitsplatz; siehe hierzu z. B. H. Esser (Anm. 18), S. 438 f.

24 Mit einem anomischen Zustand muß man indes nicht rechnen. Michael Brie konstatiert selbst für Rußland, daß der Zusammenbruch der wichtigsten alten und die ausgebliebene Durchsetzung der neuen Institutionen keineswegs zur Handlungsunfähigkeit aller Akteure geführt hat; er sieht hierin ein sozialwissenschaftlich erklärungsbedürftiges Phänomen und „das direkte Gegenteil jener Fragestellung, die von der transformationsorientierten Implementation von Institutionen ausgeht“. Glücklicherweise haben wir es nicht mit den Problemen „der Kooperation autonomer, interdependenter Akteure in einer anarchischen Welt“ zu tun, dürfen aber ebensowenig – so meine These – mit Akteuren rechnen, die sich in ihrem Handeln von den implementierten Institutionen steuern lassen, siehe Michael Brie, *Die versteckten Rationalitäten anomisch-spontaner Wandlungsprozesse*, in: H. Rudolph (Anm. 17), S. 44–61, Zitat S. 49.

ruflichkeit aufgrund der starken Konkurrenz kaum aufrechterhalten können.

Stellen wir also die Behauptung, die Bürger und Bürgerinnen der neuen Länder würden in ihrem Handeln einen Anpassungsprozeß vollziehen, auf den Prüfstand und rücken das, was die Akteure tun, in den Vordergrund.

Wenn man nicht scheinbar erratische Einzelhandlungen analysiert, sondern die Handlungen einer Person über verschiedene Zeitpunkte und Handlungssituationen hinweg in ihrem Zusammenhang betrachtet, haben wir, so der zentrale Befund meiner Studie, inmitten der Turbulenzen des Alltags in der Transformationsgesellschaft etwas Stabiles vor uns: die alltägliche Lebensführung unserer Akteure. Wenn wir den Blick nicht nur darauf richten, *was* sie tun, sondern auch darauf, *wie* sie es tun, entdecken wir, daß unsere Akteure in Auseinandersetzung mit all den ganz verschiedenen und zum Teil widersprüchlichen Handlungsanforderungen, die ihnen in der DDR Tag für Tag begegnet sind, Verfahrensregeln entwickelt haben; diese werden beibehalten, auch wenn die Bedingungen, unter denen sie etabliert worden sind, verschwunden sind. Müssen Entscheidungen in unbekanntem Situationen getroffen werden, wird die alltägliche Lebensführung als ‚Entscheidungshilfe‘ herangezogen.

Auf die Projektgruppe „Alltägliche Lebensführung“ um Günter Voß geht die Entdeckung zurück, daß eine Person ihre Tätigkeiten, die sie in den ganz unterschiedlichen Sphären des Alltags unternimmt, in Einklang zu bringen versucht<sup>25</sup>; diese Alltagsorganisation ist keinesfalls eine Selbstverständlichkeit, sondern eine eigenständige Leistung der Person. Jede Person muß ihre Tätigkeiten zu einem Arrangement binden; dieses Arrangement wurde von der Projektgruppe als ‚alltägliche Lebensführung‘ bezeichnet und ‚arrangiert in gewisser Weise, wo, wann und wie lange, mit welchem Inhalt, mit wem, warum und mit welchen Hilfsmitteln man in den verschiede-

nen Bereichen tätig ist“<sup>26</sup>. Nicht die Tätigkeiten in den einzelnen Bereichen des alltäglichen Lebens wie Arbeit, Familie, Freizeit usw. stehen im Mittelpunkt des Konzepts, sondern die Art und Weise, wie diese Tätigkeiten miteinander verbunden werden. Alltägliche Lebensführung meint also das vom Akteur selbst hergestellte Arrangement seiner Tätigkeiten in den verschiedenen Sphären des Alltags. Schon damals wurde unterstellt, daß eine gewisse Selbstläufigkeit eines einmal erzielten Arrangements bestehen müsse. Günter Voß spricht von der alltäglichen Lebensführung als einem „System sui generis“, das nicht so leicht außer Kraft zu setzen ist, selbst wenn die Person das möchte. Diese Stabilitätsthese wurde empirisch nicht weiterverfolgt; die Forschungsgruppe hat vielmehr nach typischen Mustern alltäglicher Lebensführung gesucht, die mit bestimmten beruflichen Anforderungen korrespondieren<sup>27</sup>, und letztendlich eine modernisierungstheoretische These verfolgt: Die alltägliche Lebensführung würde durch aktuelle Entwicklungen der Moderne wie flexible Arbeitszeitmuster, die zunehmende Unsicherheit der Lebensplanung und die abnehmende Selbstverständlichkeit geschlechtsspezifischer Arbeitsteilungsmuster immer mehr selbst zur Arbeit<sup>28</sup>.

Eine Paneluntersuchung über alltägliche Lebensführung in einer Zeit, in der nichts mehr sicher ist, erlaubt demgegenüber einen empirischen Nachweis der Stabilität alltäglicher Lebensführung und die Rekonstruktion der Folgen ihrer Anwendung auf neue Handlungssituationen. Anhand eines Blicks in meine Fallgeschichten werde ich versuchen, diese Stabilität zu plausibilisieren, und zeigen, was es bedeutet, daß alltägliche Lebensführung nicht so leicht außer Kraft gesetzt werden kann. Das Voßsche „System sui generis“ wird hierzu in ein handlungstheoretisches Modell transformiert, dem eine „Rationalität sui generis“ unterliegt. Wenn man empirisch herausarbeiten kann, worin diese Rationalität liegt, und ihre Etablierung und ihre Anwendungsfolgen theoretisch erklären kann, könnte man es rechtfertigen, dem Konzept der alltäglichen Lebensführung jenen Rang einer „Vermittlungskategorie“ zwischen gesellschaftlichen Institutionen und individuellem Handeln, den die Projektgruppe „Alltägliche Lebensführung“ propagiert<sup>29</sup>, zuzuweisen.

25 Da der Gegenstandsbereich „den Zusammenhang aller Aktivitäten, die zum Leben und Arbeiten von Personen gehören, und damit das ‚ganze Leben‘ von Menschen“ umfaßt, sieht Günter Voß diesen „zwischen allen Stühlen“ sitzen; siehe Projektgruppe „Alltägliche Lebensführung“ (Hrsg.), *Alltägliche Lebensführung. Arrangements zwischen Traditionalität und Moderne*, Opladen 1995, S. 27. Voß hat sich bemüht, seinen Forschungsgegenstand von anderen theoretischen Konzepten und Forschungssträngen, die ein ähnliches Interesse zu haben scheinen, abzugrenzen. Siehe hierzu Günter Voß, *Lebensführung als Arbeit. Über die Autonomie der Person im Alltag der Gesellschaft*, Stuttgart 1991. Ich versuche, einen anderen Weg zu gehen und das Konzept in ein allgemeines handlungstheoretisches Modell zu integrieren.

26 G. Voß (Anm. 25), S. 76.

27 Vgl. Projektgruppe „Alltägliche Lebensführung“ (Anm. 25).

28 Vgl. ebd. und Karin Jurczyk/Maria S. Rerrich, *Die Arbeit des Alltags*, Freiburg 1993.

29 Vgl. Projektgruppe „Alltägliche Lebensführung“ (Anm. 25), S. 9.

## V. Ein Fallbeispiel: Die Null-Stunden-Kurzarbeit

Ich will dies im Folgenden an einem Fallbeispiel versuchen und die daraus gewonnenen Erkenntnisse im letzten Kapitel in ein Modell soziologischer Erklärungen einbauen. Mein Fallbeispiel ist die Situation der Null-Stunden-Kurzarbeit in der Industrie, in der sich einige meiner Interviewpartner befanden. Null-Stunden-Kurzarbeit wurde in den neuen Bundesländern in den ersten Jahren nach der Wende in großem Ausmaß als ein arbeitsmarktpolitisches Instrument eingesetzt und zeichnete sich für die Betroffenen dadurch aus, daß eine Situation geschaffen wurde, in der man zwischen allen Stühlen saß: Obwohl man seinem Betrieb weiter angehörte, war man faktisch arbeitslos; da man auf eine Weiterbeschäftigung zumindest hoffen konnte, war man nicht gezwungen, nach einem neuen Arbeitsplatz zu suchen<sup>30</sup>. Diese Situation habe ich als ein Moratorium beschrieben, als eine Situation zwischen einem ‚Nicht mehr‘ und einem ‚Noch nicht‘, in der wichtige Bedingungen, an denen unsere Interviewpartner bislang ihren Alltag ausrichteten, verschwunden sind, ohne daß neue bereits institutionalisiert sind<sup>31</sup>. Was würden die Betroffenen in einer solchen Situation tun? Muß der gesamte Alltag neu organisiert werden, und wenn ja, nach welchen Gesichtspunkten würde eine solche Umstrukturierung unternommen?

Herr Tikovsky, ein Industriearbeiter Ende 30, ist zum Zeitpunkt meines ersten Interviews seit einem halben Jahr in Null-Stunden-Kurzarbeit. Seine Frau hat einen neuen Arbeitsplatz, und Herr Tikovsky ist den ganzen Tag zu Hause. Ich habe mir erzählen lassen, wie er sein Leben zu der Zeit geführt hat, als er seinen Arbeitsplatz noch hatte, und ich habe mir berichten lassen, womit er nun

30 In dem von mir untersuchten Betrieb wurde diese Hoffnung durch die Einteilung der Belegschaft in A-, B-, und C-Kader gestützt. A-Kader, worunter meine Interviewpartner fielen, durften damit rechnen, weiterarbeiten zu können, wenn die Produktion wiederaufgenommen würde. Auch das Arbeitsamt leistete seinen Beitrag: Da unsere Interviewpartner nicht arbeitslos waren, bekamen sie auch keine Umschulung angeboten.

31 Zur Stabilität alltäglicher Lebensführung im Moratorium siehe Margit Wehrich, *Lebensführung im Wartestand. Veränderung und Stabilität im ostdeutschen Alltag*, in: K. Jurczyk/M. S. Rerrich (Anm. 28), S. 210–234, sowie Wenn der Betrieb schließt. Über alltägliche Lebensführung von Industriearbeitern im ostdeutschen Transformationsprozeß, in: BIOS. Zeitschrift für Biographieforschung und oral history, 6 (1993) 2, S. 224–238.

seine Zeit verbringt. Vieles von dem, *was er tut*, hat sich verändert; doch wenn man die Art und Weise vergleicht, *wie Herr Tikovsky mit seinen früheren und seinen jetzigen Lebensumständen verfahren ist bzw. verfährt*, findet sich etwas, was gleichgeblieben ist: Man kann die Regeln rekonstruieren, nach denen sich Herr Tikovsky bei seinen Handlungsentscheidungen richtet.

Herrn Tikovskys alltägliche Lebensführung dreht sich früher wie heute um seine sozialen Beziehungen. Die Kontakte mit der Familie, mit Freunden und Kollegen sind Herrn Tikovskys erste Präferenzen und damit wichtiger als der Arbeitsinhalt oder gar die Karriere; mit einem frühen Parteiaustritt, für den er unter anderem den Grund angibt, er habe über das, was in den Parteiversammlungen besprochen wurde, nicht mit seinen Kollegen sprechen sollen, hatte er eine Karriere ohnehin abgewählt. Um diese Präferenzen zu realisieren, braucht Herr Tikovsky disponible Zeit und Sozialkapital; letzteres setzt sich zusammen aus persönlichen Ressourcen wie Herrn Tikovskys ausgeprägter Empathiefähigkeit und infrastrukturellen Ressourcen wie dem Haus, in dem Herr Tikovsky seit seiner Geburt wohnt, und dem Schrebergarten sowie der Eckkneipe nebenan, wo er sich mit seinen Gartenfreunden und Arbeitskollegen trifft; wichtig ist ihm auch die Stadt, in der er viel unterwegs ist und von der er sagt, „*nein, nie*“ würde er von hier weggehen, „*noch nie hat das für mich in Frage gestanden*“. Und nicht zuletzt war es sein Betrieb, in dem Herr Tikovsky seine Kontaktbedürfnisse befriedigen konnte: „*Da hast du einen ganzen Tag gebraucht, um dich von allen zu verabschieden*“, sagt er – damals, als die Produktion eingestellt wurde.

In der Zeit der Null-Stunden-Kurzarbeit trifft sich Herr Tikovsky etwas seltener, aber so oft es geht, mit Freunden, diskutiert leidenschaftlich über Politik und gesellschaftliche Entwicklungen, wobei er aufgrund seiner guten Informiertheit auch Verhaltensratschläge geben kann und „*so die andern ein bißchen aufbaut*“. Seine Arbeitskollegen vermißt er sehr: „*Meine Frau sagt immer, mittwochs hab ich die beste Laune, da ist nämlich immer Betriebsversammlung*.“ Dabei kann Herr Tikovsky seine verfügbare Zeit – bis endlich Frau und Kinder nach Hause kommen – einigermaßen für sich sinnvoll nutzen: Er liest sich mit Begeisterung durch die neue Presselandschaft, holt sich via Talkshows fiktive Gesprächspartner ins Wohnzimmer und übernimmt die gesamte Hausarbeit. Letzteres freilich ist kein Novum für Herrn Tikovsky;

Hausarbeit hat er auch früher schon gemacht<sup>32</sup>, hier hat sich zwar der Umfang, nicht aber der Inhalt der Tätigkeit geändert. Was seine Zukunftspläne betrifft, läßt er sich von der Hoffnung auf einen Aufschwung tragen und sucht noch nicht nach einem neuen Arbeitsplatz. Dies ist eine durchaus rationale Entscheidung vor dem Hintergrund seiner Präferenzen, wäre es ihm doch das liebste, in seinem Betrieb weiterzuarbeiten, um seine Sozialkontakte nicht zu verlieren. Wie oben zitiert, bringt Herr Tikovsky diese Stabilität inmitten von Veränderungen selbst auf den Punkt: „Nun wird alles ein bißchen anders. Aber ich glaube, so wesentlich anders auch nicht“, sagt er.

Das bedeutet, und das ist mein erstes Ergebnis, daß Herr Tikovsky mit seiner etablierten Lebensführung eine Richtschnur in der Hand hat, die seine Handlungsfähigkeit auch in Situationen erhält, in denen Handlungsentscheidungen unter großen Unwägbarkeiten getroffen werden müssen<sup>33</sup>. Damit ermöglicht die Aufrechterhaltung der alltäglichen Lebensführung die Stabilität der Person. Wie meine Empirie zeigt, werden durch die Persistenz alltäglicher Lebensführung auch institutionelle Zusammenhänge aufrechterhalten: geschlechtsspezifische Arbeitsteilungsmuster, Arbeitszusammenhänge in einem nicht mehr produzierenden Betrieb, die Schrebergartenbrigade oder auch alte Netzwerke in neuer Form, wie Journalistenstammtische oder PDS-Ortsvereine. Auf diese Weise werden antizipierbare Sicherheiten für Bezugspersonen produziert, und man kann durchaus so weit gehen und die These aufstellen, daß auch das neue Institutionensystem an solche Institutionalisierungen besser anschließen kann als an

32 Auch Herrn Tikovskys Kollegen, die sich noch nie an der Hausarbeit beteiligt haben, bleiben ihren Gewohnheiten treu, indem sie sich auch in der Zeit der Null-Stunden-Kurzarbeit von der Hausarbeit fernhalten, obgleich ihre Partnerinnen voll erwerbstätig sind.

33 Die oben angesprochenen Kollegen von Herrn Tikovsky unterstreichen mit ihrem Verhalten diesen Befund: Herrn Belzows alltägliche Lebensführung ist durch seine handwerkliche Tätigkeit bestimmt: „Ich sitz' nu nicht da und tu' Zeitunglesen. Wenn ich was gemacht habe, will ich ein Objekt sehn. Und das muß sich drehn oder laufen.“ Folgerichtig werkelt er den ganzen Tag bei sich zu Hause oder bei Bekannten und ist, wie er sagt, „voll beschäftigt“. Gleichzeitig bewirbt er sich bei Firmen in den alten Bundesländern, ist es doch das Wichtigste für ihn, handwerklich tätig sein zu können. Herr Pattermann hingegen wollte schon immer „mein eigener Herr sein“. Stieß er zu DDR-Zeiten mit seinen Vorhaben schnell an Grenzen, nimmt er nun in seinem Unternehmungsdrang jede Option wahr, die sich ihm bietet: Er beendet sein Studium, macht eine Ausbildung zum Steuerberater und hat bereits einen Kundenstamm, gründet eine Firma im Bereich der Industrievertretung und geht weiterhin in seinen alten Betrieb, wo er Angebote ausschreiben kann, ohne seinen Chef im Rücken zu haben.

voneinander unabhängige Einzelentscheidungen individueller Akteure. Dieser Beitrag alltäglicher Lebensführung zur Stabilität des Gesellschaftssystems über den Systemwechsel hinweg wäre freilich eine nichtintendierte Folge des individuellen Einsatzes alltäglicher Lebensführung.

In allen Interviews, die ich ein bzw. zwei Jahre später, als das Moratorium zu Ende war, mit denselben Personen geführt habe, finden sich die in den ersten Interviews rekonstruierten Regeln alltäglicher Lebensführung wieder<sup>34</sup>. Auch der inzwischen arbeitslose Herr Tikovsky orientiert sich weiterhin an der Wichtigkeit seiner Sozialkontakte. So sieht er die Motivationslehrgänge des Arbeitsamts als eine Möglichkeit, die regelmäßigen Kontakte zu seinen Arbeitskollegen wiederherzustellen; er geht zu den Montagsdemos, die nun die IG Metall veranstaltet, und nutzt sie als Diskussionsforum, nicht ohne sich über seine früheren Mitstreiter vom Neuen Forum zu beklagen: „Die ham' sich zurückgezogen und reden untereinander mit sich, aber nicht mehr mit den anderen.“ Nach wie vor übernimmt er die ganze Hausarbeit und verbringt viel Zeit mit seiner Familie auf dem Balkon und im Schrebergarten. Der erste Befund, nach dem alltägliche Lebensführung als Entscheidungsregel beibehalten wird, wird durch die Wiederholungsinterviews gestützt; man sieht aber auch, und dies ist das zweite Ergebnis, das ich hier vorstellen will, daß die etablierte alltägliche Lebensführung schon im Vorfeld der Entscheidung als Wahrnehmungsinstrument der neuen Handlungssituation dient. Die lebensführungsspezifische Rahmung der neuen Situation schließt den Handlungsspielraum, ermöglicht damit aber überhaupt erst die Anwendung einer Entscheidungsregel. So nimmt unser Herr Tikovsky die gesellschaftlichen Veränderungen in erster Linie als einen Verlust von Sozialkontakten wahr; daher gilt es, Kontakte zu pflegen, so gut es geht.

Einen neuen Arbeitsplatz indes hat Herr Tikovsky bislang nicht gefunden, und es ist nicht mehr unstrittig, ob die Aufrechterhaltung der etablier-

34 Eine Paneluntersuchung hat hier gegenüber einer einmaligen Befragung einen entscheidenden Vorteil: Die Interviewpartnerinnen und -partner befanden sich zum Zeitpunkt der Wiederholungsbefragung in einer neuen Situation, die erst einmal unabhängig von ihrer biographischen Erzählung erhoben werden konnte; die Erzählungen über die Auseinandersetzungen mit der neuen Situation konnten mit den früheren Erzählungen verglichen werden. Die Handlungsweisen in der turbulenten Zeit zwischen den Systemen verschwinden so nicht in den biographischen Konstruktionen der Personen, sondern behaupten ihren Eigensinn und können, Indizien gleich, angeführt werden, wenn die alltägliche Lebensführung über die Zeit hinweg destilliert werden soll.

ten Lebensführung für Herrn Tikovsky weiterhin von Nutzen ist. Denn nach dem Ablauf des Moratoriums rächt sich für Herrn Tikovsky der bislang rationale Verzicht auf Weiterqualifizierung; in seiner Branche zählt er nun zu den Risikogruppen des Arbeitsmarktes. Seinen Wunsch, im sozialen Bereich zu arbeiten und sich so die sozialen Beziehungen selbst zum Arbeitsgegenstand zu machen, kann er wegen fehlender formaler Vorbildung nicht realisieren; auf ein früheres Angebot von seiten der Partei hatte er verzichtet. Selbst sein Einfühlungsvermögen erweist sich als ein Nachteil bei der Arbeitssuche: Er scheut offene Konkurrenz, gibt dann lieber gleich auf und beruhigt sich mit einer Relativierung seiner Situation: „*Ja was nützt mir denn eine Arbeit, wenn wir wieder ein rechter Staat werden und uns nicht um die dritte Welt kümmern. Mir geht's ja noch gut.*“ Hier nun rückt die Anschlußfähigkeit der alltäglichen Lebensführung an das neue Institutionensystem in den Blick. Herrn Tikovskys Lebensführung macht sich, was die Teilnahmechancen auf dem Arbeitsmarkt betrifft, als Restriktion bemerkbar.

Für einen anderen Interviewpartner, Herrn Flieger, stellt seine etablierte Lebensführung hingegen eine Ressource dar. Herr Flieger, zu DDR-Zeiten Politoffizier bei der Nationalen Volksarmee und damit gelernter Ideologieverkäufer, konnte mit seiner Lebensführung an einer lukrativeren Stelle andocken. Schon immer bestrebt, „*aus dem Möglichen das Möglichste rauszuholen*“, was Lebensstandard und soziale Anerkennung betrifft, bietet sich das Versicherungsgewerbe bei seiner Qualifikation geradezu an. Statt Ideologie verkauft er nun Versicherungen, und das rechnet sich auch noch direkt. Seine Frau stellt derweil das „*Hinterland*“, auch das eine Ressource, auf die Herr Tikovsky und mit ihm alle Frauen meines Samples nicht zurückgreifen können. Das dritte Ergebnis meiner Studie ist demnach die Tatsache, daß die etablierten Lebensführungsmuster zur *Ressource oder Restriktion* bei der Auseinandersetzung mit den neuen Bedingungen geworden sind. Dabei ist es vorab nicht bestimmbar, welche der etablierten Regulierungsvorschläge für Alltagsentscheidungen sich als Ressourcen und welche sich als Restriktionen erweisen werden.

Meine Befunde widersprechen damit der Auffassung, daß sich die Bürgerinnen und Bürger der neuen Bundesländer den Anforderungen des neuen Institutionensystems aktiv anpassen werden und dies auch können. Sie lassen vielmehr den Schluß zu, daß für die Anschlußfähigkeit an das neue Institutionensystem nicht Anpassungspro-

zesse, sondern Selektionsprozesse die entscheidende Rolle spielen, und das hat seinen Grund darin, daß die alltägliche Lebensführung nicht umstandslos außer Kraft gesetzt wird. Auch wo Herr Tikovsky sieht, daß sich seine Lebensführung als eine Restriktion erweist, verändert er sie nicht, sondern tröstet sich lieber damit, daß er sich noch schlimmere Szenarios ausmalt. Und auch Herr Flieger hat sich nicht für das „Selbstunternehmertum“ nachsozialisieren lassen, wie in der Transformationsdiskussion angenommen wird<sup>35</sup>; er besaß die entsprechenden Ressourcen bereits. Die logische Folge dieser Persistenz ist, daß es die neuen Institutionen sind, die als Selektoren wirken. So konnte Herr Tikovsky bislang lediglich über die Arbeitslosigkeit ans neue System anschließen, ganz im Gegensatz zu Herrn Flieger, der seine alltägliche Lebensführung ebensowenig verändert hat wie Herr Tikovsky – nur paßt diese besser zu einer Karriere unter den neuen Bedingungen. Für dieses Passungsverhältnis spielt auch der Zeitpunkt eine wichtige Rolle. Herr Flieger wartete nicht ab. Daß er nicht mit einer entsprechenden Position in der Bundeswehr rechnen konnte, war ihm schon Anfang 1990 klar; aufgrund seiner ausgeprägten Karriereorientierung wollte er nicht passiv auf eine Besserung seiner Situation hoffen und fand deshalb als einer der ersten im neuen Versicherungsgeschäft ideale Startbedingungen vor. Herrn Tikovsky wäre es am liebsten gewesen, in seinem Betrieb weiterzuarbeiten. Sein durchaus rationales Warten auf eine Wiederaufnahme der Produktion führte ihn schließlich viel später als Herrn Flieger auf einen inzwischen geschlossenen Arbeitsmarkt.

Das bedeutet, daß zu den ‚harten‘ Ressourcen und Restriktionen in bezug auf den Umgang mit neuen Zumutungen und Chancen und für den Platz im System sozialer Ungleichheiten neben Alter, Geschlecht, Qualifikation und Branche auch die alltägliche Lebensführung zu zählen ist – denn mit ihr werden diese ‚harten‘ Ressourcen und Restriktionen wahrgenommen, bearbeitet und auch reproduziert. Doch was früher rational war, muß es nun nicht mehr sein; was früher Restriktion war,

35 Vgl. Stefan Hradil, ‚Lebensführung‘ im Umbruch. Zur Rekonstruktion einer soziologischen Kategorie, in: Michael Thomas (Hrsg.), Abbruch und Aufbruch. Sozialwissenschaften im Transformationsprozeß, Berlin 1992, S. 183–197. Auch das Forschungsprojekt „Neue Selbständige“ des BISS e.V. hat eruiert, auf welche Ressourcen erfolgreiche neue Selbständige zurückgreifen konnten, siehe hierzu z. B. Thomas Koch/Michael Thomas, Soziale Strukturen und Handlungsmuster neuer Selbständiger als endogene Potentiale im Transformationsprozeß, in: R. Kollmorgen/R. Reißig/J. Weiß (Anm. 13), S. 217–241.

kann sich im Gegenzug als Ressource entpuppen; was früher nur ein kleiner Nachteil war, kann jetzt ein großer werden<sup>36</sup>.

## VI. Alltägliche Lebensführung und die Logik soziologischer Erklärungen

Ich möchte zum Schluß den Vorschlag machen, die konzeptuellen Ergebnisse über die Stabilität alltäglicher Lebensführung und ihre Voraussetzungen und Folgen in ein allgemeines Modell einer soziologischen Erklärungslogik einzubauen. Der amerikanische Soziologe James S. Coleman<sup>37</sup> hat gezeigt, wie man die Mikrofundierung von Ereignissen oder Verteilungen auf der Makroebene betreiben sollte, und hat hierfür ein Modell entworfen, auf das ich mich beziehen will: die sogenannte Colemansche Badewanne – wie das Modell wegen seiner charakteristischen Form genannt wird.

Folgt man seinem Weg einer soziologischen Erklärung, kann man auf der Makroebene überhaupt keine erklärende Verbindung zwischen Ereignissen oder Verteilungen herstellen; entsprechend sehen wir in der folgenden Abbildung auch keinen Pfeil, der von Situation 1 direkt zu Situation 2 führen würde. Die oben zitierten Transformationsforscher und -forscherinnen lägen demnach mit ihrer Erklärungsweise nicht richtig: Daß sich die DDR-Gesellschaft zwangsläufig in eine bundesrepublikanische verwandle – etwa weil sie in einen Prozeß

36 Indes ist es riskant, in diesem Zusammenhang von Verlierern und Gewinnern zu sprechen. Obschon Herrn Fliegers Lebensführung seiner Karriere dient, hat dieser Erfolg den Verzicht seiner Frau auf die ihre zur Voraussetzung, was wiederum Auswirkungen auf die Beziehungen der Ehepartner zueinander hat; demgegenüber verfügt unser Herr Tikovsky über ein Netz von sozialen Beziehungen, das durchaus als eine Ressource für den Wiedereinstieg in die Erwerbstätigkeit dienen kann, ihn in jedem Falle aber vor einem weiteren Abstieg schützt und seinen Präferenzen entsprechend Lebensqualität bietet. Es lohnt sich, hierzu die Überlegungen von Heinz Bude über „Die Überflüssigen als transversale Kategorie“, in: P. A. Berger/M. Vester (Anm. 9), S. 363–382, zum Prozeß des „Überflüssigwerdens“ heranzuziehen. Dieser besteht in Ausgrenzungen im Bereich der Arbeit, der Familie, der sozialen Institutionen und zuletzt im Hinblick auf den eigenen Körper. Solange nach gescheiterten Wiedereintrittsversuchen in den Arbeitsmarkt die Eingliederungen in den anderen Bereichen nicht versagen, kann es gelingen, „prekäre Mischungen aus Inklusion und Exklusion“ (S. 378) aufrechtzuerhalten.

37 Vgl. James S. Coleman, Grundlagen der Sozialtheorie, Bd. 1, München – Wien 1995, S. 1 ff.

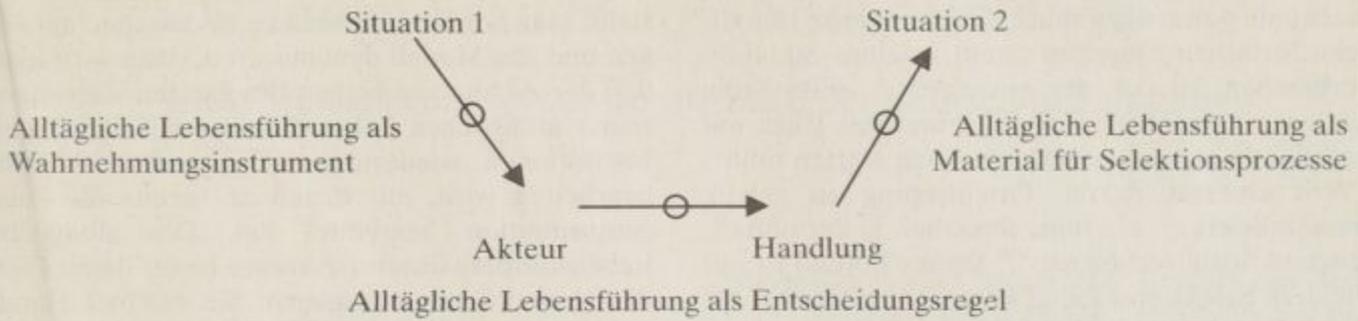
gesellschaftlicher Modernisierung eingebunden sei –, würde Coleman nicht gelten lassen. Nur über den Weg über die Akteure und ihre Interessen, so das Credo, kann es gelingen, die Dynamik eines sozialen Wandlungsprozesses auf der Makroebene zu modellieren. Damit rückt das, was die Akteure tun, in eine analytische Schlüsselposition für die Untersuchung sozialer Prozesse.

Wenn man meine Befunde zur alltäglichen Lebensführung von Akteuren in Colemans Modell soziologischer Erklärungen einbaut, kann man den Stellenwert genauer bestimmen, den die alltägliche Lebensführung als Vermittlungskategorie zwischen Mikro- und Makroebene, oder, wenn man so will, zwischen Individuum und Gesellschaft hat; man kann das, indem man den Colemanschen Weg nachzeichnet, der über die Makroebene zum Handeln von Akteuren und über dessen Folgen wieder zurück zur Makroebene geht.

Als ersten Schritt gilt es, die Situation zu beschreiben, in der unser Akteur seine Handlungsentscheidung treffen will. Für diese Beschreibung ist nun nicht ein wie auch immer gearteter Blick von außen auf die Situation hinreichend, sondern man muß rekonstruieren, wie der Akteur die Handlungssituation wahrnimmt: es geht, wie das Hartmut Esser<sup>38</sup> formuliert, um die Definition der Situation durch den Akteur selbst. Und bei dieser Definition spielt, wie ich gezeigt habe, die alltägliche Lebensführung unseres Akteurs eine wichtige Rolle: Sie dient ihm als *Wahrnehmungsinstrument*, denn er macht sich seinen eigenen, lebensführungsspezifischen Reim auf die strukturellen Parameter. Wenn wir an Herrn Tikovsky denken, definiert er Situationen, indem er sie daraufhin anschaut, inwieweit sie seinem Bedürfnis nach Sozialkontakten entgegenkommen. Im zweiten Schritt – wir sind nun auf dem Boden der Wanne – geht es darum, wie unser Akteur seine Entscheidung trifft. Er tut dies, indem er auf seine etablierte alltägliche Lebensführung als *Entscheidungsregel* zurückgreift. So läßt sich Herr Tikovsky bei seinen Entscheidungen für seine berufliche Zukunft davon leiten, seine Kollegen nicht verlieren zu wollen. Er versucht deshalb, seinen alten Arbeitsplatz zu retten; Leipzig zu verlassen, um z. B. in den alten Bundesländern zu arbeiten, kommt für ihn schon gar nicht in Frage. Der Einsatz solcher Entscheidungsregeln hat freilich Folgen. Zwar spart der Akteur durch die Anwendung einer in verschiedenen Situationen gut getesteten Regel Entscheidungskosten – wenn man so will, kann man das auch so formulieren, daß er

38 Vgl. H. Esser (Anm. 18), S. 91 ff.

Abbildung: Alltägliche Lebensführung im Makro-Mikro-Makro-Modell von James S. Coleman



sich damit überhaupt erst in der Lage sieht, Entscheidungen in einer unsicheren Situation treffen zu können –, aber die Folgen, die die so getroffenen Entscheidungen haben, kann unser Akteur nicht mehr kontrollieren: Denn darüber entscheiden die neuen Institutionen. Auf diese Weise gelangen wir bei unserer Analyse wieder zur Makroebene zurück, indem wir uns anschauen, an welche Institutionen die jeweiligen Handlungsfolgen angeschlossen sind. So führten Herrn Tikovskys Entscheidungen ihn in die formale Arbeitslosigkeit, während Herr Flieger, dem Versicherungskaufmann, mit seiner Qualifikation zum Ideologeverkauf und seinem Ehrgeiz ein Traumstart in Richtung Berufskarriere gelang. Die alltägliche Lebensführung dient damit als Ressource oder Restriktion bei der Auseinandersetzung mit neuen Handlungssituationen und liefert, wie ich das ausgedrückt habe, das *Material für Selektionsprozesse*. Hinter dem Rücken der Akteure entscheidet sich, wo Lebensführung an gesellschaftliche Institutionen andocken kann und wo nicht, und so ist die Frage, was Restriktion und was Ressource ist, situationsabhängig und vorab nicht entscheidbar. Denn die Selektionswirkung der neuen Institutionen ist kein Naturgesetz – auch sie resultiert aus den rationalen Entscheidungen von Akteuren, in Anbetracht ihres Organisationszieles nur bestimmte lebensführungsspezifische Qualifikationen nachzufragen. Wo es sich um das Angebot von Arbeitsplätzen handelt, haben wirtschaftliche Organisationen eine starke Position. Von ihnen werden Herrn Fliegers Qualifikationen abgerufen, ihm wird eine Ausbildung und schließlich die selbständige Versicherungsvertretung angeboten. Für die Qualifikation von Herrn Tikovsky gibt es im Augenblick keinen Markt; wohl gibt es Bedarf für gesellschaftspolitisches Engagement oder nachbarschaftliche Unterstützungsleistungen, aber keine Finanzierung. Als ‚Anschlußangebot‘ bleibt die Arbeitslosigkeit.

Die Ergebnisse meiner Untersuchung sprechen dafür, die systematische *Offenheit* gesellschaftlicher Dynamik zu betonen und machen skeptisch gegenüber modernisierungstheoretischen Entwicklungsdiagnosen. Denn es hängt nicht nur die Reproduzierbarkeit der etablierten alltäglichen Lebensführung von der Selektionswirkung der neuen Institutionen ab; auch die neuen Institutionen sind darauf angewiesen, daß die Akteure deren Bestandsbedingungen nicht gefährden. Wenn, wie in unserem Falle, das gesamte gesellschaftliche Institutionensystem durch ein anderes ersetzt wird, die individuellen Akteure ihre Entscheidungen aber treffen, indem sie ein Regelsystem zugrundelegen, das sie unter ganz anderen gesellschaftlichen Umständen etabliert haben, bleibt es *offen*, welche Regeln oder Verteilungen sich schließlich am rechten oberen Rand unserer Badewanne finden werden.

Denn wenn man dieses Selektionsargument ernst nimmt, kann man damit auch Veränderungen erklären, die sich auf der Ebene von Einstellungen messen lassen und die nicht strikt den im westlichen Teil Deutschlands verbreiteten Werten folgen. Heiner Meulemann hat vor kurzem versucht, zu erklären, warum in den ersten Jahren nach der Wende „moralische Striktheit“, das Gewicht, das moralischen Geboten zugemessen wird, abnahm, während die Wertschätzungen von „Leistung“, „Familie“ und „Erziehungszielen der Konformität“ in den neuen Bundesländern nicht an Bedeutung verloren. Obschon alle diese Werthaltungen vom Staat oktroyiert waren, ist „der Untergang der alten Sozialverfassung“, so Meulemann, „eine notwendige, aber noch keine hinreichende Bedingung dafür, daß von ihr geprägte Einstellungen verschwinden. Sie können überleben, wenn sie helfen, die Folgen des Untergangs zu bewältigen.“ So seien familiäre Werte und die Orientierung an konventionellen Erziehungsidealien in der Transforma-

mationsgesellschaft hilfreich, indem sie dem Handeln Orientierung geben – und, so muß man hinzufügen, der einzelne bei ihrer Einhaltung keine Nachteile gewärtigen muß; die oktroyierte moralische Striktheit hingegen „muß in einer Situation zerbrechen, in der der einzelne . . . selbständig nach verinnerlichten Kriterien und mit Blick auf kalkulierbare Sanktionen moralisch werten muß“. „Weit entfernt davon, Orientierung zu geben, immobilisiert . . . die hohe Striktheit in der pluralistischen Sozialverfassung.“<sup>39</sup> Dieser Befund ist mit meinem Selektionsmodell kompatibel: Es ist nicht so, daß sich moralisch rigide Menschen nun in familienorientierte verwandelten; vielmehr werden auf der als Selektionsmaterial angebotenen Wertpalette diejenigen Werte positiv ausgewählt, die zum neuen System „passen“<sup>40</sup>.

Freilich unterscheiden sich Einstellungen von alltäglicher Lebensführung; während Einstellungen in der Sozialforschung gerade nicht mikrofundiert erhoben, sondern als Verteilungen oder Korrelationen auf der Makroebene gemessen werden, verweist alltägliche Lebensführung auf den Zusammenhang der Handlungen einer Person und zeichnet sich gerade dadurch aus, daß sie nicht einfach aufgeteilt werden kann in Bestandteile, die nicht ins neue System passen<sup>41</sup>, und solche, deren Anschluß gelingen wird – im Blickpunkt steht das gesamte Arrangement.

Ein letzter Blick auf die Colemansche Badewanne zeigt dieses Problem noch einmal modelltheoretisch auf: Unser Akteur muß sich auch mit seiner

39 Heiner Meulemann, Die Implosion einer staatlich verordneten Moral, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 50 (1998) 3, S. 411–441, alle Zitate Seite 437.

40 Michael Hofmann und Dieter Rink ziehen aus ihren empirischen Milieustudien den Schluß, daß die Anpassungsleistungen der Angehörigen des status- und karriereorientierten Milieus in Ostdeutschland weniger in einer Abkehr von alten Denk- und Verhaltensmustern lagen als in einer „Neubewertung und Rekombination der erworbenen Handlungsmuster“. Siehe Michael Hofmann/Dieter Rink, Das Problem der Mitte, in: P. A. Berger/M. Vester (Anm. 9), S. 149–168, Zitat S. 163. Auch dieser Befund ließe sich selektionstheoretisch begründen.

41 „Es sind Menschen aus Fleisch und Blut . . . , die aufgrund gewisser Abkoppelungsprozesse den Anschluß ans gesellschaftliche System verlieren und von diesem dann nur noch als belastendes Problem angesehen werden, das zu nichts nutze ist und keinen Sinn macht“ (H. Bude [Anm. 36] S. 368).

eigenen Lebensführung auseinandersetzen, die ihm durchaus als eine situationale Anforderung entgegentreten kann. Und wenn man sich vorstellt, man würde eine weitere Badewanne anhängen und das Modell dynamisieren, dann wird klar, daß der Akteur die Folgen des Zusammentreffens seiner alltäglichen Lebensführung mit den neuen Institutionen wiederum mit denselben Mitteln bearbeiten wird, mit denen er bereits die Ausgangssituation bearbeitet hat. Die alltägliche Lebensführung unserer Akteure bietet damit Freiräume und Zwänge zugleich: Sie eröffnet Handlungsspielräume, indem sie ein Stück weit vor dem direkten Durchschlag gesellschaftlicher Verhaltenserwartungen schützt und damit Möglichkeiten einräumt, neue selektionstaugliche Lösungen zu etablieren. Gleichzeitig aber verengt sich der Spielraum individueller Lebensführung durch die Verhärtung des selbstentworfenen Regelsystems.

Klaus Holzkamp<sup>42</sup> spricht in seiner Kommentierung des Konzepts alltäglicher Lebensführung von der Alternative einer „doppelten Möglichkeit“: Neben dem Handeln unter gesellschaftlichen Bedingungen stehe Handeln „in Erweiterung der in den Bedingungen liegenden Verfügungsmöglichkeiten“. Wenn wir Glück haben, steckt hierfür in der alltäglichen Lebensführung ein Potential, das die reine Kosten-Nutzen-Rechnung und damit die Übernahme der gesellschaftlich nahegelegten Präferenzen von Zielen und Mitteln sprengen kann. Doch die Befürchtungen, daß die etablierte Lebensführung solche Handlungsspielräume zu schnell schließt und damit in gewisser Weise betriebsblind macht, sind leider auch nicht von der Hand zu weisen. Frau Barzel als diejenige unter meinen Interviewpartnern und -partnerinnen, die den größten Abstieg erlebt hat, drückt diese Betriebsblindheit folgendermaßen aus: „*Ich möchte mal gern in ein ganz fremdes Land, am liebsten immer dahin, wovon ich gerade lese. Zu den Indianern oder in die Karibik. Wo wirklich mal Ruhe ist, Ruhe von allem. Vielleicht ist man jetzt wie betriebsblind. Daß man so manches gar nicht mehr sieht, was vielleicht doch da ist, und du nimmst es gar nicht mehr wahr*“.

42 Vgl. Klaus Holzkamp, Alltägliche Lebensführung als subjektwissenschaftliches Grundkonzept, in: Das Argument, 37 (1995) 6, S. 817–846, Zitat S. 839.

# Junge Frauen aus Ostdeutschland

## Individualisierungsprozesse im Zuge der deutschen Einigung

---

### I. Einleitung

---

Mit der deutsch-deutschen Grenzöffnung am 9. November 1989 und dem anschließenden Beitritt der DDR zur Bundesrepublik haben sich die Lebensbedingungen und biographischen Perspektiven der Menschen in Ostdeutschland radikal verändert. Im Rahmen des politischen Umbruchs kam es in kürzester Zeit zu einer Freisetzung der Individuen aus den DDR-spezifischen Rahmenbedingungen wie z. B. dem Recht und der Pflicht zur Arbeit, der staatlichen Zuweisung von Ressourcen (vor allem Wohnraum), sozialpolitisch forciertem ganztägiger Berufstätigkeit von Eltern und damit verbundener institutionalisierter Kinderbetreuung. Besonders die biographischen Perspektiven von Frauen haben sich seit der Grenzöffnung verändert, da die sozialpolitischen Maßnahmen, die in der DDR auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf hinwirken sollten, nach dem Beitritt zur Bundesrepublik nur noch eingeschränkt vorhanden waren. Die „Vereinbarkeitsmaßnahmen“ führten zu einer hohen Erwerbstätigkeit von Frauen in der DDR, jedoch gleichzeitig auch zu einer institutionell unterstützten geschlechtsspezifischen Zuständigkeit für die Familie, da sie sich in erster Linie an Frauen richteten.

Um die mit dem politischen Umbruchprozeß einhergehenden biographischen Veränderungen im weiblichen Lebenszusammenhang empirisch zu untersuchen, wurden im Rahmen einer Diplomarbeit an der Universität Hamburg<sup>1</sup> Interviews mit Frauen geführt, die um den Zeitpunkt der Grenzöffnung herum von Ost- nach Westdeutschland

gezogen sind. Sie haben den Wechsel des politischen Systems gewissermaßen von heute auf morgen erlebt und waren weniger den spezifischen Transformationsproblemen in Ostdeutschland ausgesetzt, können also über die veränderten Lebenszusammenhänge in der Bundesrepublik unmittelbar Auskunft geben. Exemplarisch wurden hierzu als Untersuchungsgruppe junge Frauen im Alter von 24 bis 32 Jahren ausgewählt, da diese sich in einer zentralen Phase der Weichenstellung für ihre berufliche und private Zukunft befinden, in der wesentliche, biographisch relevante Entscheidungen im beruflichen und privaten Bereich getroffen werden.

Die Auswertung der Interviews ergab, daß die Freisetzungprozesse aus den staatlichen Rahmenbedingungen der DDR und der Eintritt in die bundesrepublikanischen Lebensbedingungen weitgehend als Individualisierungsprozesse im Sinne der Theorie von Ulrich Beck und Elisabeth Beck-Gernsheim beschrieben werden können<sup>2</sup>. Einerseits kommt es dabei zu Freisetzungen aus traditionellen Zusammenhängen, Individuen werden verstärkt auf sich selbst verwiesen und zum „Planungsbüro“ ihrer eigenen Biographie, des „eigenen Lebens“<sup>3</sup>. Dies bedeutet jedoch nicht absolute Wahlfreiheit, sondern die Biographien werden gleichzeitig neu standardisiert, z. B. über den Arbeitsmarkt und Konsummuster. „Individualisierung meint zum Beispiel die Auflösung vorgegebener sozialer Lebensformen – zum Beispiel das Brüchigwerden von lebensweltlichen Kategorien wie Klasse und Stand, Geschlechtsrollen, Familie, Nachbarschaft usw.; oder auch, wie im Fall der DDR und anderer Ostblockstaaten, den Zusammenbruch staatlich verordneter Normalbiographien, Orientierungsrahmen und Leitbilder. Wo immer solche Auflösungstendenzen sich

---

1 Der vorliegende Artikel ist eine Zusammenfassung der Ergebnisse einer empirischen Diplomarbeit am Institut für Soziologie der Universität Hamburg. In diesem Rahmen wurden zwischen dem 18. September und dem 13. Dezember 1997 zehn offene, ca. einstündige Interviews geführt. Zur Methode der Befragung vgl. Andreas Witzel, Das problemzentrierte Interview, in: Gerd Jüttemann (Hrsg.), Qualitative Forschung in der Psychologie, Weinheim-Basel 1985, S. 227–255. Zur Auswertung vgl. Philipp Mayring, Qualitative Inhaltsanalyse, Weinheim 1995<sup>5</sup>.

2 Vgl. Ulrich Beck, Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt am Main 1986; Ulrich Beck/Elisabeth Beck-Gernsheim, Das ganz normale Chaos der Liebe, Frankfurt am Main 1990.

3 Vgl. Ulrich Beck/Wilhelm Vossenkuhl/Ulf Erdmann Ziegler, Eigenes Leben. Ausflüge in die unbekannte Gesellschaft, in der wir leben, München 1995.

zeigen, stellt sich zugleich die Frage: Welche neuen Lebensformen entstehen dort, wo die alten, qua Religion, Tradition oder vom Staat zugewiesenen, zerbrechen?<sup>4</sup>

## II. Lebensverhältnisse von Frauen in der DDR und in der Bundesrepublik

Die unterschiedlichen Staatsformen und die damit einhergehenden wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen in beiden deutschen Staaten führten zu verschiedenen Möglichkeiten der Lebensgestaltung für die Menschen. Orientiert sich die Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik der Bundesrepublik zentral an den Grundsätzen und Erfordernissen der sozialen Marktwirtschaft, so war die der DDR an planwirtschaftlichen Bedarfen ausgerichtet. Entsprechend steuerbar und vorhersehbar sollten auch die Lebensverläufe der Menschen sein. Dies führte zu einer starken staatlichen Lenkung der Individuen in den Bereichen Bildung, Beruf und Familie. Die SED als Staatspartei hatte „den Anspruch, das alleinige Subjekt der gesellschaftlichen Entwicklung zu sein“<sup>5</sup>. Wenn dieser Anspruch auch nicht annähernd verwirklicht werden konnte, so war der Einfluß staatlicher Steuerung auf individuelle Lebensgestaltung doch nicht unerheblich<sup>6</sup>. Staatliche Bedarfe hatten dabei im Zweifelsfall Vorrang vor individueller Wahlfreiheit, dafür wurden die Individuen im Gegenzug mit einem engmaschigen „sozialen Netz“ entschädigt. Es gab also im Vergleich zur Bundesrepublik mehr Zwänge, aber auch mehr Sicherheiten, die auf staatliche Eingriffe gründeten. Den Individuen war ein Fürsorgebündnis<sup>7</sup> mit dem Staat auferlegt, das sie einerseits sozial absicherte, andererseits aber auch ihre Entscheidungsspielräume bezüglich der eigenen Lebensplanung einschränkte. Die sozialpolitischen Maßnahmen

4 Ulrich Beck/Elisabeth Beck-Gernsheim, Individualisierung in modernen Gesellschaften – Perspektiven und Kontroversen einer subjektorientierten Soziologie, in: dies. (Hrsg.), *Risikante Freiheiten*, Frankfurt am Main 1994, S. 11 f.  
5 Johannes Huinink, Individuum und Gesellschaft in der DDR – Theoretische Ausgangspunkte einer Rekonstruktion der DDR-Gesellschaft in den Lebensverläufen ihrer Bürger, in: Johannes Huinink/Karl Ulrich Mayer u. a., *Kollektiv und Eigensinn. Lebensverläufe in der DDR und danach*, Berlin 1995, S. 26.

6 Vgl. ebd.

7 Vgl. auch Konrad H. Jarausch, der den Begriff der „Fürsorgediktatur“ vorschlägt. Konrad H. Jarausch, *Realer Sozialismus als Fürsorgediktatur. Zur begrifflichen Einordnung der DDR*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 20/98, S. 33–46.

führten zu einer weiblichen Normalbiographie, die sich durch frühe Familiengründung und lebenslange Vollzeit-Erwerbstätigkeit auszeichnete. Diesem staatlich erwünschten und positiv sanktionierten Lebensentwurf folgte ein Großteil der Frauen in der DDR<sup>8</sup>.

In der Bundesrepublik kam es dagegen seit den sechziger und siebziger Jahren mit steigendem Wohlstand und geringerer staatlicher Verregelung der Lebensläufe zu einer stärkeren Pluralisierung von Lebensformen und zur Erosion einer Normalbiographie hin zur „Bastelbiographie“<sup>9</sup>, die den Individuen – herausgelöst aus traditionellen und familiären Zusammenhängen – ein hohes Maß an biographischer Selbststeuerung abverlangt und immer wieder neue Richtungsentscheidungen erfordert.

Die verschiedenen politischen Systeme beider deutscher Staaten ließen entsprechend unterschiedliche soziodemographische Strukturen entstehen; die Differenzen manifestieren sich vor allem in der Erwerbsarbeit von Frauen. Waren in der DDR 91,2 Prozent der Frauen im erwerbsfähigen Alter berufstätig oder in der Ausbildung<sup>10</sup>, so betrug dieser Anteil in der Bundesrepublik trotz zunehmender Berufstätigkeit nur knapp 60 Prozent<sup>11</sup>. Besonders groß waren die Differenzen in der Gruppe der Frauen mit minderjährigen Kindern. In der DDR waren 94 Prozent der verheirateten Frauen mit einem minderjährigen Kind berufstätig (Bundesrepublik: 47 Prozent) und immer noch 83 Prozent der verheirateten Frauen mit drei und mehr Kindern (Bundesrepublik: 35 Prozent)<sup>12</sup>.

Die Beschäftigungszahlen in der DDR sind vor dem Hintergrund sozialpolitischer Maßnahmen zu sehen, die auf das Recht und die Pflicht zur Arbeit abzielten und möglichst eine große Anzahl von Menschen in das Erwerbsleben einbinden sollten. Die zahlenmäßig volle Integration von Frauen ins Erwerbsleben wurde von der SED als Zeichen verwirklichter Gleichberechtigung ausgelegt, folgte

8 Vgl. z. B. Charlotte Höhn/Jürgen Dorbritz, *Zwischen Individualisierung und Institutionalisierung – Familien-demographische Trends im vereinten Deutschland*, in: Bernhard Nauck/Corinna Onnen-Isemann (Hrsg.), *Familie im Brennpunkt von Wissenschaft und Forschung*, Neuwied 1995.  
9 Vgl. Ronald Hitzler, *Kleine Lebenswelten – Ein Beitrag zum Verstehen von Kultur*, Opladen 1988.

10 Die folgenden Zahlen beziehen sich, soweit nicht anders aufgeführt, auf das Jahr 1989.

11 Vgl. Rainer Geißler, *Die Sozialstruktur Deutschlands. Ein Studienbuch zur soziostrukturellen Entwicklung im geteilten und vereinten Deutschland*, Opladen 1992, S. 422 f.

12 Vgl. ebd., S. 243.

aber in der Phase der Durchsetzung auch ökonomischen Gründen. Da es in der Wirtschaft an Arbeitskräften mangelte, wurde bereits seit den fünfziger Jahren eine zunehmende Eingliederung von Frauen ins Erwerbsleben angestrebt und durch eine entsprechende Gesetzgebung unterstützt<sup>13</sup>. Gleichzeitig sollte aber einem durch die familiäre und berufliche Doppelbelastung entstehenden Geburtenrückgang entgegengewirkt werden, so daß ab 1972 in der DDR eine Reihe sozialpolitischer Maßnahmen verabschiedet wurde, die auf die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf abzielten. Hierzu gehörten unter anderem der Ausbau des Kinderbetreuungssystems, Verkürzung der Arbeitszeit, zusätzliche Urlaubstage für Mütter mit mindestens zwei Kindern unter 16 Jahren, bezahlte Freistellung zur Pflege erkrankter Kinder, ein voll bezahltes, sogenanntes Babyjahr bei Fortdauer der Betriebszugehörigkeit und eine Erhöhung des Kindergeldes<sup>14</sup>. Diese Maßnahmen waren ausschließlich im Hinblick auf berufstätige Mütter formuliert, die Inanspruchnahme durch Väter war nur in Ausnahmefällen vorgesehen.

In der Bundesrepublik gab es weniger sozialpolitische Maßnahmen, Frauen in das Berufsleben voll zu integrieren. Besonders in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit wurde vielmehr von einigen politischen Kräften der Versuch unternommen, Frauen eher vom Erwerbsleben fernzuhalten und ihnen verstärkt die Rolle der Hausfrau und Mutter zuzuweisen<sup>15</sup>.

Heike Ellermann<sup>16</sup> stellt in diesem Zusammenhang fest, daß für Frauen in der DDR die Orientierung auf die Verbindung von Mutterschaft und Beruf gesellschaftlich und politisch voll anerkannt war und auch von den meisten Frauen angestrebt wurde. In der Bundesrepublik gibt es dagegen eine Vielzahl möglicher Lebensformen für Frauen, von denen aber keine mehrheitlich anerkannt ist. Weder das Bild der Karrierefrau noch das der Hausfrau ist durchweg positiv besetzt. Das Leben der Frauen in der stärker individualisierten Gesellschaft der Bundesrepublik ist in diesem Sinne vordbildlos.

13 Vgl. Gisela Helwig, Gleiche Rechte – doppelte Pflichten. Frauen in der DDR, in: dies. (Hrsg.), Rückblicke auf die DDR. Festschrift für Ilse Spittmann-Rühle, Köln 1995, S. 197–207.

14 Vgl. ebd., S. 199.

15 Vgl. Elisabeth Beck-Gernsheim, Frauen zurück in die Familie?, in: WSI-Mitteilungen, 34 (1984) 1, S. 23–32.

16 Vgl. Heike Ellermann, Bundesdeutsche Hausfrau? Nie im Leben! Eine Studie zum Selbstverständnis von Frauen in Ost und West, Berlin 1995.

### III. Drei Kurzprofile

Auf der Basis der Interviews wurden in einer Einzelfallbetrachtung Kurzprofile erstellt. Sie fassen die biographische Entwicklung der Befragten in bezug auf Ausbildung/Beruf und Privatleben vor und nach der Wende zusammen, so daß Individualisierungstendenzen anhand von prägnanten lebensgeschichtlichen Merkmalen bereits in den einzelnen Fallgeschichten sichtbar werden. Drei dieser Kurzprofile sollen an dieser Stelle vorgestellt werden. Dem Kurzprofil wird jeweils ein Zitat aus dem Interview vorangestellt, mit dem das persönliche Erleben der sich verändernden Lebenszusammenhänge charakterisiert werden kann<sup>17</sup>.

*Vivien Koch*, 26 Jahre, selbständige Friseurmeisterin:

*„Im Augenblick bin ich eben mehr so'n Einzelkämpfer, daß ich mir sage, ich mach' halt erstmal meinen Beruf.“*

Frau Koch kommt aus einem kleinen Ort in der Nähe von Cottbus, ihre Eltern haben in der DDR als Textilgestalterin und Kranschlosser gearbeitet und sind zum Zeitpunkt des Interviews arbeitslos.

Nach dem Schulabschluß im zehnten Schuljahr begann Frau Koch in ihrem Heimatort eine Ausbildung als Friseurin. Eineinhalb Jahre später wird die deutsch-deutsche Grenze geöffnet. Frau Koch beschließt spontan, zusammen mit ihrem damaligen Freund nach Westdeutschland zu ziehen, um dort die Ausbildung zu beenden. Im Januar 1990 heiraten die beiden, zwei Tage später ziehen sie um nach Regensburg in die Wohnung von Onkel und Tante des Ehemanns. Die Wohnmöglichkeit bei den Verwandten ist mit deren Pflege verbunden. Frau Koch beschreibt die erste Zeit in Westdeutschland aus verschiedenen Gründen als schwierig: die Pflege der Verwandten, die sie vorher kaum kannte; eingeschränkte finanzielle Möglichkeiten und Eingewöhnungsschwierigkeiten auf den neuen Arbeitsstellen. Erst im dritten Anlauf findet Frau Koch eine Ausbildungsstelle, die ihr zusagt. Sie schließt die Ausbildung mit dem Gesellenbrief ab und besucht nach einiger Zeit die Meisterschule in Nürnberg. In dieser Zeit zieht ihr Mann zurück nach Ostdeutschland, um dort als selbständiger Friseur zu arbeiten. Frau Koch bewirbt sich mit dem neu erworbenen Meistertitel

17 Zur Anonymisierung der Daten wurden die Personen umbenannt.

auf Geschäftsführerinnenstellen. Sie arbeitet in dieser Funktion vier Monate in einem Geschäft in Travemünde, danach in einem neu eröffneten Salon in Lübeck. Hier entsteht die Idee, sich selbstständig zu machen. In Hamburg findet Frau Koch dafür einen geeigneten Laden.

Frau Koch beurteilt ihre persönliche Entwicklung seit dem Umzug zwar positiv und beschreibt ihren beruflichen Werdegang als Karriere, sie betont aber gleichzeitig ihren hohen Arbeitsaufwand und geringen Verdienst als selbständige Friseurin. Als weitere Belastung nennt sie das erhebliche finanzielle Risiko. Frau Koch bedauert, daß mit ihrem beruflichen Engagement der familiäre und partnerschaftliche Bereich zunächst in den Hintergrund getreten sind.

Sie wünscht sich für die Bundesrepublik kostenlose und umfassende Kinderbetreuungsmöglichkeiten, wie sie es aus der DDR kennt, damit sie auch in Zukunft als Mutter weiter berufstätig sein könnte. Die Beziehung zu ihrem Ehemann ist zur Zeit des Interviews durch die räumliche Trennung sehr eingeschränkt. Sie sieht ihn etwa einmal im Monat.

Anke Schramm, 28 Jahre, Diplompädagogin:

*„Die Möglichkeit, hierher gekommen zu sein, und die Grenzöffnung waren für mich, sozusagen, nochmal ganz andere Schritte in die Welt zu tun. Also 'ne totale Horizonterweiterung. Also sozusagen mit einem Schlag eine viel, viel größere Zahl an Möglichkeiten der Lebensbewältigung zu haben. Also nicht mehr nur drei Auswahlmöglichkeiten, sondern jetzt 'ne wahnsinnige Auswahl. Und darin ist 'ne Chance, und das andere ist, daß natürlich die Auswahl auch zwingt, Entscheidungen zu treffen. Und das war nicht immer leicht, aus dieser Auswahl dann auch das Richtige zu wählen, und sich nicht zu verzetteln.“*

Frau Schramm ist aufgewachsen in einer brandenburgischen Kleinstadt. Ihr Vater war in der DDR Berufsoffizier (Zivilverteidigung), ihre Mutter Krippenerzieherin.

Frau Schramm absolvierte in Brandenburg ihr Abitur und zog dann nach Dresden, um dort Geschichte für das Lehramt in Verbindung mit Freundschaftspionierleitung<sup>18</sup> zu studieren. Nachdem sie einige Semester studiert hat, wird die deutsch-deutsche Grenze geöffnet. Im Rahmen des Einigungsprozesses wird schnell deutlich, daß es ihre Studienfächer in der alten Form zukünftig

nicht mehr geben wird. Da der Umstrukturierungsprozeß an der Universität in Dresden sehr langsam und mit vielen Unklarheiten vonstatten geht, beschließt Frau Schramm, in Hamburg Diplompädagogik zu studieren. Im Oktober 1991 zieht sie aus diesem Grund von Dresden nach Hamburg. Hier lebt sie zunächst in einer Wohngemeinschaft, später zieht sie mit ihrem Partner zusammen. Während des Studiums verbringt sie ein halbes Jahr in Irland. Zur Zeit des Interviews hat sie ihr Studium abgeschlossen und arbeitet in Süddeutschland in einem Projekt zur Organisation innerbetrieblicher Führungsstrukturen. Ihr Partner lebt zunächst weiter in der gemeinsamen Wohnung in Hamburg, sie sehen sich an den Wochenenden.

Frau Schramm beschreibt den politischen Umbruch für sich als „Lernfeld“. Sie hatte sich in der DDR weitgehend mit dem politischen System identifiziert und erlebte den Fall der Mauer und die unmittelbaren Folgen zunächst als „totalen Schock“. Inzwischen ist sie jedoch der Meinung, daß beide politischen Systeme Vor- und Nachteile mit sich bringen. Durch den politischen Umbruch haben sich für sie mehr Möglichkeiten eröffnet, es gibt aber auch mehr Unsicherheiten in ihrem Leben. Ihre persönliche Entwicklung beurteilt Frau Schramm letztlich doch positiv. Sie hat einen zufriedenstellenden Berufseinstieg gefunden und plant für das nächste Jahr ihre Hochzeit. Frau Schramm wünscht sich, eines Tages nach Ostdeutschland zurückzukehren, um ihre beruflichen Kenntnisse dort einzubringen.

Ines Flusser, 32 Jahre, Krankenschwester:

*„Also drüben war es so, daß du mit zwanzig Kinder haben mußt und Familie, und das war's dann.“*

Frau Flusser ist geboren und aufgewachsen in Dresden. Ihre Mutter arbeitet als Verkäuferin, ihr Vater ist Büroangestellter.

Frau Flusser erlernte nach dem Verlassen der Polytechnischen Oberschule in Dresden den Beruf der Krankenschwester. Während der Ausbildung heiratete sie und zog danach mit ihrem Mann nach Ostberlin. Die Ehe wurde nach kurzer Zeit geschieden und Frau Flusser beschloß, nach Westdeutschland zu ziehen, wo bereits ihre Schwester wohnte. Sie wünschte sich Reisefreiheit und einen höheren Lebensstandard. Bei Auslandsaufenthalten fühlte sie sich als DDR-Bürgerin als „Mensch zweiter Klasse“ behandelt.

Für Frau Flusser ergibt sich Anfang 1989 die Möglichkeit, über einen Besuchsantrag aus der DDR auszureisen. Sie lebt in Westdeutschland zunächst in einem kleinen Ort bei Köln in der Nähe ihrer

18 In diesem Fach wurden Studentinnen auf spätere Leitungsaufgaben bei den Jungen Pionieren vorbereitet.

Schwester und zieht nach einigen Jahren nach Hamburg, da sie das Leben in der Großstadt bevorzugt. Sie arbeitet hier als Anästhesieschwester auf der Intensivstation, eine Position, auf die sie sich durch betriebliche Fortbildungsangebote spezialisiert hat.

Frau Flusser lebt in Hamburg zunächst allein, lernt aber bald ihren späteren Mann kennen. Zur Zeit des Interviews lebt sie mit ihrem Ehemann in einer Wohnung, für die Zukunft wünscht sie sich Kinder. Frau Flusser ist, wie sie es nennt, nicht „karrieresüchtig“, möchte aber nach einer eventuellen Unterbrechung der Berufstätigkeit für die Kinderbetreuung wieder erwerbstätig sein.

Sie beurteilt ihre persönliche Entwicklung nach dem Fortgang aus der DDR als positiv, glaubt aber, daß sich die Situation für Frauen seit der Grenzöffnung insgesamt verschlechtert habe. Besonders alleinerziehende Frauen mit Kindern leben ihrer Meinung nach gegenwärtig am Existenzminimum.

#### IV. Positive und negative Erlebnisbereiche in beiden politischen Systemen

Durch die Grenzöffnung und den Umzug ergaben sich für die Frauen neue Chancen der Lebensgestaltung, aber auch neue Risiken und Unsicherheiten. Die Frauen beurteilen die politische Wende und die damit für sie verbundenen Veränderungen der Lebensverhältnisse in der Summe weitgehend positiv. Dennoch hatte das Leben in der DDR wie auch in der Bundesrepublik für alle Frauen positive und negative Aspekte, die im folgenden fallübergreifend zusammengefaßt werden.

Das *Leben in der DDR* zeichnete sich einerseits durch eine Stabilität der Lebensperspektiven aus, wurde andererseits aber auch durch Zwänge, bedingt durch das Herrschaftssystem, reglementiert. Als positive Erlebnisbereiche wurden vor allem Aspekte der sozialen Sicherheit genannt, wie z.B. eine lebenslange Arbeitsplatzgarantie und die Vollversorgung mit staatlich finanzierten Kinderkrippen-, Kindergarten- und Hortplätzen. Dadurch ergab sich eine gute Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Familie – ein Tatbestand, der von den Frauen positiv hervorgehoben wird. Berufstätig zu sein ist auch für das gegenwärtige Selbstbild der Interviewpartnerinnen wichtig.

Als negativ wurden vor allem die staatlichen Repressionen und politisch motivierte staatliche

Reglementierungen z. B. im Bildungs- und Berufssystem der DDR empfunden. Der Zugang zu Ausbildungsplätzen und vor allem zu Abitur und Studium war abhängig von informellen Beziehungen und politischer Loyalität. So war mehreren Interviewpartnerinnen der Weg zum Abitur von vornherein versperrt – z.B. aufgrund einer Kirchenmitgliedschaft –, ein Umstand, der als Ungerechtigkeit und als Willkür empfunden wurde. Je höher der angestrebte berufliche Status, desto wichtiger und unentbehrlicher wurde die Parteimitgliedschaft in der SED oder zumindest in einer der Blockparteien.

Darüber hinaus kritisieren die Befragten auch die fehlende Medienvielfalt und unzureichende Reisefreiheit. Im Vergleich zum Leben in der Bundesrepublik gab es nach Ansicht der interviewten Frauen in der DDR weniger Wahlfreiheiten in bezug auf die Gestaltung des eigenen Lebensweges. Die Vereinbarung von (früher) Mutterschaft und Erwerbstätigkeit wurde sozialpolitisch forciert und war zusätzlich als gesellschaftliche Norm verankert<sup>19</sup>: „*Gut, man mußte wieder arbeiten, ... also die Möglichkeit, daß man sagen konnte, ich bleibe jetzt aber Zuhause und ziehe meine Kinder groß, das war 'ne Sache, die haben sich ganz wenige nur geleistet, weil man wußte, man wurde auch ein bißchen scheel angeschaut*“ (Bibliothekarin, 32 J.). Die Familie hatte auch unabhängig von politischen Leitbildern in der DDR einen hohen Stellenwert, da in diesem Rahmen private Netzwerke geschaffen wurden, auf die der Staat keinen Zugriff hatte.

Das *Leben in der Bundesrepublik* wird zunächst durch einen Zuwachs von Entscheidungsspielräumen charakterisiert: „*Vorher war der Lebensweg so geplant, und dann konnte man auf einmal frei entscheiden, was man machen wollte, das war für mich nur positiv*“ (Friseurmeisterin, 26 J.). Die Frauen begrüßen die inhaltliche Vielfalt beruflicher Möglichkeiten – der berufliche Status der Mehrzahl der Frauen hat sich seit dem Umzug verbessert –, gleichzeitig wird jedoch festgestellt, daß es in Westdeutschland schwieriger ist, in Führungspositionen zu gelangen.

Die neuen Freiheiten bringen jedoch auch neue Risiken mit sich: Angst vor Arbeitslosigkeit und dem damit verbundenen sozialen Abstieg werden von der Mehrzahl der Frauen in den Interviews thematisiert.

Auffällig ist eine nach wie vor starke Familienorientierung der Frauen. Alle befragten Frauen

19 Siehe auch das Zitat im Kurzprofil Flusser.

wünschen sich für die Zukunft Kinder<sup>20</sup>, jedoch erst, wenn sich ihre berufliche Lage stabilisiert habe und ausschließlich im Rahmen einer festen Partnerschaft oder Ehe. Sie wären dann bereit, ihr berufliches Engagement vorübergehend zurückzustellen und vermehrt für Kinder und Familie zu sorgen. Alle möchten jedoch nach einer gewissen Zeit auch wieder berufstätig sein. Die Vorstellung, alleinerziehende Mutter zu sein, ist für keine der Frauen erstrebenswert und löst existentielle Ängste aus: „Ich möchte auch mal ein Kind, aber es ist wirklich also die Existenzangst da. Den Job zu verlieren. Oder Geld... Tagesmutter, das ist alles teuer, ne. Aber ich denk' mal, mit 32 kann man da noch hoffen“ (kaufmännische Angestellte, 32 J.). Unter den Rahmenbedingungen in Westdeutschland ist der Kinderwunsch nicht zuletzt aus ökonomischen Gründen an eine stabile Partnerschaft gebunden.

Die Interviewpartnerinnen schreiben sich qua Geschlecht in erster Linie selbst die zukünftige Aufgabe oder zumindest die Organisation der Kinderbetreuung zu, nur eine von zehn Frauen sieht den Partner in diesem Bereich als in gleichem Maße zuständig. Die Entwicklung zur „Karrierefrau“ oder „Hausfrau“ kann unter diesen Umständen in der Bundesrepublik leicht zur Grundsatzentscheidung werden, da aufgrund der unzureichenden bzw. privat zu finanzierenden Kinderbetreuungsmöglichkeiten die Berufstätigkeit von Frauen mit kleinen Kindern erschwert wird. Berufliche und familiäre Pläne werden in der Bundesrepublik daher eher *nacheinander* verwirklicht, während junge Frauen in der DDR vielfach bereits in der Ausbildungsphase ihr erstes Kind bekamen<sup>21</sup>. Alle befragten Frauen sind entsprechend der weiblichen Normalbiographie in der DDR gleichzeitig familien- und berufsorientiert, die Durchsetzung dieser Doppelorientierung gestaltet sich aber in der Bundesrepublik schwierig.

---

## V. Individualisierungsprozesse im Zuge der deutschen Einigung

---

Die Ergebnisse der Untersuchung sind in weiten Teilen mit der Individualisierungsthese von Ulrich

20 Eine Frau war zum Zeitpunkt des Interviews schwanger, eine andere hatte ein zweijähriges Kind.

21 So bekamen in der DDR ca. ein Drittel der Studentinnen während ihres Studiums ein Kind. Das durchschnittliche Heiratsalter lag 1989 in der DDR bei 22,6 Jahren, in der Bundesrepublik bei 25,5 Jahren.

Beck und Elisabeth Beck-Gernsheim zu vereinbaren. Die Einschätzung, daß die Grenzöffnung eine Freisetzung aus traditionellen Vorgaben bewirkt hat und sich neue Möglichkeiten der Lebensgestaltung eröffneten, zieht sich fallübergreifend durch die Interviews: „Man kann sein Leben anders in die Hand nehmen“, „ein bunteres Leben führen“, „man hat mehr Möglichkeiten, die Freiheiten sind anders.“

Es gibt jedoch auch neue Risiken, die das Handeln der Frauen mitbestimmen: das Problem der drohenden Arbeitslosigkeit und existentielle Ängste aufgrund der im Vergleich zur DDR weniger umfassenden sozialen Absicherung durch den Staat.

Durch die Grenzöffnung und den Umzug vollzieht sich für die Frauen tendenziell ein Wandel von der Normal- zur Bastelbiographie. Der in der DDR verbreitete Lebensentwurf von früher Familiengründung und paralleler lebenslanger Erwerbstätigkeit ist in Westdeutschland schwieriger zu verwirklichen; außerdem gewinnen auch andere Lebensformen im jungen Erwachsenenalter an Attraktivität, wie zum Beispiel allein oder in einer Wohngemeinschaft zu leben. Diese Lebensformen waren in der DDR weniger verbreitet, da Wohnungen bevorzugt an Familien oder Paare vergeben wurden. Es kommt in der Bundesrepublik im Vergleich zur DDR also zu einer stärkeren Pluralisierung von Lebensformen in dieser Altersgruppe.

In den Interviews zeigt sich, daß der Arbeitsmarkt als Motor von Individualisierungsprozessen wirkt und die Biographien gleichzeitig auf eine neue Weise standardisiert. Beruf und Ausbildung haben im Leben der jungen Frauen zunächst Priorität, um die Gefahr der Arbeitslosigkeit möglichst gering zu halten. Die gegenwärtige Situation auf dem Arbeitsmarkt erfordert nicht selten Wohnortwechsel für eine Stelle oder einen Ausbildungsplatz. Die geographische Mobilität trennt die Frauen wiederum von ihren Partnern und erschwert bzw. verzögert die angestrebte Familiengründung. Die Mehrzahl der Frauen vermutet, daß sie bereits ein Kind hätten, wenn die DDR weiter fortbestanden hätte.

In bezug auf Geschlechterverhältnisse und Familienstrukturen sind die Individualisierungsprozesse jedoch widersprüchlich. Hier kommt es in der Bundesrepublik nicht nur zu Freisetzungen, sondern teilweise auch zu Rückbindungen an traditionelle Familienformen. Einerseits wird das junge Erwachsenenalter in der Bundesrepublik zu einer eigenen Lebensphase mit vielfältigen Optionen jenseits von Familienplanung. Insofern sind die

Frauen aus den früheren Geschlechtszuweisungen in der DDR freigesetzt, die mehr oder weniger normative Wirkung hatten. Andererseits wünschen sich längerfristig alle befragten Frauen eine Familie mit Kindern oder schließen dies für sich zumindest nicht aus. Unter den Rahmenbedingungen der Bundesrepublik soll der Kinderwunsch aber nur innerhalb einer festen Partnerschaft verwirklicht werden, außerdem sollte die finanzielle Absicherung der Familie gegeben sein. Diese Aussagen weisen auf eine eingeschränkte Wahlfreiheit bezüglich der Realisation des Kinderwunsches in der Bundesrepublik hin. Außerdem zeichnet sich über die Realisation des Kinderwunsches eine Rückbindung an die traditionale Form der Familie als Wirtschaftsgemeinschaft ab, da die Frauen in erster Linie sich selbst die Aufgabe der Kinderbetreuung zuschreiben und in dieser Zeit bereit wären, ihre Berufstätigkeit vorübergehend aussetzen oder zeitlich zu reduzieren. Die daraus resultierenden schlechteren beruflichen Chancen und die ökonomische Abhängigkeit vom Partner werden dabei wenig reflektiert. Einige der Frauen wünschen sich zwar mehr staatlich finanzierte Kinderbetreuungsmaßnahmen, letztlich wird jedoch die Organisation der Kinderbetreuung als individuelles und nicht als institutionelles Problem gesehen.

---

## VI. Fazit

---

Die Grenzöffnung wurde von den befragten Frauen vor allem als Zugewinn an Freiheit in vielen Bereichen erfahren. Dennoch gibt es auch Momente der positiven Rückbesinnung auf Lebensbereiche in der DDR. Auffällig ist vor allem die Doppelorientierung der Frauen auf Beruf und Familie – zwei Lebensbereiche, die in

der DDR durch eine Vollversorgung mit staatlich finanzierten Kinderbetreuungsmöglichkeiten relativ gut zu vereinbaren waren. Die in der DDR sozialisierten Frauen möchten auch in Zukunft auf keinen dieser Lebensbereiche verzichten; es zeigt sich aber, daß berufliches Engagement und die Phase der Familiengründung unter den Systembedingungen in der Bundesrepublik nur schwer zu koordinieren sind.

Es sind also politische und betriebliche Maßnahmen angezeigt, die es Frauen und Männern erlauben, berufliches und familiäres Engagement in Zukunft besser miteinander zu vereinbaren. Anzustreben sind zum Beispiel flexiblere Arbeitszeitmodelle, so daß Erwerbs- und Hausarbeit besser aufgeteilt werden können und die Eltern dennoch mehr Zeit mit ihren Kindern verbringen, als dies in der DDR möglich war. Außerdem sind umfassendere und auch mit geringen Einkommen finanzierbare Kinderbetreuungsmöglichkeiten erforderlich, so daß gegebenenfalls ein Kinderwunsch auch jenseits der finanziellen Absicherung im Rahmen einer Ehe verwirklicht werden kann.

Die von Elisabeth Beck-Gernsheim 1984 gestellte Forderung nach einer „Politik der neuen Väterlichkeit“<sup>22</sup> ist nach wie vor aktuell. Noch immer wird Frauen wie selbstverständlich der Bereich der Familie und das damit verbundene Vereinbarkeitsproblem zwischen beruflichem und familiärem Bereich zugeordnet. Haben sich Frauen mit der Beteiligung am Erwerbsleben Elemente vormals männlicher Biographiemuster angeeignet, so gibt es nach wie vor nur wenige Männer, die im Gegenzug ein Stück vom „Dasein für andere“<sup>23</sup> übernehmen.

22 E. Beck-Gernsheim (Anm. 15).

23 Vgl. dies., Vom „Dasein für andere“ zum Anspruch auf ein Stück „eigenes Leben“. Individualisierungsprozesse im weiblichen Lebenszusammenhang, in: Soziale Welt, 34 (1983) 3, S. 307–340.

## Sozialprofil und Einstellungen der Mitglieder von Parteien in Ostdeutschland am Beispiel Sachsen-Anhalts

### I. Einleitung: Parteien in Ostdeutschland – angepaßt oder eigenständig?

Die Frage, welche Folgen die Vereinigung für das deutsche Parteiensystem (gehabt) hat, bleibt auch am Ende des ersten Jahrzehnts seit dem Einigungsjahr 1990 aktuell. Während die Gemeinsamkeiten zwischen Ost- und Westparteien gewöhnlich als das Ergebnis einer geräuschlosen Assimilierung der 1989/90 aufkeimenden Parteikerne sowie der von der DDR hinterlassenen Blockparteien – der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands (DBD), der Christlich Demokratischen Union (CDU), der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands (LDPD) und der National-Demokratischen Partei Deutschlands (NDPD) – an das westdeutsch geprägte Parteiengefüge gedeutet werden, sind andererseits fortdauernde Eigenheiten ostdeutscher Landesparteien erkennbar, wie zum Beispiel ihre überwiegend relativ schmalen Mitgliederbestände, aber auch latente Konflikte zwischen Alt- und Neumitgliedern. Andere Unterschiede, die etwa auf ein anderes Politikverständnis abheben, beruhen weithin auf Vermutungen.

Solche Eigenheiten spiegeln einesteils organisatorische Weichenstellungen und politische Erfahrungen der Situation der Wende wider. Anderenteils haben sie sich aber auch erst später ausgeformt. Wollte man diese Eigenheiten ostdeutscher Landesparteien (worunter wir im folgenden die PDS und die ostdeutschen Landesverbände der anderen bundesweit vertretenen Parteien rechnen) pauschal zu „Abweichungen“ erklären, würde man weder der Wirklichkeit des Parteiengefüges in den neuen Bundesländern noch der Entwicklungsdynamik des gesamtdeutschen Parteiensystems gerecht. Denn einesteils sind ostdeutsche Landesparteien, wie wir im folgenden zeigen können, nicht lediglich bloße Nachbildungen des westdeutschen Referenzmodells. Zum anderen wird häufig übersehen, daß eben dieses westdeutsche Parteiensystem seit längerem einem Strukturwandel unterliegt, der unter Stichworten wie „Erosion

der Traditionsmilieus“<sup>1</sup> und „Krise der Volksparteien“ diskutiert wird und durch die Einigung keineswegs zum Stillstand gekommen ist. Es ist also nicht von vornherein auszuschließen, daß das westdeutsche Modell sich im Zuge seiner Erweiterung nach Ostdeutschland und in seiner neuen Gestalt als gesamtdeutsches Parteiensystem substantiell verändert hat.

Diese Annahme einer „Differenz in der Einheit“ wird sowohl durch Analysen des Wählerverhaltens<sup>2</sup> als auch durch vergleichende Auswertungen der Wahlprogramme der Bundestagsparteien<sup>3</sup> gestützt.

So zeigt ein Blick auf die zahlenmäßigen Stärkeverhältnisse im Zeitverlauf seit 1990, daß die ostdeutschen Zweigorganisationen den Trend einer insgesamt rückläufigen bzw. neuerdings stagnierenden Mitgliederbewegung mit entweder über- oder unterdurchschnittlichen Abweichungen mitvollzogen haben (Tabellen 1 bis 3). Hinlänglich bekannt ist auch, daß die ostdeutschen Parteien, mit Ausnahme der PDS, aufgrund ihres sehr viel geringeren Mitgliederaufkommens gesellschaftlich nur schwach verankert sind. Dies wird gemeinhin zu Recht als Einschränkung des politischen Aktionsradius gedeutet. Doch könnte sich ja gerade die „schlanke“ Parteiorganisation im Osten Deutschlands aus Mitgliedern mit speziellen sozialen Merkmalen und speziellen Einstellungen rekrutieren.

1 Vgl. Franz Urban Pappi, Sozialstruktur, gesellschaftliche Wertorientierungen und Wahlabsicht, in: Politische Vierteljahresschrift (PVS), 18 (1977), S. 195 ff.; Franz Urban Pappi/Michael Terwey, The German Electorate: Old Cleavages and New Political Conflicts, in: Herbert Döring/Gordon Smith (Hrsg.), Party Government and Political Culture in West Germany, London 1982, S. 174 ff.; Steffen M. Kühnel/Michael Terwey, Einflüsse sozialer Konfliktlinien auf das Wahlverhalten im gegenwärtigen Vierparteiensystem der Bundesrepublik, in: Walter Müller/Peter Ph. Mohler/Eberhard Erbslöh/Martina Wasmer (Hrsg.), Blickpunkt Gesellschaft, Opladen 1990, S. 63 ff.

2 Vgl. hierzu die Bundestagswahl-Analysen der Forschungsgruppe Wahlen für 1990 (FGW-Bericht 61), 1994 (FGW-Bericht 76) und 1998 (FGW-Bericht 91).

3 Vgl. Andrea Volkens, Parteiprogramme und Polarisierung, in: Oskar Niedermayer (Hrsg.), Intermediäre Strukturen in Ostdeutschland, Opladen 1997, S. 215 ff.

**Tabelle 1: Parteimitglieder in Westdeutschland (1990–1998)**

	B'90/Grüne	SPD	FDP	CDU
1990	40 049	911 583	71 368	655 200
1991	37 533	890 287	77 566	641 454
1992	35 439	860 214	66 283	619 579
1993	37 061	835 480	65 423	601 549
1994	41 403	821 649	61 929	593 697
1995	43 583	790 473	58 693	585 839
1996	45 281	766 934	56 228	584 459
1997	46 031	750 458	53 174	568 927
1998	46 878	746 935	48 924	564 723

Quelle: Alle Angaben: Bundesgeschäftsstellen der Parteien, Dezember 1998.

**Tabelle 2: Parteimitglieder in Ostdeutschland (1990–1998)**

	B'90/Grüne	SPD	FDP	CDU	PDS
1990	1 267	24 399	113 978	134 409	283 882
1991	1 340	27 214	90 600	111 248	170 000
1992	881	25 744	33 323	94 267	146 086
1993	2 700	26 000	38 184	91 327	130 530
1994	2 796	27 725	29 141	87 271	121 848
1995	2 827	27 177	24 569	71 804	101 033
1996	2 753	26 863	21 212	65 923	102 976
1997	2 949	27 441	16 213	67 703	96 097
1998	3 150	27 527	15 590	61 046	98 000

Quelle: Alle Angaben: Bundesgeschäftsstellen der Parteien, Dezember 1998.

**Tabelle 3: Parteimitglieder in Sachsen-Anhalt (1990–1998)**

	B'90/Grüne	SPD	FDP	CDU	PDS
1990	304	5 184	24 171	26 120	43 000
1991	300	6 897	14 289	22 224	35 019
1992	209	5 300	8 394	18 636	20 984
1993	330	5 255	7 798	16 595	20 498
1994	480	6 120	6 340	15 889	19 211
1995	483	6 165	5 146	14 894	18 270
1996	495	5 966	4 200	12 567	15 726
1997	523	5 960	3 930	12 455	13 861
1998	555	6 100	3 500	12 000	13 000

Quelle: Alle Angaben: Bundesgeschäftsstellen der Parteien, Dezember 1998.

Die Annahme eines eigenständigen Entwicklungspfad ostdeutscher Parteien wird auch durch die nachfolgend vorgestellten, ausgewählten empirischen Daten einer repräsentativen Befragung der Parteimitglieder in Sachsen-Anhalt vom Sommer 1998 bestätigt<sup>4</sup>. Dabei interessierten, neben vielem anderem, folgende Fragen: Welche sozialen Merk-

male weisen ostdeutsche Parteimitglieder auf? Weicht ihr Sozialprofil deutlich ab von der Bevölkerung Ostdeutschlands wie auch von der sozialen Zusammensetzung der Bundesparteien? Sind die sozialen und mentalen Bruchlinien, die in den Nachfolgeorganisationen von SED und Blockparteien Altmitglieder und Neumitglieder trennen und teilweise entzweien, nach wie vor strukturprägend? Treten in den Einstellungen, welche die Parteigenerationen der vor und nach der Wende beigetretenen kennzeichnen, Brüche auf? Wie bestimmen Ost-Parteimitglieder im neuen System auf der Links-Rechts-Skala ihren eigenen politi-

4 Die Befragung umfaßte alle Parteien des Landes, die während der ersten Wahlperiode im Landtag von Sachsen-Anhalt vertreten waren. Befragt wurden, mit freundlicher Unterstützung der Landesparteien, jeweils 1 000 Mitglieder, die über eine nach Geschlecht geschichtete Zufallsauswahl in den Mitgliederdateien der Parteien gezogen wurden. Bei Bündnis 90/Die Grünen wurde eine Vollerhebung (494 Fälle) vorgenommen. Die Befragung erfolgte schriftlich und standardisiert. Der Rücklauf betrug von Ende Mai bis Mitte August 1998 insgesamt 43,16 Prozent (bereinigt), davon bei der

CDU 32 Prozent, SPD 42,4 Prozent, PDS 58,5 Prozent, FDP 32,6 Prozent und B'90/Grüne 57,8 Prozent (jeweils gerundet).

schen Standort? Wie politisch aktiv sind sie in ihren heutigen Parteien?

Ostdeutsche Parteien sind, in diese Richtung weisen die bisher vorliegenden empirischen Befunde, in ihrem Mitgliederprofil jünger, „säkularer“, d. h. weniger konfessionszugehörig und kirchlich geprägt, und deutlich weniger als im Westen in den Sozialgruppen historisch gewachsener Traditionsmilieus verankert (die PDS ist auch hier die Ausnahme)<sup>5</sup>. Immerhin gibt es Hinweise darauf, daß sich in den Mitgliederprofilen ostdeutscher Landesparteien auch Ähnlichkeiten mit den aus westlicher Sicht gewohnten Strukturmustern auszubilden beginnen<sup>6</sup>. Hier lauten die Fragen: Inwieweit sind die ostdeutschen Parteien dabei, eine Angleichung an sozialstrukturelle Mitgliederverteilungen nachzuholen, die sich in Westdeutschland seit längerem auflockern bzw. aufzulösen beginnen? Und wenn andererseits jene in der Gesellschaft stabil verankerten Werthaltungen, die in Westdeutschland – wengleich mit schwindender Prägekraft – immer noch feste Parteiloyalitäten reproduzieren, in Ostdeutschland nicht vorhanden sind: Welche Beitrittsmotive äußern ostdeutsche Parteimitglieder? Bildet sich eine Bindung aus, die wir altertümlich Parteitreu nennen? Über solche und andere von ostdeutschen Parteimitgliedern gehegten *Einstellungen*, die sich ja nicht aus der sozialen Komposition der Mitgliederschaften einfach ableiten lassen, wußten wir bislang relativ wenig<sup>7</sup>.

## II. Sozialstrukturelle Merkmale der Parteimitglieder in Sachsen-Anhalt

*Alter:* In allen Parteien des Landes Sachsen-Anhalt, die PDS ausgenommen, dominieren die mittleren Altersklassen. Jeweils über 70 Prozent der Mitglieder der Bündnisgrünen, der CDU, der FDP und der SPD gehören der Altersgruppe der 30- bis 60jährigen an (Tabelle 4). Damit wird der gesamtdeutsche Vergleichswert (78 Prozent) leicht

5 Dies belegen insbesondere erste publizierte Ergebnisse der sächsischen Parteien-Studie 1993/94. Vgl. Werner Patzelt/Karin Algasinger, Das Parteiensystem Sachsens, in: O. Niedermayer (Anm. 3); ferner Bernhard Boll, Das Parteiensystem Sachsen-Anhalts, in: O. Niedermayer (Anm. 3), S. 263f., sowie Oscar W. Gabriel/Oskar Niedermayer, Entwicklung und Sozialstruktur der Parteimitgliederschaften, in: O. Niedermayer (Anm. 3), S. 277 ff.

6 Vgl. W. Patzelt/K. Algasinger (Anm. 5), S. 259.

7 Das lfd. Thüringer Parteienprojekt (Karl Schmitt, Univ. Jena) dürfte demnächst Ergebnisse vorlegen, die einen inter-regionalen Vergleich möglich machen.

unterschritten<sup>8</sup>. Bezieht man die PDS mit ein, geht der Anteil der 30- bis 60jährigen Parteimitglieder auf etwas mehr als die Hälfte zurück. Außer der immer noch relativ hohen Mitgliederzahl macht deren Altersverteilung das besondere sozialstrukturelle Profil der PDS aus. Auch in Sachsen-Anhalt ist sie eine stark überalterte Partei: Knapp drei Viertel ihrer Mitglieder sind über 60 Jahre alt, alle anderen Jahrgänge sind im Vergleich sowohl zu den anderen Parteien als auch zur wahlberechtigten Bevölkerung des Landes deutlich unterrepräsentiert. Die Bündnisgrünen hingegen haben die mit Abstand jüngste Mitgliederschaft. Mehr als die Hälfte ihrer Mitglieder ist jünger als 40 Jahre. Auch bei den 40- bis 50jährigen sind sie, verglichen mit der wahlberechtigten Bevölkerung, überrepräsentiert (28,61 Prozent : 18,10 Prozent). Die Altersstruktur der drei übrigen Parteien ist relativ ähnlich und entspricht in etwa der altersmäßigen Zusammensetzung der Bundesparteien.

*Geschlecht:* Die PDS weist klar den höchsten Frauenanteil unter allen Parteien auf. Aber auch hier liegt in fast allen Altersgruppen der Mitglieder der Frauenanteil zum Teil weit unter dem der Männer. Nur bei den bis zu 40jährigen überwiegen weibliche Mitglieder mit zwei Dritteln. Allerdings muß hier der geringe Anteil (knapp fünf Prozent) bedacht werden. Da die Mitglieder der PDS bekanntlich überwiegend aus der ehemaligen SED stammen<sup>9</sup>, schreiben sich, analog zur Altersstruktur, auch bei der Geschlechterverteilung übernommene SED-Strukturmerkmale erkennbar fort. Die übrigen Parteien des Landes sind in der Mitgliederschaft in besonders hohem Ausmaß männlich geprägt: Frauen stellen lediglich ein knappes Drittel aller Parteimitglieder in Sachsen-Anhalt, womit die jeweiligen Bundesanteile unterschritten werden<sup>10</sup>. Bemerkenswerterweise liegt sowohl bei der SPD als auch bei Bündnis 90/Die Grünen der Frauenanteil rund 10 Prozent unter den Bundeswerten. In Sachsen-Anhalts SPD ist nur jedes vierte Mitglied eine Frau. Damit bilden die Sozialdemokraten zusammen mit den Liberalen das regionale Schlußlicht.

*Bildung:* Eine gängige partizipationstheoretische Annahme lautet, daß sich Parteimitglieder von Nichtmitgliedern unter anderem durch die ihnen verfügbaren Bildungsressourcen unterscheiden<sup>11</sup>. Bei den Angaben zum höchsten erworbenen Bil-

8 Vgl. O. W. Gabriel/O. Niedermayer (Anm. 5), S. 294.

9 Bei der PDS gaben 91,8 Prozent der Befragten an, vor 1990 beigetreten zu sein.

10 Vgl. O. W. Gabriel/O. Niedermayer (Anm. 5), S. 296.

11 Vgl. ebd., S. 289.

**Tabelle 4: Altersstruktur der Parteimitglieder in Sachsen-Anhalt und der wahlberechtigten Bevölkerung des Landes (Angaben in Prozent)**

Alter	B90/Gr	CDU	FDP	PDS	SPD	wahlber. Bevölkerung*
bis 30 J.	18,7	3,8	3,7	1,4	6,5	17,7
31–40 J.	34,4	15,4	14,9	5,3	18,4	20,0
41–50 J.	28,6	27,2	29,8	11,4	28,7	18,1
51–60 J.	12,3	25,6	28,0	10,6	29,1	16,4
61 – u. älter	6,1	28,0	23,7	71,4	17,3	27,8

\* vom 31. 12. 1997

Quellen: Auskunft der Landesparteien und Angaben des Statistisches Landesamtes des Landes Sachsen-Anhalt.

dungsabschluß ist das auffälligste Merkmal, daß – alle Parteien zusammengenommen – bei Mitgliedern der Anteil der (Fach-)Hochschulabsolventen über 60 Prozent ausmacht. In jeder Partei hat mindestens jedes zweite Mitglied ein abgeschlossenes Universitäts- oder Fachschulstudium, bei Bündnis 90/Die Grünen haben sogar mehr als zwei Drittel der Mitglieder einen entsprechenden Abschluß. Gemessen an der Bevölkerung des Landes sind die höchsten Bildungsabschlüsse bei Parteimitgliedern klar überrepräsentiert, denn landesweit weisen nur knapp 40 Prozent der Bewohner einen solchen Bildungsgrad auf<sup>12</sup>. Folgerichtig sind unter den Parteimitgliedern Sachsen-Anhalts die niedrigen und mittleren Bildungsabschlüsse unterdurchschnittlich vertreten. Während zwei Drittel der Bevölkerung die Schullaufbahn auf der Polytechnischen Oberschule (POS) nach der 8. oder 9. Klasse (bzw. früher, d.h. vergleichbar mit dem Hauptschulabschluß) oder nach der 10. Klasse (vergleichbar mit der mittleren Reife) beendete, hat nur jedes vierte Parteimitglied einen dieser Schulabschlüsse. Lediglich in der stark überalterten PDS ist die Zahl derjenigen Mitglieder, die den untersten Schulabschluß haben, größer. In der SPD (23,6 Prozent) und CDU (19,4 Prozent) fällt andererseits der Anteil der Absolventen der 10. Klasse der POS (mittlere Reife) höher aus als in den anderen Parteien (Tabelle 5).

*Status im Erwerbsleben:* Die Altersstruktur der Parteien spiegelt sich in der Verteilung des Beschäftigtenstatus wider. In Ausbildung stehende bzw. Wehr- oder Zivildienst leistende Parteimitglieder sind relativ häufig bei den Bündnisgrünen anzutreffen. Rentner hingegen machen dort nur fünf Prozent aus. Ganz anders das Bild bei der PDS: Hier stellen vor allem Rentner mit über 70 Prozent der Befragten das Gros der Parteimit-

glieder. Bei den drei anderen Parteien ist der Anteil der Rentner mit Raten zwischen rd. 23 Prozent und rd. 29 Prozent etwa gleich groß. Betrachtet man die Anteile der Beschäftigten unter den Mitgliedern von Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP und SPD, dann ändert sich das einheitliche Bild: Gegen 80 Prozent der Bündnisgrünen sind in einem Beschäftigungsverhältnis; bei der FDP sind es 70 Prozent, gefolgt von den Mitgliedern der SPD (64,5 Prozent) und der CDU (60,8 Prozent). Teilzeitbeschäftigte sind, ebenso wie im zweiten Arbeitsmarkt Tätige, kaum vertreten (Tabelle 5).

Anders als in der Bevölkerung Sachsen-Anhalts, wo zum Zeitpunkt der Befragung rund 21 Prozent aller abhängigen zivilen Erwerbspersonen (d.h. ohne Bundeswehr) arbeitslos waren<sup>13</sup>, ist Arbeitslosigkeit kein prägendes Strukturmerkmal der Parteimitglieder. Insgesamt nur knapp sieben Prozent aller Befragten gaben an, arbeitslos zu sein. Am häufigsten waren dies Mitglieder von SPD und CDU, am seltensten FDP-Mitglieder (3,5 Prozent). Verglichen mit den Daten des Arbeitsmarkt-Monitors, ist auch die Beschäftigtenquote unter Parteimitgliedern höher als in der Bevölkerung des Landes.

*Berufsgruppenzugehörigkeit:* In der Berufsgruppenstruktur zeigen sich für Sachsen-Anhalts Parteimitglieder deutliche Parallelen zu Westdeutschland. Rund ein Viertel der FDP-Mitglieder sind selbständig bzw. freiberuflich tätig. Landwirte stellen mit weniger als zwei Prozent insgesamt die kleinste Berufsgruppe unter den Parteimitgliedern, aber jeder zweite davon besitzt das Mitgliedsbuch der CDU. Alle Parteien haben ihre Mitgliederschwerpunkte in den Dienstleistungsbereichen. An- und ungelernete Arbeiter sind im Vergleich zur Bevölkerung ausnahmslos klar unterrepräsentiert (1,8 Prozent). PDS und SPD haben zwar noch die stärksten Kontingente an Arbeitern,

12 Vgl. Arbeitsmarkt-Monitor Sachsen-Anhalt 1997. Eine detaillierte Beschreibung des Arbeitsmarktmonitors Sachsen-Anhalt findet sich bei Bettina Wiener, Arbeitsmarktdaten Sachsen-Anhalt. Wegweiser zu den Arbeitsmarktdaten Sachsen-Anhalt. Forschungsbeiträge zum Arbeitsmarkt in Sachsen-Anhalt, Bd. 8, Magdeburg 1995.

13 Die Zahl der abhängig zivilen Erwerbspersonen ergibt sich aus den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, gering Verdienenden, Beamten und arbeitslos Gemeldeten.

**Tabelle 5: Sozioökonomische Struktur der Parteimitglieder Sachsen-Anhalts und der wahlberechtigten Bevölkerung des Landes (Angaben in Prozent)**

	B90/Gr	CDU	FDP	PDS	SPD	alle Parteien	Landesbevölkerung*
<b>Bildungsniveau<sup>14-15</sup></b>							
Hauptschule	1,2	13,7	8,5	23,0	10,7	12,9	17,2
Realschule	15,6	22,5	13,7	11,5	25,3	17,5	47,6
Abitur	11,6	5,8	5,5	0,8	5,4	5,1	28,2
Studium	71,7	58,0	72,3	64,6	58,7	64,6	20,9
<b>Erwerbsstatus</b>							
erwerbstätig	77,1	60,8	70,1	21,3	64,5	53,5	58,4
arbeitslos	7,1	8,7	3,5	5,7	8,8	6,7	15,8
Rentner	5,1	29,3	25,2	71,1	23,3	36,6	10,6
sonstiges	9,7	1,3	1,3	1,8	3,4	3,2	12,0
<b>Berufsgruppenzugehörigkeit</b>							
Arbeiter	5,3	11,7	5,0	19,6	18,1	11,6	33,9
Angestellte u. Beamte	70,5	60,9	68,5	67,0	64,9	66,3	59,8
Selbständige u. Freiberufler	18,9	21,4	24,7	11,6	14,6	18,7	5,7
Landwirte	2,1	4,3	0,5	0,0	0,4	1,4	0,4

\* Angaben laut Arbeitsmarkt-Monitor Sachsen-Anhalt 1997; \*\* höchster formaler Bildungsabschluß.

Quelle: Eigene Befragung.

aber auch hier erreichen diese nur Anteile von 19,6 Prozent bzw. 18,1 Prozent. Auch die traditionellen Linksparteien sind im ostdeutschen Bundesland Sachsen-Anhalt also keine Arbeiterparteien mehr. Dies erklärt sich zum einen aus nachwirkenden Strukturen der SED-Staatlichkeit: Ein Arbeiter-Traditionsmilieu hat die DDR-Zeit nicht überdauern können, weil einerseits die Abgrenzung gegenüber anderen „Werkstätigen“ fehlte und andererseits jedwede freie gewerkschaftliche Interessenvertretung unterdrückt worden war<sup>14</sup>. Gleichwohl ordnet sich rund ein Drittel der Sachsen-Anhalter selbst in die Gruppe der Arbeiter ein<sup>15</sup>. Die starke Unterrepräsentation der Arbeiter bei Parteimitgliedern weist folglich zum anderen auf eine spezifische Rekrutierungsschwäche ostdeutscher Parteien, insbesondere der SPD, hin.

In allen Parteien stellt der neue Mittelstand (Angestellte in Privatwirtschaft und öffentlichem Dienst sowie Beamte) mit insgesamt gut 65 Prozent einen etwas höheren Anteil als in der Erwerbsbevölkerung des Landes (Tabelle 5). Dem öffentlichen Dienst gehört etwa jedes dritte befragte Parteimitglied an. Das übersteigt den

Anteil, den diese Statusgruppe an der Erwerbsbevölkerung des Landes hat, um mehr als das Doppelte<sup>16</sup>. Bündnisgrüne, CDU, FDP und SPD sind überdurchschnittlich, die PDS unterdurchschnittlich hoch vertreten. In der (zahlenmäßig sehr kleinen) Gruppe der Beamten mit Parteibuch spielt überraschenderweise die PDS, die bei Wahlen hier an sich relativ hohen Zuspruch erfährt, nur eine marginale Rolle; die anderen vier Parteien sind gleich stark vertreten. Knapp jedes fünfte Parteimitglied ist selbständig bzw. freiberuflich tätig. Dies hinwiederum übersteigt den Anteil in der erwerbstätigen Bevölkerung (knapp sechs Prozent) deutlich.

*Konfession:* Der Osten Deutschlands ist gekennzeichnet durch einen bedeutend geringeren Anteil von konfessionell Gebundenen. Die in Industriegesellschaften generell zu beobachtenden Säkularisierungstendenzen wurden durch die zu DDR-Zeiten betriebene, ideologisch begründete Entkonfessionalisierungspolitik verstärkt. Während bundesweit insgesamt drei Viertel der Bevölkerung einer Kirche angehören, ist dies in Sachsen-Anhalt nur knapp jede(r) dritte. Auffallend ist nun, daß der Anteil der konfessionell Gebundenen bei allen Parteien Sachsen-Anhalts höher liegt als im Bevölkerungsdurchschnitt. Zwischen den Par-

14 Vgl. Karl Schmitt, Im Osten nichts Neues? Das Kernland der deutschen Arbeiterbewegung und die Zukunft der politischen Linken, in: Wilhelm Bürklin/Dieter Roth (Hrsg.), Das Superwahljahr. Deutschland vor unkalkulierbaren Regierungsmehrheiten?, Köln 1994, S. 202.

15 Vgl. Arbeitsmarkt-Monitor Sachsen-Anhalt 1997.

16 Vgl. Statistisches Jahrbuch Sachsen-Anhalt 1997, Teil 1, S. 159.

**Tabelle 6: Konfessionelle Bindung und Kirchgangshäufigkeit der Parteimitglieder Sachsen-Anhalts und der wahlberechtigten Bevölkerung des Landes (Angaben in Prozent)**

	B90/Gr	CDU	FDP	PDS	SPD	alle Parteien	wahlber. Bevölkerung*
<b>Konfession</b>							
evangelisch	39,8	51,6	53,5	2,0	32,0	30,9	25,3
katholisch	6,3	33,3	4,7	0,7	9,3	9,6	6,2
keine	51,2	14,4	41,8	97,3	57,5	58,7	68,5
<b>Kirchgang**</b>							
häufig	30,0	38,0	13,7	-*	21,3	26,4	11,6
selten	65,8	61,6	78,2	-*	71,0	68,0	69,1
nie	4,3	0,4	8,2	-*	7,7	5,6	19,2

\* Politbarometer 1996; \*\* nur konfessionell gebundene Befragte; \* keine Prozentangabe möglich wegen zu geringer Fallzahl.

Quelle: Politbarometer 1996.

teien zeigen sich erwartete Unterschiede: So gehören 85 Prozent der CDU-Mitglieder einer Konfession an. Dabei überwiegt im Land der Reformation der Anteil der Protestanten, denen sich jedes zweite CDU-Mitglied zurechnet. Bemerkenswert ist auch der überaus hohe Anteil von Katholiken in der CDU (33,3 Prozent), die in der Landesbevölkerung nur rund 6 Prozent ausmachen. 59 Prozent aller katholischen Parteimitglieder in Sachsen-Anhalt sind in der CDU konzentriert. Deutlicher als bei anderen sozialstrukturellen Indikatoren ausgewiesen, knüpft die CDU dieses ostdeutschen Landes hier an eine klassische Traditionslinie im bundesdeutschen Parteiensystem an, nämlich an eine christlich geprägte Kerngefolgschaft der Unionsparteien (Tabelle 6).

Den Gegenpol zur konfessionell geprägten CDU-Mitgliedschaft bildet die PDS des Landes. Ihre Mitglieder sind fast ausschließlich konfessionslos. Auch dieses „säkulare“ Profil entspricht unseren Erwartungen. Überraschender ist schon, daß sowohl die Mitglieder der gelegentlich als Pastorenpartei klassifizierten SPD als auch der Bündnisgrünen Sachsen-Anhalts mehrheitlich konfessionslos sind. Offenbar setzt sich beide Male das kirchlich-oppositionell geprägte Profil der Biographien maßgebender Parteigründer nicht in eine vergleichbare Kirchenbindung der Gesamtmitgliedschaft um. Insofern haben beide neugegründeten Parteien das Merkmal einer mehrheitlich konfessionsfernen Landesbevölkerung in ihre Mitgliederstruktur übernommen. Aufgeschlüsselt nach Kirchgangshäufigkeit, verschiebt sich das Bild indes. Unter den konfessionell gebundenen Mitgliedern von Bündnis 90/Die Grünen und SPD ist der Anteil regelmäßiger Kirchgänger deutlich höher als bei der FDP und erreicht fast das Niveau der CDU-Mitglieder. Allerdings bestätigt sich vor

allem bei der CDU, daß die Intensität der Kirchenbindung zwischen den Konfessionen erheblich differiert: 67 Prozent der katholischen CDU-Mitglieder gehen regelmäßig zur Kirche, während nur 19,4 Prozent der evangelischen CDU-Mitglieder dies tun.

*Gewerkschaftsmitgliedschaft:* Unter SPD-Mitgliedern ist der gewerkschaftliche Organisationsgrad am höchsten (Tabelle 7). Ein knappes Drittel der Sozialdemokraten ist gewerkschaftlich organisiert. Diese Quote liegt jedoch erheblich unter jener der westdeutschen SPD-Landesverbände (über 43 Prozent)<sup>17</sup>. Ansatzweise schält sich mithin auch in Ostdeutschland die traditionelle parteipolitische Koalition zwischen gewerkschaftlich gebundener Arbeiterschaft und Sozialdemokratie heraus. Dennoch läßt sich daraus nicht auf das Wiederentstehen des sozialdemokratischen Traditionsmilieus schließen. Bereits jetzt ist die ostdeutsche SPD-Mitgliedschaft im Angestelltenbereich sozialstrukturell stärker verankert. Bei Bündnis 90/Die Grünen besitzt jedes vierte Mitglied das Mitgliedsbuch einer Gewerkschaft, gefolgt von der PDS (23 Prozent). Mit Abstand folgen FDP und die CDU, die bei Wahlen bis 1998 bei Arbeitern die SPD überflügelte.

Die Parteien Sachsen-Anhalts, so lassen sich die Daten zur Sozialstruktur der Mitglieder zusammenfassen, sind, mit Ausnahme der PDS, jünger als in Westdeutschland – das gilt vor allem für die Neugründungen SPD und Bündnisgrüne –, aber auch noch stärker von Männern dominiert. Verglichen mit der Bevölkerung, sind Parteimitglieder dieses ostdeutschen Bundeslandes formal höher gebildet und gehören häufiger den mittleren

17 Vgl. Karlheinz Blessing (Hrsg.), SPD 2000. Die Modernisierung der SPD, Marburg 1993, S. 208.

**Tabelle 7: Gewerkschaftlich gebundene Parteimitglieder in Sachsen-Anhalt und in der wahlberechtigten Bevölkerung des Landes (Angaben in Prozent)**

B90/Gr	CDU	FDP	PDS	SPD	alle Parteien	wahlber. Bevölkerung*
25,2	11,1	14,0	22,6	31,0	21,5	18,6

\* Politbarometer 1996. Antwortkategorien „ja, bin selbst Gewerkschaftsmitglied“ und „ja, selbst und andere im Haushalt“ wurden zusammengefaßt.

Quelle: Eigene Befragung.

**Tabelle 8: Politisches Interesse bei Parteimitgliedern in Sachsen-Anhalt (Angaben in Prozent)**

politisch interessiert	CDU	FDP	PDS	B90/Gr	SPD	alle
sehr stark bis stark	77,7	77,7	84,5	93,0	91,3	84,8
mittel	18,8	19,2	14,3	7,0	8,7	13,6
kaum	3,5	3,1	2,2	0,0	0,0	1,5

Quelle: Eigene Umfragedaten.

Altersgruppen an. Sie verfügen über größere Einkommen, sind seltener arbeitslos, sind öfters im öffentlichen Dienst beschäftigt und nehmen beruflich höhere Positionen ein. PDS-Mitglieder weisen, aufgrund der anderen Altersstruktur, von diesem Profil durchweg abweichende Merkmale auf. Die Mitglieder aller übrigen Parteien des Landes zeigen damit mit denen der Bundesparteien übereinstimmende soziale Rekrutierungsmuster<sup>18</sup>. Darüber hinaus deutet sich in Schwerpunktbildungen der Mitgliedschaft beider großer Parteien in bestimmten sozialen Gruppen – gewerkschaftlich organisierter Arbeiter in der SPD, Katholiken mit hoher Kirchenbindung in der CDU – an, daß trotz nicht existierender Traditionsmilieus die klassischen Konfliktlinien (*cleavages*) deutscher Parteipolitik, nämlich nach Klassenlage und Konfession, auch in Ostdeutschland ein prägender Faktor geworden sind. Zumindest die CDU ist hier, gemessen am Konfessionalitätsgrad ihrer Mitglieder, keineswegs „säkularer“ als im Westen einzustufen.

### III. Ausgewählte Einstellungen von Parteimitgliedern in Sachsen-Anhalt

*Politisches Interesse:* Parteimitglieder in Sachsen-Anhalt bezeichnen sich als hochgradig politisch interessiert. Mitglieder der SPD und von Bündnis 90/Die Grünen zeigen sich überdurchschnittlich, Mitglieder der FDP und der CDU relativ weniger politisch interessiert. Die PDS-Mitgliedschaft nimmt hier eine Mittelstellung ein (Tabelle 8).

18 Vgl. O. W. Gabriel/O. Niedermayer (Anm. 5).

*Selbsteinstufung auf der Links-Rechts-Skala:* Ein gebräuchliches Instrument zur Positionsbestimmung im politischen Spektrum ist die Links-Rechts-Skala. Im Ost-West-Vergleich ergaben sich bislang in Bevölkerungsumfragen signifikante Unterschiede. So ordneten sich Ostdeutsche im Schnitt regelmäßig weiter links ein als Westdeutsche. Die Politbarometer-Daten 1996 weisen für Sachsen-Anhalt (40,7 Prozent) im Vergleich zu den ostdeutschen Durchschnittswerten der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften – ALLBUS – (33,4 Prozent) sogar einen noch höheren Anteil von Personen aus, die sich links der Mitte einstufen (Tabelle 9).

Diese Positionsentscheidung wird von den Parteimitgliedern in Sachsen-Anhalt noch stärker mitvollzogen (64,1 Prozent). Der rechte Bereich der Skala wird von ihnen kaum besetzt (13,1 Prozent). Fraglich ist, inwieweit diese Daten für den Osten einen Linksrutsch bestätigen. Denn Parteimitglieder und übrige Bevölkerung unterscheiden sich in diesem Punkt deutlich. Überdies ist in unsere Parteienstichproben mit der PDS eine zusätzliche, sich eindeutig links verortende Größe mit eingegangen, die in westdeutschen Studien so nicht vorkommt.

Im einzelnen betrachtet, verorten sich lediglich die Liberalen und die Christdemokraten mehrheitlich nicht im linken Spektrum, sondern mittig. Dabei positioniert sich aber eine größere Zahl von CDU-Mitgliedern im gemäßigt rechten Bereich, so daß die Union in Sachsen-Anhalt in der Selbstangabe ihrer Mitglieder rechts von der FDP steht. SPD-Mitglieder stufen sich mehrheitlich als gemäßigt links ein, rechte Skalenränge werden kaum besetzt. Auch bündnisgrüne Mitglieder beziehen einen ähnlichen Standort, stehen im Schnitt aber links von den Sozialdemokraten. Die homogenste Mitglieder-Selbsteinschätzung zeigt die PDS:

**Tabelle 9: Selbsteinstufung auf der Links-Rechts-Skala (Angaben in Prozent)**

	Alte Bundesländer*	Neue Bundesländer*	Sachsen-Anhalt**	Parteimitglieder in Sachsen-Anhalt
Links	27,8	33,4	40,7	64,1
Mitte	49,6	54,9	39,3	22,8
Rechts	22,5	11,7	20,0	13,1

\* Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS) 1996; \*\* Politbarometer 1996.  
 Quelle: Eigene Umfrage.

**Tabelle 10: Links-Rechts-Selbsteinstufung und Demokratiezufriedenheit bei Parteimitgliedern in Sachsen-Anhalt (in Prozent)**

	CDU	FDP	PDS	B90/Gr	SPD	gesamt
Links-Rechts-Selbsteinschätzung						
Links	9,1	26,4	98,8	85,2	78,3	64,1
Mitte	44,3	55,9	1,0	12,8	17,4	22,8
Rechts	46,6	23,8	0,2	2,0	4,3	13,1
Demokratiezufriedene*	64,0	50,3	4,9	31,4	45,1	35,1

\* Die Kategorien „sehr zufrieden“ und „eher zufrieden“ einer Vierer-Skala wurden zusammengefaßt.  
 Quelle: Eigene Umfragedaten.

**Tabelle 11: Demokratiezufriedenheit in Sachsen-Anhalt und Gesamtdeutschland (Angaben in Prozent)**

	Gesamtdeutschland*	Sachsen-Anhalt*	Parteimitglieder in Sachsen-Anhalt
eher zufrieden	55,1	44,9	35,5
eher unzufrieden	44,9	55,1	64,4

\* Politbarometer 1996.  
 Quelle: Eigene Umfrage.

Mehr als drei Viertel ihrer Mitglieder stufen sich äußerst links ein. Bei der PDS scheint der Begriff links eine positive, einheitsstiftende Wirkung zu haben. Jedenfalls haben die meisten PDS-Mitglieder keine Bedenken, sich selbst auf extremen Positionen einzuordnen (Tabelle 10).

*Demokratiezufriedenheit:* Bei der Frage, ob man mit der Art und Weise, wie die Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland funktioniert, zufrieden ist, ergeben sich im Bevölkerungsvergleich ähnliche Ergebnisse wie bei der Links-Rechts-Selbsteinschätzung. Sachsen-Anhalts Bürgerinnen und Bürger äußern sich unzufriedener als der gesamtdeutsche Durchschnitt, und die Parteimitglieder sind noch kritischer als die Bevölkerung (Tabelle 11).

Nur fünf Prozent der PDS-Mitglieder des Landes sind mit dem aktuellen Zustand der deutschen Demokratie zufrieden. Insofern scheint sich die programmatische Selbstdeutung der Partei als Gesellschafts- bzw. Systemopposition in den Einstellungen ihrer Mitglieder abzubilden. Aber auch Mitglieder von Bündnis 90/Die Grünen beurteilen

das Funktionieren der Demokratie erkennbar kritisch, wengleich immerhin ein Drittel Zufriedene unter ihnen sind. Bei SPD und FDP halten sich Zufriedene und Unzufriedene etwa die Waage. Mehrheitlich positiv äußern sich CDU-Mitglieder, die zu zwei Dritteln zufrieden mit dem Zustand der Demokratie im Lande sind (Tabelle 10).

#### IV. Innerparteiliche Proportionen zwischen Alt-, Gründungs- und Neumitgliedern

In der ostdeutschen Parteienlandschaft kann man zwischen zwei Partientypen hinsichtlich ihres Entstehungszeitpunkts unterscheiden: zum einen jenen, die bereits zu DDR-Zeiten bestanden (Altparteien), und zum anderen jenen, die während der Wendezeit gegründet wurden (Neuparteien). Im folgenden wird daher zwischen CDU, FDP und PDS (Altparteien) und den aus ostdeutschen Gründungskernen hervorgegangenen Landesver-

**Tabelle 12: Anteile von Altmitgliedern und Erneuerern in Altparteien Sachsen-Anhalts (in Prozent)**

	CDU	FDP	PDS	alle Altparteien
Altmitglieder	61,4	77,8	91,8	79,9
Erneuerer	38,6	22,2	8,2	20,1

Quelle: Eigene Umfragedaten.

**Tabelle 13: Anteile von Gründungsmitgliedern und Neumitgliedern in Neuparteien Sachsen-Anhalts (in Prozent)**

	B90/Gr	SPD	alle Neuparteien
Gründungsmitglieder	22,8	44,8	36,5
Neumitglieder	77,2	55,2	63,5

Quelle: Eigene Umfragedaten.

bänden von SPD und Bündnis 90/Die Grünen (Neuparteien) unterschieden. Entsprechend dieser Aufteilung unterteilen wir die Mitglieder in den Altparteien in Altmitglieder und Erneuerer, die Mitglieder der Neuparteien in Gründungsmitglieder und Neumitglieder. Indem wir diese Differenz aufnehmen, läßt sich zeigen, daß die einzelnen Mitgliedergenerationen in unterschiedlichem Maß das aktuelle Parteileben prägen bzw. die Partei politisch repräsentieren.

Einen einheitlichen Zeitpunkt für die Zuordnung zu den Mitglieder-Untergruppen festzulegen ist problematisch. Bei den Altparteien rechnen wir zu Altmitgliedern jene, die bis zum Fall der Mauer (9. November 1989) beigetreten oder im Laufe des Jahres 1990 aus den vier Blockparteien oder der SED hinzugestoßen sind. Jene, die seit 1990 beigetreten sind und zu DDR-Zeiten parteilos waren, rechnen wir, einem in der Parteienforschung inzwischen akzeptierten Sprachgebrauch folgend, den „Erneuerern“ zu<sup>19</sup>, wobei wir uns des wertbezogenen Gehalts dieser Klassifizierung bewußt sind. Bei den Neuparteien trennen wir zwischen Gründungsgeneration und später eintretenden Neumitgliedern, wobei die zeitliche Trennung durch die Volkskammerwahlen (18. März 1990) markiert wird.

Eine Besonderheit ist der hohe Anteil von Gründungsmitgliedern in den Neuparteien sowie der hohe Anteil verbliebener Altmitglieder in den Altparteien – mit Ausnahme der CDU. Unter den Altparteien Sachsen-Anhalts hat die CDU die mit Abstand höchste Rate von Erneuerern in ihren Reihen. In der FDP sind rund ein Viertel Erneuerer. Bei der PDS fällt der Anteil der Erneuerer kaum ins Gewicht. Alle Altparteien zehren noch vom Mitgliedervorrat aus DDR-Zeiten: Vier von

fünf Mitgliedern sind noch vom „alten Stamm“ (Tabelle 12), obgleich alle Altparteien seit 1990 einem enormen Mitgliederschwind ausgesetzt sind. In der Gruppe der Neuparteien, deren Mitgliederzahlen im Lande seit Jahren auf niedrigem Sockel stagnieren, liegt der Anteil der Gründungsmitglieder bei der mitgliederstärkeren SPD deutlich höher als bei Bündnis 90/Die Grünen (Tabelle 13).

Die soziale Zusammensetzung der Parteigenerationen kann erste Hinweise auf das Ausmaß eines eventuellen Strukturwandels in den Parteien liefern. Allerdings zeigen die verschiedenen Subgruppen kein einheitliches Bild sozialstruktureller Variation; teilweise unterscheiden sie sich gar nicht. Lediglich beim Alter ist die Differenz eindeutig: Neumitglieder sind im Schnitt jünger. Dies trifft auch auf die PDS zu, allerdings mit dem Unterschied, daß deren Neuzugänge zu über 40 Prozent schon die 60-Jahres-Grenze überschritten haben. Weitere meßbare Unterschiede zwischen den parteiinternen Fallgruppen deuten darauf hin, daß sich die Tendenzen bundesweiter Angleichung und regionaler Differenzierung in den Mitgliedschaften teilweise überlappen. So ist der Frauenanteil in der CDU bei Neumitgliedern (24,1 Prozent) niedriger als bei Altmitgliedern (31,6 Prozent), jedoch ebenso hoch wie in der Bundespartei. Bei allen anderen Parteien treten prozentual mehr weibliche Mitglieder neu ein, als unter den Alt- oder Gründungsmitgliedern anteilig vertreten sind. Für die CDU zeichnet sich unter Umständen, im Zuge ihrer Angleichung an ostdeutsche Gesellschaftsformationen, auf der Mitgliederebene langfristig eine Tendenz zu stärkerer Verweltlichung ab, im Sinne einer nichtchristlichen konservativen Orientierung: Unter Erneuerern (20 Prozent) ist der Anteil der Konfessionslosen doppelt so hoch wie unter Altmitgliedern (10,7 Prozent).

19 Vgl. ebd., S. 285.

**Tabelle 14: Art bzw. Anstöße des Parteibeitritts zu Parteien Sachsen-Anhalts, unterschieden nach Alt-, Gründungs- und Neumitgliedern (Angaben in Prozent)**

	Altparteien						Neuparteien			
	CDU		FDP		PDS		B90/Gr		SPD	
	AM	NM	AM	NM	AM	NM	GM	NM	GM	NM
<b>Rekrutierungsart</b>										
Selbstrekrutierung	39,9	53,7	43,6	64,5	53,5	73,7	87,8	78,7	91,1	62,4
Außenrekrutierung										
Parteienwerbung	3,0	3,7	2,3	4,8	4,4	0	4,1	2,4	1,9	5,6
fam. u. soziales Umfeld	57,1	42,7	54,2	30,7	42,1	26,3	8,2	18,9	6,9	32,0
<b>Alternative bei Eintritt</b>										
denkbare Partei-alternative	14,0	18,8	21,3	27,2	1,5	7,7	17,7	24,1	12,2	19,9

AM = Altmitglieder; NM = Neumitglieder; GM = Gründungsmitglieder.

Quelle: Eigene Umfragedaten.

Unterscheiden sich die Parteigenerationen in ihren *Einstellungen* stärker? Ein Indikator hierfür sind die Anstöße für den *Parteibeitritt* (Tabelle 14). Vorausgeschickt sei, daß in Ostdeutschland häufiger als im Westen Beitrittswillige selbst bei den Parteien anklopfen („Selbstrekrutierer“). Ihr Anteil ist in den neugegündeten Parteien Sachsen-Anhalts etwa doppelt so hoch wie in den Altparteien, auch wenn er im Vergleich zu Befunden von 1990<sup>20</sup> rückläufig zu sein scheint. Bedenkt man, daß die Art und Weise des Beitritts auch Rückschlüsse auf die Intensität parteibezogener Bindungsmotive<sup>21</sup> und Beteiligungsbereitschaft zuläßt, dann ist anzunehmen, daß sich eine häufige Selbstrekrutierung des Parteienwachstums auf die innerparteiliche Partizipation positiv auswirkt.

Langfristige, d. h. über Generationen hinweg weitergereichte und durch Milieueinflüsse gestützte Parteibindungen haben sich in Ostdeutschland vor 1990 bekanntlich nicht entwickeln können. Allenfalls kann von einer „Quasi-Identifikation“ der Wähler gesprochen werden<sup>22</sup>, die sich vornehmlich über die Nutzung westdeutscher Massenmedien vermittelte. Ob jedoch der förmliche Beitritt zu einer ostdeutschen Partei seither aus einer eher

zufälligen Motivlage oder einer eindeutigen Richtungsentscheidung heraus erfolgt (ist), blieb bislang im dunkeln. Unsere Daten zeigen, daß für jedes zehnte Mitglied, das nach 1989 einer Partei beigetreten ist bzw. sie mitgegründet hat, eine parteipolitische Alternativentscheidung durchaus denkbar war. Bemerkenswerterweise nimmt, mit Ausnahme der neuen PDS-Mitglieder, die Zahl solcher „lose angekoppelter“ Neumitglieder seither tendenziell zu.

Fragt man nach Beitrittsmotiven, so steht der Wunsch, politisch aktiv zu werden – ähnlich wie im Westen<sup>23</sup> – im Vordergrund. Dies gilt vor allem für die Gründungsmitglieder, bei denen gesellige bzw. materielle Motive von ausgesprochen nachrangiger Bedeutung sind. Quer durch die unterschiedlichen Fallgruppen wird, anders als im Westen und mit Ausnahme der Gründergeneration in Neuparteien, die Parteibindung auch durch den Wunsch nach Geselligkeit geleitet (Tabelle 15). Mitglieder, die sich selbst rekrutierten, sind mehrheitlich politisch interessierter und häufiger deswegen in die Partei eingetreten, weil sie den politischen Prozeß aktiv mittragen und gestalten wollten. Daß ein „Erwartungsdruck von außen“ bzw. ein „persönlicher und beruflicher Nutzen“ auch von Altmitgliedern nur in geringem Maß bejaht werden, kontrastiert ersichtlich mit den zu DDR-Zeiten real gegebenen Zwangslagen und Vorteilsstrukturen. Denkbar ist jedoch auch, daß gerade bei den bereits ausgetretenen Altmitgliedern derartige Beitrittsmotive überwogen haben mögen. Immerhin gibt jedes vierte FDP-Altmitglied an, aus persönlichen und beruflichen Nutzenüberlegungen in die Partei eingetreten zu sein. Bei den Neupar-

20 S. Oskar Niedermayer, *Beweggründe des Engagements in politischen Parteien*, in: Oscar W. Gabriel/Oskar Niedermayer/Richard Stöss (Hrsg.), *Parteiendemokratie in Deutschland*, Bonn 1997, S. 325.

21 Vgl. Oskar Niedermayer, *Innerparteiliche Partizipation*, Opladen 1989.

22 S. Carsten Bluck/Henry Kreikenbom, *Quasiparteibindung und Issues*, in: Oscar W. Gabriel/Klaus G. Troitzsch (Hrsg.), *Wahlen in Zeiten des Umbruchs*, Frankfurt am Main u. a. 1993; Herman Schmitt, *So dicht war die Mauer nicht! Über Parteibindungen und cleavages im Osten Deutschlands*, in: Peter Eisenmann/Gerhard Hirscher (Hrsg.), *Die Entwicklung der Volkspartei im vereinigten Deutschland*, München – Landsberg/Lech 1992.

23 Vgl. O. Niedermayer (Anm. 20), S. 330 ff.

**Tabelle 15: Beitrittsmotive von Parteimitgliedern in Sachsen-Anhalt (Angaben in Prozent)**

Beitrittsmotive	Altparteien						Neuparteien			
	CDU		FDP		PDS		B90/Gr		SPD	
	AM	NM	AM	NM	AM	NM	GM	NM	GM	NM
Gleichgesinnte treffen	75,3	74,1	81,8	69,7	78,5	82,9	84,3	82,7	78,8	79,8
Sich politisch informieren und diskutieren	54,5	75,0	67,5	66,7	68,9	80,5	76,5	74,5	64,9	74,9
Politisch aktiv sein	64,0	91,1	64,1	84,8	78,3	73,2	100	94,8	93,9	91,1
Mandat angestrebt	5,6	22,3	7,4	13,6	1,7	0	9,8	22,0	10,3	18,7
Pers. u. berufl. Nutzen	14,0	8,9	25,5	6,1	6,1	2,4	0	4,6	4,8	6,9
Finanzielle Unterstützung der Partei	16,3	17,0	12,6	19,7	32,8	31,7	15,7	31,2	21,2	21,2
Erwartungsdruck von außen	15,7	10,7	22,5	7,6	17,6	14,6	3,9	11,0	6,7	9,9
Geselliges Motiv	48,9	45,5	49,8	37,9	45,2	46,3	31,4	48,0	42,4	47,8

AM = Altmitglieder; NM = Neumitglieder; GM = Gründungsmitglieder.

Quelle: Eigene Umfragedaten. Mehrfachnennungen möglich.

teien ist eine leichte Zunahme dieses Motivs zu beobachten. Für Gründungsmitglieder war das persönliche Nutzenkalkül nachrangig (Tabelle 15).

*Übernahme politischer Verantwortung:* Deutliche Unterschiede zeigen sich bei dem Motiv, mit dem Parteibeitritt politische Verantwortung, d. h. ein Parteiamt bzw. ein Wahlmandat, zu übernehmen. Vornehmlich die neuen Parteimitglieder sind es, die nach ihrem Eintritt aktiv mitarbeiten wollen. Bei der tatsächlichen Übernahme von Verantwortung bleiben die neuen Mitglieder in ihrem Engagement hinter dem der Gründungsmitglieder jedoch zurück. Zwar haben letztere früher häufiger als heute Parteifunktionen bzw. öffentliche Wahlämter und Mandate bekleidet, aber ihr parteiinternes Engagement ist nach wie vor deutlich größer als das der neuen Mitglieder. Ähnlich sind auch Altmitglieder in Altparteien vormals aktiver gewesen. Der Rückzug aus dem aktiven Parteilieben ist einerseits altersbedingt, andererseits möglicherweise auch Ausdruck eines politisch motivierten Rücktritts in Nichtbeteiligung. Künftig Verantwortung zu übernehmen, dazu sind wiederum ehestens die Gründungsmitglieder in Neuparteien und am wenigsten die Altmitglieder in Altparteien bereit (Tabelle 16).

#### *Einstellungen und Meinungen*

Alt- und Neumitglieder unterscheiden sich im Gesamtbild aller Landesparteien im Hinblick auf Demokratiezufriedenheit und die Verortung auf der Links-Rechts-Achse nicht sonderlich auffällig (Tabelle 17). Doch im einzelnen schälen sich interessante Positions-Verschiebungen heraus. Im Unterschied zu den weiter links angesiedelten Gründungsmitgliedern von Bündnis 90/Die Grü-

nen etwa plazieren sich neu Eintretene häufiger in der Mitte. Deutliche Distanzen liegen zwischen den Partei-Generationen in den bürgerlichen Altparteien: Während FDP-Altmitglieder exakt die Mittelposition einnehmen, stehen Erneuerer häufiger links oder rechts der Mitte. Jedes zehnte CDU-Altmitglied sieht sich links der Mitte, Neumitglieder hingegen positionieren sich häufiger gemäßigt rechts. Letztere sind damit weitaus näher am Standort der westdeutschen Mitgliederschaft<sup>24</sup>. Perspektivisch deutet dies auf eine Angleichung hin.

*Fazit:* Die Trennungslinie zwischen alten und neuen Parteigenerationen ist weniger deutlich, als wir erwartet haben. Bei den neuen Parteien (SPD, Bündnis 90/Grüne) prägen – noch – die Gründungsmitglieder das Erscheinungsbild. Umgekehrt wird das interne Profil der ostdeutschen CDU mehr und mehr durch die Neumitglieder bestimmt. Diese innerparteilichen Umschichtungsprozesse, die auf ein Einschmelzen der politischen Generationen-Unterschiede hinauszulaufen scheinen, sind im Fall der Altparteien durch den bisherigen Massenaustritt „alter“ Mitglieder gewiß beschleunigt worden.

Insgesamt zeigen unsere Daten für die soziale Zusammensetzung und für die Einstellungen von Parteimitgliedern im Ost-West-Vergleich deutliche Übereinstimmungen und ebenso deutliche Differenzen. Der besondere Status der PDS als eine spezifisch ostdeutsche Regional- und Milieupartei wird auf der Mitgliederebene erhärtet. Anderer-

24 Vgl. Viola Neu, Die Mitglieder der CDU, in: Wilhelm P. Bürklin/Viola Neu/Hans-Joachim Veen, Die Mitglieder der CDU, Interne Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung Nr. 148, Sankt Augustin 1997, S. 71.

**Tabelle 16: Bereitschaft zur Übernahme von politischer Verantwortung bei Parteimitgliedern in Sachsen-Anhalt, unterteilt nach Parteitypen und Parteigenerationen (Angaben in Prozent)**

	Altparteien						Neuparteien				
	CDU		FDP		PDS		B90/Gr		SPD		
	AM	NM	AM	NM	AM	NM	GM	NM	GM	NM	
<b>Parteiamt</b>											
früher	60,4	37,9	58,6	27,3	39,9	13,8	40,5	26,4	65,1	21,4	
aktuell	38,8	44,0	40,7	28,1	22,9	14,3	36,4	32,1	48,4	35,6	
künftig	18,1	43,1	19,4	33,3	6,6	18,4	28,6	40,8	32,5	40,2	
<b>Wahlmandat</b>											
früher	41,5	37,9	52,1	29,4	29,1	19,4	50,0	19,3	52,5	26,4	
aktuell	36,9	35,2	39,6	22,4	10,9	17,1	34,2	18,1	47,0	24,3	
künftig	38,3	63,1	42,5	53,7	14,9	33,3	73,5	54,8	42,7	66,9	

AM = Altmitglieder; NM = Neumitglieder; GM = Gründungsmitglieder.

Quelle: Eigene Umfragedaten.

**Tabelle 17: Demokratiezufriedenheit und Links-Rechts-Einordnung bei Parteimitgliedern Sachsen-Anhalts, unterteilt nach Alt-/Neuparteien und Parteigenerationen (Angaben in Prozent)**

	Altparteien						Neuparteien				
	CDU		FDP		PDS		B90/Gr		SPD		
	AM	NM	AM	NM	AM	NM	GM	NM	GM	NM	
<b>Links-Rechts-Selbsteinschätzung</b>											
Links	9,9	5,4	19,7	22,9	99,1	100,0	90,2	84,5	79,0	77,6	
Mitte	47,8	39,1	59,8	45,9	0,9	0,0	9,8	13,1	15,3	18,8	
Rechts	42,2	55,5	20,5	31,1	0,0	0,0	0,0	2,4	5,8	3,6	
<b>Demokratiezufriedenheit*</b>											
	66,8	62,5	50,3	55,3	5,8	0,0	18,0	35,3	48,2	48,1	

\* Die Kategorien „sehr zufrieden“ und „eher zufrieden“ einer Vierer-Skala wurden zusammengefaßt.

Quelle: Eigene Umfragedaten.

seits gehören auch in Ostdeutschland gewerkschaftlich organisierte Arbeiter sowie Katholiken mit hoher Kirchenbindung zur jeweiligen Kernmitgliedschaft der großen Parteien. Insoweit knüpfen CDU wie SPD an traditionelle Parteibindungen wieder an. Indes scheinen die Faktoren „Klasse“

und „Konfession“ in ihrer die Binnenstruktur der Parteien prägenden Kraft bereits wieder nachzulassen, bevor sie sich noch in einer Westdeutschland vergleichbaren Weise haben aufbauen können. Ostdeutschlands Parteien sind also nicht völlig, aber eben doch ein wenig anders.

### **Dieter Geulen: Politische Sozialisation der staatsnahen Intelligenz in der DDR**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 12/99, S. 3–14

Im Beitrag werden einige herausragende Ergebnisse einer empirisch-qualitativen Untersuchung des Autors vorgestellt, die auf Gruppengesprächen mit Angehörigen der Intelligenz aus drei Altersgruppen basieren. Thematischer Ausgangspunkt war die Feststellung, daß in der DDR einerseits das Erziehungs- und Bildungssystem zentralstaatlich organisiert und einem bestimmten ideologischen Erziehungsziel verpflichtet war, daß aber andererseits die tatsächlichen Sozialisationsprozesse, in die sowohl Erfahrungen in der Kindheit und Familie wie mit der politischen Realität im Erwachsenenalter eingehen, diesen Zielen keineswegs entsprachen.

Die Ergebnisse zeigen ein gegenüber verbreiteten Vorurteilen und Stereotypen in mehreren Punkten abweichendes und differenzierteres Bild: Selbst innerhalb der staatsnahen Intelligenz bestand ein breites Spektrum von Typen des politischen Habitus, das von unkritischer Identifikation über verschiedene Stufen innerer Distanzierung bis zu offener Kritik und Auflehnung reichte. Äußere Konformität und innere Einstellung hängen nicht unmittelbar zusammen; erstere konnte sowohl mit einer Identifikation als auch mit Gleichgültigkeit oder auch tiefreichenden Zweifeln zusammengehen. Bei zum Teil vehementer Kritik an Mißständen wurden jedoch die Grundlagen des Systems selbst nicht in Frage gestellt. Der Untergang der DDR wird in personalisierenden Kategorien mit einer auf Altersdemenz beruhenden Inkompetenz der Führungsspitze erklärt; ein eigener Anteil am Geschehen wird nicht gesehen. Die Bundesrepublik Deutschland wurde als ein kapitalistisches Land neben anderen mit einer entsprechenden ablehnenden Wertkonnotation wahrgenommen.

Die Ergebnisse deuten auf interessante Unterschiede zwischen den Altersgruppen hin. Um 1940 Geborene waren, auch wenn sie sich arrangiert haben, distanzierter, während um 1950 Geborene, die in der Aufbauphase des Sozialismus sozialisiert worden waren, sich stärker mit der DDR identifiziert zu haben scheinen. Die um 1960 geborenen Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Untersuchung sind besonders kritisch gegenüber der Parteikultur und der Führungsspitze, doch impliziert dies nicht eine „prowestliche“ Einstellung, sondern ihren Anspruch, einen besseren Sozialismus zu realisieren.

### **Margit Wehrich: Alltägliche Lebensführung im ostdeutschen Transformationsprozeß**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 12/99, S. 15–26

Entgegen der landläufigen Annahme, der ostdeutsche Transformationsprozeß folge einer gerichteten Entwicklung, in deren Verlauf sich die DDR-Gesellschaft der bundesrepublikanischen angleiche, wird hier die prinzipielle Offenheit dieses Prozesses betont. Denn einer qualitativen Paneluntersuchung zufolge, in der die Handlungen der betroffenen Akteure im Mittelpunkt der Analyse stehen, passen sich die Menschen in den neuen Bundesländern nicht einfach den Erwartungen an, die das neue System an sie stellt. Vielmehr orientieren sie sich bei ihren Alltagsentscheidungen an ihrer alltäglichen Lebensführung – einem Regelsystem, das sie über die Zeit hinweg entwickelt haben und das ihren Handlungen einen Zusammenhang gibt. Wir haben damit etwas vor uns, was über die Turbulenzen des Transformationsprozesses hinweg stabil bleibt: Die Akteure ziehen ihre alltägliche Lebensführung als Richtschnur für ihre Entscheidungen im neuen System heran. Das aber hat Folgen: Letztendlich entscheiden die neuen Institutionen darüber, ob die etablierte alltägliche Lebensführung zum neuen System „paßt“.

## **Manuela Badur: Junge Frauen aus Ostdeutschland. Individualisierungsprozesse im Zuge der deutschen Einigung**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 12/99, S. 27–33

Fast zehn Jahre nach Öffnung der deutsch-deutschen Grenze und dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik kann eine erste Bilanz über die veränderten Lebensperspektiven von Frauen aus Ostdeutschland gezogen werden. Dazu wurden am Institut für Soziologie der Universität Hamburg im Rahmen einer empirischen Diplomarbeit Interviews mit jungen Frauen geführt, die kurz nach der Grenzöffnung von Ost- nach Westdeutschland gezogen sind.

Die Ergebnisse der Untersuchung lassen sich in weiten Teilen im Sinne der Individualisierungsthese von Ulrich Beck und Elisabeth Beck-Gernsheim interpretieren. Die staatlich forcierte DDR-typische weibliche Normalbiographie – bestehend aus früher Familiengründung und lebenslanger Erwerbstätigkeit – wird in der Bundesrepublik abgelöst durch eine Pluralisierung der Biographiemuster im jungen Erwachsenenalter. Es gibt einerseits mehr Gestaltungsspielräume bezüglich des „eigenen Lebens“, andererseits jedoch auch Faktoren, die Biographien auf neue Weise standardisieren, vor allem die Abhängigkeit vom Arbeitsmarkt.

Auffällig ist die Doppelorientierung der in der DDR sozialisierten Frauen im Hinblick auf berufliches und familiäres Engagement. Diese beiden Lebensbereiche sind in der Bundesrepublik jedoch nur schwer zu koordinieren, so daß diesbezügliche Pläne hier eher nacheinander verwirklicht werden. Die Realisation des Kinderwunsches unterliegt außerdem ökonomischen Überlegungen. Damit es Frauen und Männern gleichermaßen ermöglicht wird, familiäres und berufliches Engagement miteinander zu verbinden, ist der Ausbau von staatlich finanzierten Kinderbetreuungsmaßnahmen und die Entwicklung von flexiblen Arbeitszeitmodellen erforderlich.

## **Bernhard Boll/Kimberly Crow/Bernd Hofmann/Everhard Holtmann: Sozialprofil und Einstellungen der Mitglieder von Parteien in Ostdeutschland am Beispiel Sachsen-Anhalts.**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 12/99, S. 34–45

Auf der Basis einer repräsentativen Befragung von Mitgliedern aller Parteien, die während der ersten Wahlperiode im Landtag von Sachsen-Anhalt vertreten waren, zeichnet der Beitrag ein differenziertes Bild der sozialen Zusammensetzung und der politischen Einstellungen der Parteimitgliedschaften im ostdeutschen Bundesland Sachsen-Anhalt. Hierbei geht der Beitrag insbesondere der Frage nach, inwiefern sich verschiedene „Mitgliedergenerationen“ – hier unterschieden nach Alt-, Gründungs- und Neumitgliedern der Parteien in Ostdeutschland – in bezug auf wesentliche sozialstrukturelle und (partei-)politische Einstellungsmerkmale unterscheiden.

Im Ergebnis läßt sich zeigen, daß die politische Selbstverortung der Gründungsmitglieder nur teilweise in den Orientierungen heutiger Parteimitglieder eine Fortführung findet. Zudem werden eine stärker politisch akzentuierte Beitrittsmotivation neuerer Mitglieder bei den Altparteien und eine größere Bereitschaft zur innerparteilichen Partizipation der Gründungsmitglieder bei den 1989/1990 gegründeten Parteien sichtbar.

Während sich die Vermutung einer besonderen Loyalität der PDS-Mitglieder gegenüber ihrer Partei empirisch bestätigt, ist es andererseits bemerkenswert, daß sich die CDU als in weiten Teilen der Mitgliedschaft konfessionell gebunden erweist und zugleich sich in der Richtung einer nicht mehr ausschließlich christlich motivierten Grundorientierung zu entwickeln scheint. Weil sich insoweit erwartete Angleichungen an bekannte Muster, aber auch bemerkenswerte Unterschiede in der Parteimitgliederstruktur beobachten lassen, ist der Schluß gerechtfertigt: Ostdeutsche Parteien sind nicht völlig, aber eben doch ein wenig anders.

# Jahresbände

Aus Politik und Zeitgeschichte

mit komplettem  
Inhaltsverzeichnis  
Sach- und Personenregister



**25,- DM**

*Jahrgang* **1998**

*Noch begrenzt vorrätig (Preise w. o.): Jahrgänge 1992-1997*

*Erscheinungstermin Jahrgang 1998: April 1999*



Bundeszentrale  
für politische  
Bildung

Bestell-  
Adresse:

**Das Parlament,**

Fleischstraße 62-65.

Telefax (06 51) 97 99-153

Vertriebsabteilung  
54290 Trier